

diskus1

frankfurter studentenzeitung 24. jahrgang, heft 1 februar 1974



**„DIE DEMOKRATIE
MUSS VON ZEIT ZU
ZEIT IN BLUT GE-
BADET WERDEN!
(PINOCHET)**

Es herrscht Ordnung in Santiago. Sie wird gesichert von Maschinenpistolen, von Bewaffneten, die jedes Öffentliche Gebäude, jede Behörde bewachen, die Straßensperren errichten, Autos durchsuchen, Gefängniswagen begleiten. Ab 23 Uhr behüten sie den Schlaf der 3,5 Millionen, die dann in ihren Häusern eingesperrt sind bis zum anderen Morgen.

Gegen Geräusche sind die neuen "Stadt-väter" von Santiago empfindlich. Der neue Bürgermeister von Santiago, ist ein Oberst. Er heißt Herman Sepulveda Canac und regiert durch Erlasse. Ebenso wurden Universitäten und Großbetriebe, die wichtigsten Ministerien und Behörden mit Militärs der verschiedensten Ränge besetzt. Sie alle regieren per Erlaß.

Oberst Canas hat ungebührliches Hupen verboten. Er will die Nerven der Bürger von Santiago schonen. Die Militär- und Polizeifahrzeuge, die nachts lärmend durch die Straßen sausen, peitschende Schüsse stören den Schlaf des *alcalde*, des Oberst-Bürgermeisters, nicht. Sie sichern nur die Ordnung, die er errichten half.

In der Morgenzeitung ließt man dann, eine Terrorgruppe habe versucht, ein Munitionsdepot oder ein anderes wichtiges Gebäude zu überfallen. Ausgerechnet wäh-

rend der Sperrstunden, in denen die Straßen leergefegt sind und von den einzigen Terroristen, die es wirklich in Chile gibt, den Wachhunden der Militärjunta scharf kontrolliert werden. Die Listen der Toten werden nachgeliefert. Die meisten von ihnen wurden aus den Arbeitervierteln aus ihren Wohnungen gezerzt und ohne Anklage, ohne Gerichtsverfahren umgelegt.

Niemand weiß genau, wie viele bisher ermordet wurden. Die offizielle Zahl von einigen hundert nannte Admiral Herino holländischen Fernsehleuten. Als sie ihm vorhielten, dies werde ihm doch keiner abnehmen, entschlüpfte ihm die Zahl 3.500. Die Junta verlangte bisher vergeb-

lich, ihr diesen Farbfilm auszuliefern, um die Wahrheit zu ersticken. Inzwischen werden ganz andere Zahlen genannt. In Gewerkschaftskreisen schätzt man: 10 bis 15.000. Noch ist es unmöglich, die Opfer in den "roten" Städten des Nordens, Iquique und Antofagasta, der Industriestadt Valparaiso und den vielen Dörfern zu zählen.

Die Ohren der Militärs sind völlig taub gegen die Schreie der Gefolterten. Priester berichten von geschundenen und gequälten, elektrisch gefolterten, zu Krüppeln geschlagenen Männern und vergewaltigten, zum Wahnsinn getriebenen Frauen und Mädchen, ja 12jährigen Kindern, noch müssen sie schweigen, aber sie sind entschlossen, eines Tages zu reden. Dies wird ein schwarzer Tag für die Folterknechte der Militärjunta sein und für alle, die ihr helfen, die Wahrheit zu unterdrücken. In den Botschaften und in den Wohnungen der Botschafter haben über tausend Menschen Zuflucht gesucht. Sie mußten fürchten, erschossen, gefoltert oder in eines der vielen Konzentrationslager gesteckt zu werden.

Nur wenige Botschaften, die chinesische und die amerikanische, aber auch die englische und japanische, haben ihre Tore
Fortsetzung auf Seite 38



ERKLÄRUNG ZUM AUSBILDUNGSVERBOT (UNI MARBURG)

Die Fachgruppe Hochschule der GEW legte dem Landesvorsitzenden der GEW Hessen, G. Ludwig, folgende Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung vor. Da dieser ablehnte, hält es der diskus für seine Pflicht, diese unterdrückte Nachricht bekanntzugeben.

Die Fachgruppe Hochschule im Landesverband Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat Kenntnis von Ausbildungsverboten im Fachbereich Psychologie der Universität Marburg.

Im Juni dieses Jahres sind durch das zuständige Organ der Universität Marburg für drei Diplom-Psychologen Graduiertenstipendien befürwortet worden. Der Ausschluß konnte sich bei dieser Entscheidung stützen auf positive gutachtliche Äußerungen von Hochschullehrern und überdurchschnittlichen Leistungen der Kandidaten.

Der Dekan des Fachbereichs Psychologie, Professor Kalveram hat gegen diese Beschlüsse Einspruch zuerst beim Präsidenten der Universität, dann beim Hessischen Kultusminister erhoben, und hat damit erreicht, daß im Hause des Hessischen Kultusministers sich die endgültige Bewilligung bis in diese Tage hinein verzögert.

Allen drei Kandidaten gemeinsam ist, daß der Vorwurf mangelnder Qualifikation sowohl durch die Sachkompetenz des Förderungsausschusses, als auch durch die Examensnoten und Gutachten der Bewerber zurückgewiesen werden kann. Gemeinsam ist diesen Bewerbern aber auch, daß sie als gewählte Studentenvertreter der Studentengruppe Spartakus in verschiedenen Organen der Universität und deren Studentenschaft gearbeitet haben, gemeinsam ist ihnen die Mitgliedschaft in der GEW; auch, daß es sich um Mitglieder der DKP handelt. Eine explizit politische Begründung Prof. Kalverams liegt nicht vor. Doch reiht sich seine Intervention zu lückenlos ein in das Instrumentarium rechtsliberaler und konservativer Hochschulkräfte, neue Formen der Unterdrückung und Einschüchterung der hochschulpolitischen Opposition an den Hochschulen ist es eine Frage grundsätzlicher Bedeutung, im Windschatten des Berufsverbotserlasses angesiedelte Versuche der Ausbildungsbehinderung zu bekämpfen.

„Der Fachgruppen-Ausschuß Hochschulen sieht die Aktivitäten des Dekans Kalveram im Zusammenhang mit reaktionären Tendenzen des Hochschulrahmengesetzes, das Institut der Promotion als politische Barriere gegen den fortschrittlichen wissenschaftlichen Nachwuchs einzurichten. Diese Tendenz wird unterstützt von jenen, die sich irrationale Auswahlkriterien und persönliche Abhängigkeitsverhältnisse zurückwünschen. Der Vorstand der Fachgruppe-Hochschule sieht ebenfalls den Zusammenhang zu innerhessischen Bestrebungen, die Gremienverfassung des Hessischen Universitätsgesetzes um entscheidende Mitbestimmungskompetenzen zu bringen.“

RESOLUTION DER DEMOKRATISCHEN OPPOSITION IM KONVENT (UNI FRANKFURT)

Die demokratische Opposition im Konvent verurteilt die empörenden Maßnahmen des Präsidenten, sämtliche Veranstaltungen für das erste bis vierte Semester am FB12 abzusetzen und über 70 Tutoren wegen ihrer Solidarisierung mit von Kündigung bedrohten Tutoren des FB 2 anzudrohen, sie ebenfalls zu entlassen.

Nachdem der Versuch gescheitert war, den berechtigten studentischen Protest gegen das Vorgehen von Herrn Engels und der Universitätsspitze (vgl. dazu die Stellungnahme der DO vom Dez. 73) durch Polizeieinsatz zu brechen, eskalierte Kantzenbach den Konflikt weiter durch den Abbruch der Lehrveranstaltungen am FB 2. Die Verantwortung für diese neue Stufe der Eskalation trifft allein den Präsidenten, denn es handelte sich keineswegs um die einzige ihm verbliebene Handlungsmöglichkeit, wie die Stellungnahme des Dekans des FB 2, Fleischmann vom 17.1.74 zeigt. Kantzenbach ist offensichtlich an einer Lösung des Konflikts nicht interessiert. Das Einvernehmen von Herrn Fleischmann für die von ihm getroffenen Maßnahmen hat Kantzenbach nur gewaltsam erzielen können, indem er ihm die Alternative: Polizeieinsatz in der Engelsvorlesung mit den zu erwartenden Verletzungen bei einer Saalschlacht oder Abbruch aller Lehrveranstaltungen aufnötigte. Die von Herrn Fleischmann vorgeschlagene Alternative der Einstellung der Vorlesung von Herrn Engels und Eintritt in einen gesamtuniversitären Diskussionsprozeß über Verhaltensweisen in Lehrveranstaltungen schob Kantzenbach mit einer scheinjuristischen Begründung beiseite: Die Vorlesung von Herrn Engels könne wegen der „Unfehlbarkeit der Lehrfreiheit“ nicht isoliert abgesetzt werden. „Unteilbarkeit der Lehrfreiheit“ wird dabei ohne Begründung als ein Rechts Rechtsgut behandelt, das zu dem gegenüber der Lernfreiheit der Studenten in den anderen Veranstaltungen des Grundstudiums des FB 2 Vorrang habe. In Wahrheit enthält diese Begründung den Versuch, die Hochschullehrer auf juristisch-administrativem Wege zur Solidarisierung mit dem umstrittenen Verhalten eines ihrer Kollegen zu zwingen.

Eine solche Begründung setzt zudem voraus, daß es sich bei dem gegenwärtigen Konflikt an unserer Universität auf einen Angriff auf die individuelle Lehrfreiheit, auf die von Herrn Engels und der Notwendigkeit ihrer Verteidigung gegen „radikale Minderheiten“ beruhe.

Diese Darstellung des Präsidenten und der Presse entstellt die Tatsachen: sie ist zudem Teil der Eskalationspolitik, die von der Universitätsspitze geführt wird. Diese Politik versucht planmäßig, die politische Auseinandersetzung um die Abgrenzung von Lehr- und Lernfreiheit so zu führen, daß die jeweils opponierenden Studenten immer schon als Rechtsbrecher und damit tendenziell als Kriminelle erscheinen, so daß nach außen hin jede Gewaltmaßnahme gegen sie gerechtfertigt werden kann. Kantzenbachs For-

mulierungen „Rollkommando kommunistischer Studenten“, „fanatisierte Störtruppe“, „Methoden, die an den Beginn der Naziherrschaft erinnern“ zeigen dies Bemühen deutlich.

Der Versuch, eine kleine Minderheit von „Rechtsbrechern“ von der großen „Masse der arbeitswilligen Studenten“ zu trennen, wirkt allerdings mehr als peinlich angesichts des Ausmaßes der Solidarisierung innerhalb der Studentenschaft, das sogar die FAZ (v. 22.1.74) zu dem Ausspruch veranlaßte, von einer kleinen radikalen Minderheit könne nicht die Rede sein.

Den Gipfel der Eskalation freilich bildet die Androhung, über 70 Tutoren aller Fachbereiche zu entlassen, weil sie sich mit fünf Tutoren am FB 2 solidarisiert haben. Diese fünf hatten mit Prof. Gäbler vereinbart, daß dieser gegen diskutierende Studenten keine Strafanzeigen stellen werde. Nachdem Herr Gäbler in seiner Veranstaltung vom 10.1.74 explizit einem Studenten eine Strafanzeige angedroht hatte, wenn dieser nicht sofort „sein Maul halten“ werde, kündigten die fünf Tutoren ihre Mitarbeit mit ihm auf, falls er diese Drohung wahr mache. Ihre Tutorien wollten sie jedoch weiterführen. Diesen Tutoren drohte Kantzenbach am 21.1. die fristlose Kündigung an, falls sie ihre Äußerung nicht widerriefen, das diese „den Tatbestand einer gemeinschaftlich versuchten Nötigung“ erfülle.

Am 23.1. erfolgte die fristlose Kündigung. Nach einem Ausspruch von Vizepräsident Krupp steht nun zu erwarten, daß die sich solidarisierenden Tutoren ebenfalls entlassen werden sollen. Dies ist ein Angriff auf die Lehrfreiheit aller Lehrenden — nicht nur der Tutoren! Jeder Lehrende wird in Zukunft bei politisch mißliebigen Äußerungen und Solidaritätsbekundungen mit Disziplinarverfahren zu rechnen haben, weil er etwa ein Organ der Universität oder seine Kollegen „nötigen“ wollte. Die Ausübung des Koalitionsrechts wird dann an der Universität Frankfurt zu einem kriminellen Delikt.

Es zeigt sich, daß jetzt in der Tat die Lehr- und Lernfreiheit beeinträchtigt ist — nicht nur für das Ende dieses Semesters sondern auch für die Zukunft. Dem Teil der Lehrenden, der es ernst meint mit einer fortschrittlichen Studienreform wird es durch die Politik des Präsidenten unmöglich gemacht, mit ihm und den ihn unterstützenden Gruppen in Zukunft zusammenzuarbeiten. Allen fortschrittlichen Kräften an dieser Universität droht die gewaltsame politische Disziplinierung mit dem Mittel der obengenannten Drohung mit Disziplinarmaßnahmen.

Darin wird deutlich, daß der Präsident unter „Hochschulreform“ versteht: die Unterdrückung fortschrittlicher Lehr- und Studienformen.

Für die Listen der Demokratischen Opposition im Konvent der Universität Frankfurt:

gez. Prof. Dr. H. Schnädelbach
gez. Doz. Dr. G. Boege
gez. wiss. Bediensteter J. Weiß
gez. Stud. M. Krawinkel

Thema	Titel	Verfasser	Foto/Grafik
Nachrichten			
4	Nachrichten-Magazin		
Hochschule			
8	Bundeswehr-Hochschulen	Michael Marschall	Brandreth
16	Liquidierung des Tutorenprogramms	Peer Gynt	
18	Herrschaftsfunktion von Prüfungen	AG Prüfungen FB 2	
22	Engels-Konflikt	Theo R. Pully	
24	Der „Sozialkampf“	Joachim Klein	
Justiz			
21	Polizeidokumentation Kettenhofweg 51	Oskar Pannekoek	
26	Isolationsfolter in der BRD	Frank-Olaf Radtke	Spiegel, Sechema
29	Isolationserscheinungen	Werner Waldhoff	Sechema
Internationalismus			
1	Chile	Jakob Moneta	Rainer Hachfeld
38	Griechenland	S. Petroulas	
39	„Carrero ist tot.“	Brigitte Heinrich	dpa
Rezension			
32	Hochhuth	Sabine Floßdorf-Drenkhan	

DIE REAKTION FRISST DIE UNI



diskus
frankfurter studentenzeitung
Heft 1, 24. Jahrgang, Februar 1974

diskus-Verlag
6000 Frankfurt am Main, Jügelstraße 1
Telefon 0611/ 7 98 31 88

Herausgeber
Lutz Bessel, Werner Pirker
Hanns Jörg Prella, Udo Steppat,
Eberhard Zimmermann

Redaktionsleiter
Eduard Wolczak

Redaktion
Wolfgang Bertelsmeier, Michael Boedecker,
Brigitte Heinrich, Til Schulz

Gestaltung/Produktion
Lothar Leßmann

Verlagsleiter/Anzeigen/Vertrieb
Giselher Rüdiger

Verlagsbüro
Renate Prella

Druck
Max Schimmel OHG, 8700 Würzburg 2
Robert-Koch-Straße 34-36

Auflage 15 000 **Erscheinungsweise**
8 mal im Jahr

Preis
1,50 DM

Bundesgerichtshof: KPD ist eine Partei

Der Bundesgerichtshof stellte in einer Entscheidung fest, daß die KPD keine "kriminelle Vereinigung" ist, sondern eine politische Partei.

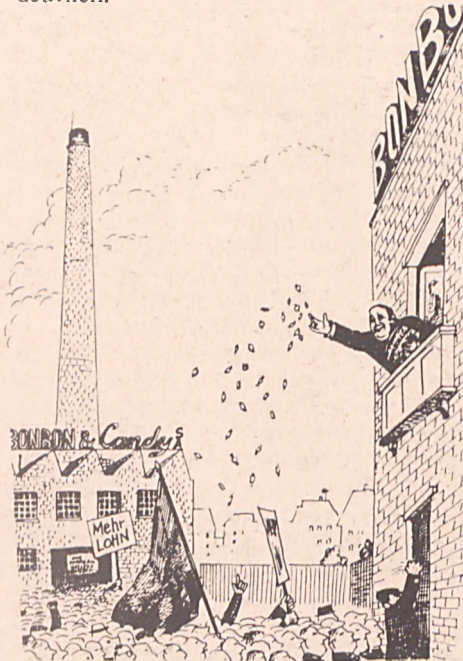
Die neue KPD (nicht identisch mit der 1956 verbotenen KPD, sondern eine "maoistische" Neugründung) wird demnächst das Bonner Parlament beschäftigen. Gegenüber der Bundespressekonferenz lehnte Regierungssprecher Armin Grünwald eine Bewertung des Karlsruher Urteils mit dem Hinweis ab, daß der Wortlaut des Urteils noch nicht vorliege und daß es hierüber hinaus derzeit keinen aktuellen Anlaß zu einem Kommentar gebe.

CDU-Vorstandssprecher Wille Weiskirch meinte am Freitag, in den Augen der CDU sei die neue KPD eine, in ihrer ideologischen Programmatik und politischen Praxis" gefährliche Gruppe, die man scharf ablehnen müsse.

KPD: Wir beteiligen uns an Wahlen

Die beiden Mitglieder des Zentralkomitees der KPD, Jürgen Horlemann und Christian Semler, erklärten gegenüber dpa: „Die Anerkennung der demokratischen Rechte durch den bürgerlichen Staatsapparat ist als Folge unseres gewachsenen Masseneinflusses zu verstehen.“ Das Urteil drücke aus, daß es die Bourgeoisie nicht wage, die marxistisch-leninistische Kräfte, die Teil der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes seien, zu verbieten. Die neue KPD werde ihren Kampf gegen die „arbeiterfeindliche“ Brandt-Regierung“ unbeirrt fortsetzen und sich, wie geplant, an parlamentarischen Wahlen beteiligen.

desrepublik maoistische, trotzkistische und anarchistische Gruppierungen brauchen und nutzen, um mit ihrer Hilfe den Antikommunismus und Antisowjetismus zu beleben, Spaltung in die Arbeiterklasse hineinzutragen und sie zu diskreditieren.“ Die Entscheidung mache das "Zusammenspiel der maoistischen Gruppe von Provokateuren und Staatsorganen" deutlich.



Inflation senkt Lebensstandard

Aufgrund der enorm steigenden Fleischpreise ist die Masse der Deutschen vom Einkommen her nicht mehr in der Lage, den Verzehr von Lebensmitteln wie gewohnt beizubehalten: 1973 pro Kopf 5 % weniger als im Vorjahr oder: fast zwei Pfund weniger Fleisch als im Jahr zuvor haben die Bundesbürger 1973 verzehrt. Wie die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) in Bonn mitteilte, belief sich der Fleischverzehr auf durchschnittlich 78,7 Kilogramm nach 79,6 Kilogramm im Jahr zuvor.

Bulle entführt

Einen Bullen haben Unbekannte, wie erst jetzt bekannt wurde, zwischen dem 31. Oktober und dem 2. November aus dem Großviehstall des Schlacht- und Viehhofs am Deutschherrnrufer entführt. Der Bulle soll ein Lebendgewicht von 578 Kilogramm haben und zweitausend Mark wert sein.

Knut Müller: "Demonstrationsverbot kaum durchsetzbar"

Wasserwerfer, Schlagstöcke und Tränengas wurden an der Hauptwache gegen persische und deutsche Studenten eingesetzt, die trotz Verbot gegen das Schah-Regime in Iran demonstrierten. Bilanz der verbotenen Kundgebung, an der nach

Angaben des AStA etwa 2000 und nach Schätzungen der Polizei rund 600 Demonstranten teilnahmen: mehrere Leichtverletzte, vier vorläufige Festnahmen und „Sieg“ der Demonstranten über eine resignierte Polizei, die das auf Wunsch des Bonner Außenministeriums erlassene Demonstrationsverbot nicht durchsetzen konnten.

Polizeipräsident Knut Müller am Nachmittag: „Demonstrationsverbote für den Fußgängerbereich im Zentrum der Stadt sind nicht mehr sinnvoll, da sie mit Polizeimitteln nicht durchgesetzt werden können.“ Der Allgemeine Studentenausschuß der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität erklärte in einer Stellungnahme noch am gleichen Tage, die Polizei habe „ein Schauspiel der Hilflosigkeit geboten“.

Die Demonstration war vom Polizeipräsidenten verboten worden, nachdem das Bonner Auswärtige Amt interveniert hatte. Bonner Politiker befürchteten, die Frankfurter Anti-Schah-Kampagne, die von der Studentenorganisation CISNU organisiert war, könnte Bonns diplomatische Beziehungen zum Herrscher dieses Öllandes trüben.

Das politische Verbot, juristisch begründet mit der ordnungsrechtlichen Befürchtung, es seien Gewaltmaßnahmen und „Beleidigungen eines ausländischen Staatsoberhauptes zu erwarten“, brachte die Frankfurter Polizei in die Situation, ihre Maßnahmen als „Bürgerkriegsmanöver“ skandiert zu hören.

Während drei Wasserwerfer vergeblich versuchten, Gruppen auseinanderzutreiben, die sich als Demonstranten zu erkennen gegeben hatten, wurden an anderen Stellen ungestört Volksreden gehalten. Iranische Studenten berichteten über Megaphon von Folterungen und Erschießungen unter dem Schah-Regime.

Gewaltmaßnahmen und „beleidigende Plakate“, juristischer Grund für das Demonstrationsverbot, blieben auf der Zeil aus. Bedrohlich wurde die Situation gegen Ende der Demonstration allein am Steinweg. Ein Demonstranten-Grüppchen, auf dem Weg durch die Fußgängerstraße, wurde von Polizisten aufgehalten und sollte auseinandergetrieben werden. Ein Augenzeuge berichtete: „Die Beamten stürmten plötzlich los und drängten einen Teil der Demonstranten in die Passage zum Roßmarkt hin. Es flogen Steine, Beamte griffen sich einzelne aus der Menge und prügelten sie in der Passage. Ein Beamter zog seine Tränengaspistole und drückte ab.“

Ein Frankfurter Pressefotograf erzählt: „Ich rannte mit in die Passage, um zu fotografieren – hinter den Polizisten her. Plötzlich stürzte sich ein Trupp auf mich, prügelte mir auf den



DKP: ohne KPD-Verbot Spaltung der Arbeiterklasse

Vom Vorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) wurde die Entscheidung des Bundesgerichtshofs verurteilt. In der Stellungnahme des Düsseldorfer Parteipräsidiums heißt es unter anderem, dieser Beschluß bewiese erneut, „daß die herrschenden Kreise in der Bun-

Kopf und auf die Schultern. Wir rannten auf die Straße. Sie warfen mich zu Boden und traten mir in die Nieren."

Polizeisprecher Neitzel: „Am Steinweg kamen einige Beamte in die Situation, einer Übermacht von Demonstranten gegenüberzustehen. Darum mußte hier vereinzelt mit dem Schlagstock und mit Tränengas operiert werden."

Der Vorsitzende der Frankfurter Jungsozialisten, Armin Kleist, forderte in einer Stellungnahme den Rücktritt des für das Demonstrationsverbot verantwortlichen hessischen Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld. „Das Verbot der CISNU-Demonstration war klar verfassungswidrig. Ein Innenminister, der verfassungsmäßige Rechte derart leichtfertig außer Kraft setzt, ist für einen demokratischen Rechtsstaat unerträglich." Zum wiederholten Male forderten die Jusos außerdem den Rücktritt von Polizeipräsident Knut Müller.

CISNU-Demonstration verboten

Drei Tage nach der von der Polizei gewaltsam aufgelösten Demonstration gegen das „faschistische Schah-Regime" im Iran hat die Frankfurter Polizei- und Ordnungsbehörde eine zweite von der Konföderation Iranischer Studenten angemeldete Kundgebung verboten. Trotz des Verbots wollen sowohl die CISNU als auch andere Gruppen „auf alle Fälle" auf der Durchführung der Veranstaltung bestehen.

Der Frankfurter Polizeipräsident Knut Müller sagte, daß „auf Grund der Vorfälle am vergangenen Mittwoch eine erneute Demonstration die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährden würde".

Entscheidend für das Verbot seien nicht zuletzt die Vorwürfe gegen die Bundesrepublik gewesen, daß man Arbeiter und Studenten aus dem Iran den faschistischen Henkern" ausgeliefert habe. „Dies ist eine strafrechtlich relevante Beleidigung von Verfassungsorganen der BRD", sagte Polizeipräsident Müller, „und einen solchen Verfassungsbruch können wir uns nicht gefallen lassen." Die bereits gestern von verschiedener Seite geäußerte Vermutung, die „politische Begründung des Verbots" sei letztlich vor dem Hintergrund der Energiekrise und der von Iran zugesagten Öllieferungen zu verstehen, wurde am Freitag auch von offizieller Seite bestätigt.

Wie in Bonn bekannt wurde, ist die Demonstration der Studenten am vergangenen Montag in Frankfurt auf Vorschlag des Bonner Außenministeriums verboten worden. Das Auswärtige Amt hat sich auch gegen die für Samstag geplante Demonstration in Frankfurt gewandt. In Bonner Regierungskreisen wird die Auffassung vertreten, daß sich

Demonstrationszüge mit Sicherheit auf die Beziehungen zum Iran auswirken müßten. Da der Iran in der Energiekrise Verständnis für die Lage und die Interessen der Bundesregierung gezeigt habe, könne der Bundesrepublik an schlechten Beziehungen zum Iran nicht gelegen sein.

Das Auswärtige Amt in Bonn machte keine Angaben darüber, ob die iranische Regierung wegen des Kongresses und der Demonstration bei der Bundesregierung vorstellig geworden ist. In jedem Fall treffe die Bundesregierung ihre Entscheidungen in eigener Souveränität und Verantwortung, erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes. Der Kongreß der Iranischen Studentenkonföderation CISNU in Frankfurt darf nach Auffassung der Bundesregierung die Interessen der Bundesregierung nicht beeinträchtigen. Wie der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Rüdiger von Pachelbel, am Freitag in Bonn sagte, galt für das Treffen der iranischen Studenten das gleiche, was für alle anderen ausländischen Studenten in der Bundesrepublik gelte.

Der Vorsitzende der Frankfurter Jungsozialisten Erhard Polzer bezeichnete das „auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes erfolgte Verbot" als „einen ungeheuerlichen Akt, der keine Parallele in den zurückliegenden Jahren hat. Das grundsätzlich verbürgte Recht auf Versammlungsfreiheit werde in diesem Fall mit „Füßen getreten und außer Kraft gesetzt, während das terroristische und faschistische Schah-System die Unterstützung der Bundesregierung erhält." Wenn verfassungsmäßige Rechte in der BRD heute aufgrund wirtschaftlicher Überlegungen derart schnell außer Kraft gesetzt werden können, muß man ernsthaft die Frage nach dem Zustand der bundesrepublikanischen Demokratie stellen", erklärte Polzer. Trotz des Verbots forderten auch die Frankfurter Jusos alle „bewußten Demokraten" auf, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Auch die Unterbezirksdelegierten-Konferenz der Frankfurter Jusos verurteilte am Freitag „den verfassungswidrigen Knüppelinsatz durch FDP-Minister Bielefeld und die reaktionäre Begründung des Verbots durch Oberbürgermeister Rudi Arndt." Gleichzeitig forderte die Delegierten-Konferenz des Unterbezirks alle Jusos auf, sich am Samstag an der Demonstration zu beteiligen.

Chile: Internationale Solidarität?

Nach dem Putsch gegen die Regierung unter Salvador Allende ließ die Militärdiktatur tausende liquidieren und zehntausende verhaften. In den Gefängnissen standen bestialische Folterungen und Vergewaltigungen auf der Tagesordnung. In chilenischen Städten und Dörfern wurde je-

des Haus durchsucht. Während der Widerstand organisiert und der bewaffnete Kampf aufgenommen wurde, mußten manche Genossen – insbesondere Ältere, aber auch Kinder und Frauen – vor den Häschern gerettet werden.

Bürgerlich-demokratische Systeme haben mit dem Asylrecht ein Mittel zur Liquidierung der Härtefälle bei politischen Veränderungen entwickelt. Daß dieser Not-



ausgang im Falle Chile nur ungern offengehalten würde, war zu erwarten. Die Verweigerung der Hilfe an Asylsuchende durch die Botschaften Englands, Frankreichs und der USA konnte nicht überraschen, ebenso wenig wie die ständigen Interventionen Genschers gegen die Einreise von Exilchilenen.

Die Arbeiterbewegung hat zur Verteidigung und Vertretung der Interessen der gesamten Bewegung wie auch jedes Einzelnen das Mittel der Solidarität entwickelt. Daß seine Anwendung zur Rettung verfolgter Genossen durch sich als "sozialistisch" verstehende Regierungen eine Selbstverständlichkeit ist, schien außer Zweifel. Dennoch lehnten die von kommunistischen Parteien regierten Länder – und diesmal in seltener Eintracht sowohl die Peking- als auch die Moskau-Fraktion – die Rettung von Chilenen ab. Lediglich die DDR und Cuba zeigten sich bereit, je

50 Flüchtlinge (BRD:500) aufzunehmen, und das nur „vorübergehend“. Alle anderen osteuropäischen Länder lehnten selbst dies ab. Doch während die Sowjetunion und ihre Verbündeten hilfesuchenden wenigstens noch ihre exterritorialen Botschaftsgebäude in Santiago öffneten, wollte die Botschaft der VR China nur einen Asylsuchenden auf ihr Gelände lassen: den „einzigen Marxisten-Leninisten“ Santiago. Aber der wollte doch dann auch nicht mehr. „Hoch die internationale Solidarität“. Ob das die Genossen von Spartakus, SHB, KSV und KSB künftig ohne schlechtes Gewissen werden rufen können? Offensichtlich ja, denn:

„Es gibt keine unklaren Punkte in der Außenpolitik der VR China. Die Unklarheiten entstehen dadurch, daß sich die Kommunisten außerhalb Chinas noch nicht genügend Gedanken über die Prinzipien dieser Außenpolitik gemacht haben“ (Kommunistische Volkszeitung 22.11.1973).
Ach so.

Hungerstreik

Rund 50 Sympathisanten und Angehörige des Komitees Europa-Lateinamerika (KELA) traten zu Weihnachten 1973 in einen fünftägigen Hungerstreik, um gegen die Behinderung der Ausreise chilenischer Flüchtlinge in die Bundesrepublik durch Innenminister Genscher zu protestieren.

Wie auf einer Pressekonferenz von Amnesty International mitgeteilt wurde, hintertreibt das Bundesministerium die Rettung verfolgter Chilenen, unter denen „Tupamaros“ und „Berufsrevolutionäre“

vermutet werden. Nach Aussagen des SPD-Linken Staatssekretär Matthöfer hatte Genscher den Abflug von zwei Jets nach Santiago verhindert, die insgesamt rund 500 Flüchtlinge in Sicherheit bringen sollten. Ein Jumbo-Jet und eine Boeing 707 waren bereits gechartet.

Ist dem obersten Verfassungsschützer Genscher ein Artikel 16 des Grundgesetzes entfallen? „Politische Verfolgte genießen Asylrecht“.

20 Jahre Gefängnis für spanische Gewerkschafter

Zu den Merkwürdigkeiten des faschistischen Spanien gehört nicht zuletzt seine gewerkschaftliche Organisationsreform. Eine Organisationsform mit Zwangsmitgliedschaft. Eine Organisationsform, die Arbeiter und Unternehmer in einer, in derselben Organisation zusammenfaßt. Getreu dem Motto „wir sitzen alle in einem Boot“ fallen die Gewerkschaften und Arbeitgeberverband, nach Branchen säuberlich getrennt, zusammen. Tarifkonflikte dürfte es daher nicht geben, da es ja keine Tarifparteien gibt.

Dennoch kommt es in Spanien immer wieder zu Streiks und Arbeitskämpfen, weil die Arbeiter „illegal“ Organisationsformen gebildet haben, die ihre Interessen gegenüber den Unternehmern vertreten. Diese ihre Organisationsformen nennen die spanischen Arbeiter „comisiones obreras“, Arbeiterkommissionen. Die Mitglieder der Arbeiterkommissionen – von den meisten Unternehmern aufgrund ihrer realen Stärke und Basis längst als Verhandlungspartner akzeptiert – werden vom faschistischen Staat grausam verfolgt. In Schnellgerichtsverfahren wurden am 29.12.73 wieder zehn Mitglieder der Arbeiterkommissionen zu Gefängnisstrafen zwischen 12 und 20 Jahren verurteilt.

Volkshochschule Offenbach: Kündigung für sechs Tutoren

Allen sechs Tutoren des Erzieherinnenseminars der Volkshochschule Offenbach ist am 21. Dezember vergangenen Jahres zum 31. März dieses Jahres gekündigt worden. Den Lehrkräften ist ein einheitliches Schreiben zugegangen, unterzeichnet vom Ersten und zweiten Vorsitzenden, Richard Müller und Buckpesch, und dem für dieses Seminar zuständigen stellvertretenden Leiter des Instituts, Chrostek.

Als Grund wird angegeben, die vertraglich festgelegte Mitarbeitervereinbarung habe sich als ungeeignet erwiesen, eine von der Volkshochschule noch zu vertretende Gestaltung dieses Kurses zu erreichen. „Aus akutem Anlaß und um weitere Schäden für den Kursus anzuwenden“, müsse man die Verträge lösen. Den Gekündigten wird offengelassen, sich „unter veränderten Bedingungen“ um eine wei-

tere Mitarbeit zu bewerben.

Der am 1. April 1973 an der Volkshochschule aufgenommene Kurs ist von 72 weiblichen und zwei männlichen Teilnehmern belegt. Aus dem Kreise dieser Schüler sind, wie Müller, Buckpesch und Chrostek berichten, seit dem Sommer vergangenen Jahres mehr und mehr Klagen über die Lehrkräfte und deren Methoden vorgebracht worden, denen man habe entsprechen müssen, um die Ausbildung nicht zu gefährden.

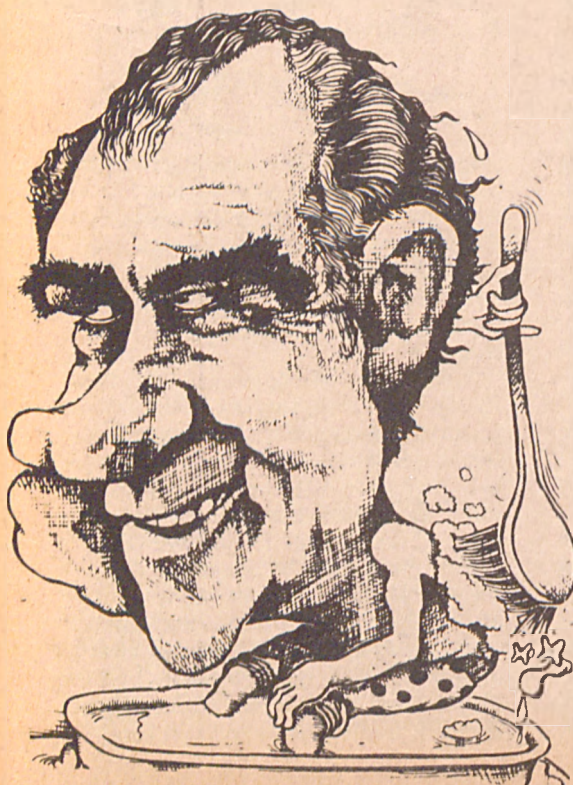
Teilnehmerinnen waren es, von denen man schon vor Wochen hörte, daß insbesondere zwei der Tutoren über die Unterrichtspläne hinweggehen würden und systematisch eine Ideologie zu verbreiten versuchten, die den Grundsätzen Maos und anderen extremen linken Anschauungen näher kämen als allem, was sich noch mit der Aufgabe vertragen könne, die dem Lehrgang gestellt sei. Die Leiter der Volkshochschule haben diese Meinung nicht bestätigt. Richard Müller spricht in seiner Erklärung von Entscheidungen des Teams, die die Zielsetzung gänzlich außer Kraft setzen und von fraktionierenden Einzelinteressen, die in den Vordergrund gerückt worden seien. Im Rahmen der in der Mitarbeitervereinbarung vorgesehenen Zusammenarbeit von Teilnehmer, Volkshochschule und Tutoren sei es diesen zugekommen, den Unterrichtsablauf stofflich wie terminlich bekanntzumachen, und zwar den Voraussetzungen entsprechend, die laut Lehrplan für die spätere Prüfung erfüllt werden müssen. „So etwas kann ein Tutor nicht als Spielweise irgendwelcher Experimente betrachten“, meint Müller.

Eine Kommission, der neben ihm die Vorstandsmitglieder Stadtrat Buckpesch, DGB-Vorsitzender Kunze und Helga Madre angehören, tritt am 15. Januar zusammen und will die neuen Mitarbeiterbedingungen ausarbeiten. Daß man dabei das Vorrecht der Lehrkräfte, Stoff und Termine des Unterrichts zu bestimmen, dahin abändern wird, daß die Leitung der Volkshochschule mitsprechen kann, ließ Müller durchblicken.

Die sechs gekündigten Tutoren waren hauptberuflich für die Fächer Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Deutsch und eine Zusammenfassung von Biologie, Gesundheitslehre und Sport engagiert und haben, wie Chrostek angibt, in ihren Fächern eine abgeschlossene Ausbildung an einer Hochschule oder Fachhochschule hinter sich.

Müpf contra Mepf

Mit einer Aufmüpfigkeit, die überraschend geschlossen und gezielt auftrat, erkämpften sich die Frankfurter Medizinstudenten eine günstige Ausgangsposition zur endgültigen Erledigung von Mepf, einer studienbegleitenden Psychokontrolle. Mepf (Abkürzung für Mediziner-



Persönlichkeits-Fragebogen) versucht mit weit über 600 Fragen wie:

Es macht mir Spaß, anderen Fehler nachzuweisen. Ich war aktiv an der Organisation eines Vereins oder einer Gruppe beteiligt. Lieber jemandem die Nase einschlagen, als feige zu sein, manchmal muß man Gewalt anwenden, um ein Ideal, an das man restlos glaubt, zu fördern. Eine Sozialisierung des Gesundheitswesens würde keinen Fortschritt bedeuten.

Zu klären, was "bekannt ist über diejenigen, die mit dieser (Studien-)Reform auskommen müssen" und wie man das Studium "leichter und zwangloser erfolgreich machen kann" (Dekan).

Die Personalstudie über Medizinstudenten beschränkt sich nun nicht auf eine einmalige Erhebung sondern es wird durch Nummernvergleich festgestellt, wie bei jeder Klausur oder Prüfung Studenten mit dieser oder jener Persönlichkeitsstruktur abgeschlossen haben. Die studienbegleitende Psychokontrolle oder "institutionalisierte Unterrichtskritik",

zu der Dekan Hövels die "lieben Kolleginnen und Kollegen herzlichst bittet", hat aber einige Haken, in denen sich die Mediziner nicht verfangen wollten. So kritisierten sie außer den Fragen selbst:

Die Anonymität ist nicht gesichert. Mit Hilfe eines Computers lassen sich ohne Mühe die Personaldaten der Studie und die der Stammkarte vergleichen und so die Identität feststellen, was bei dem Inhalt mancher Fragen und der Berufsverbotspraxis geradezu eine Unverschämtheit ist. Weiterhin entlarvte sich die Studie, die zuerst als freundlicher Akt der Frankfurter Medizindidaktiker zur Verbesserung des Studiums dargestellt wurde, als vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft mit 45000 DM geförderte Pilotstudie zur Einführung von MEPF im gesamten Bundesgebiet. Im Zusammenhang mit anderen Kontroll- und Formierungsmaßnahmen (HRG, AO, usw.) wurde weiterhin der Befriedigungscharakter der Studien erkannt. Statt aktiver Kritik der Studieninhalte und der Unterrichtsformen wird in Zukunft nur

noch auf Fragen geantwortet werden müssen." Ja ich kaue oft an den Fingernägeln — der große MEPF wird daraus schon eine Reform machen," schrieb eine Fachbereichszeitung. Unmut und daraus eventuell folgende Bewegungen können frühzeitig erkannt und besser gelenkt werden. (Friedensforschung).

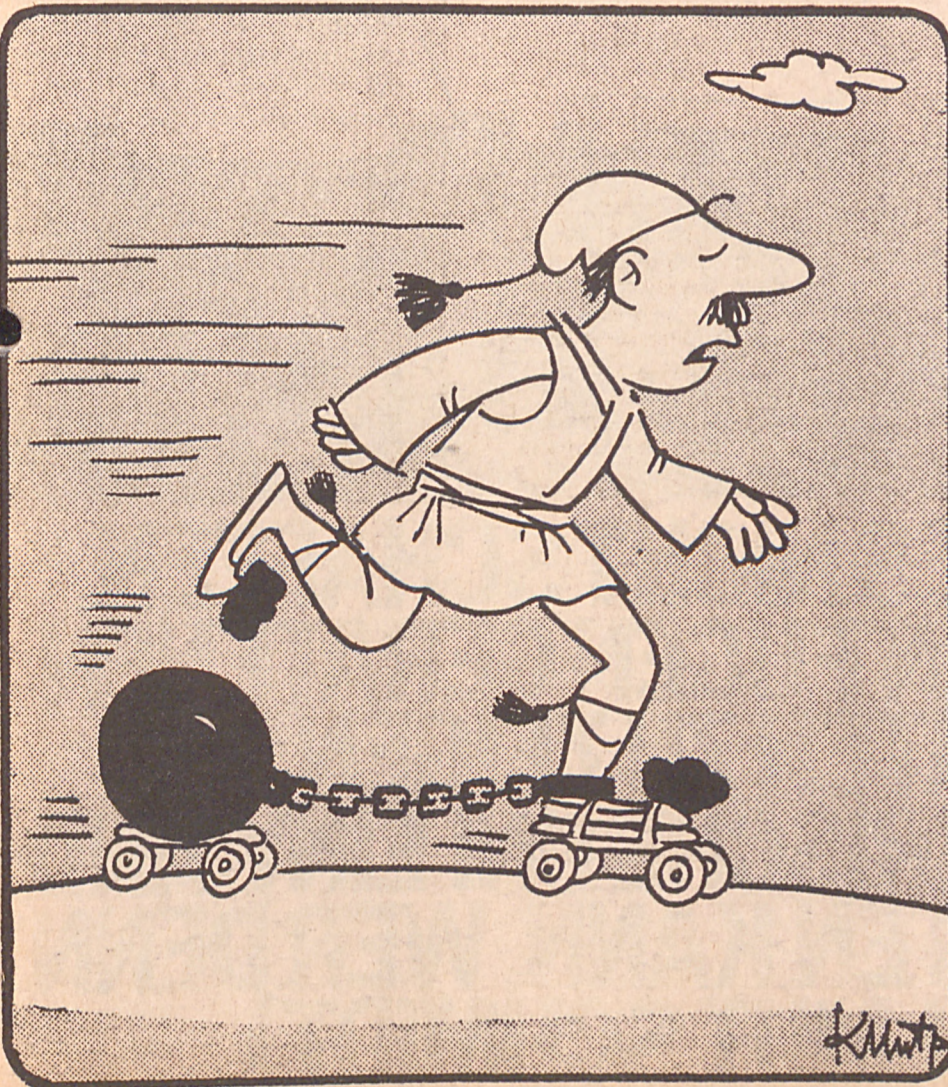
Nahezu einstimmig wurden auf einer Fachschaftsvollversammlung alle Studenten aufgerufen, die Fragebogen nicht auszufüllen und der Fachbereich aufgefordert, die Untersuchung sofort einzustellen. Resultat: der Rücklauf beträgt nur etwa 10%. Dieser Erfolg, mit dem die Studie gestorben ist, war nur möglich durch eine relativ gute Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der VV und eines recht geschlossenen Vorgehens aller fortschrittlichen Gruppierungen im Fachbereich.

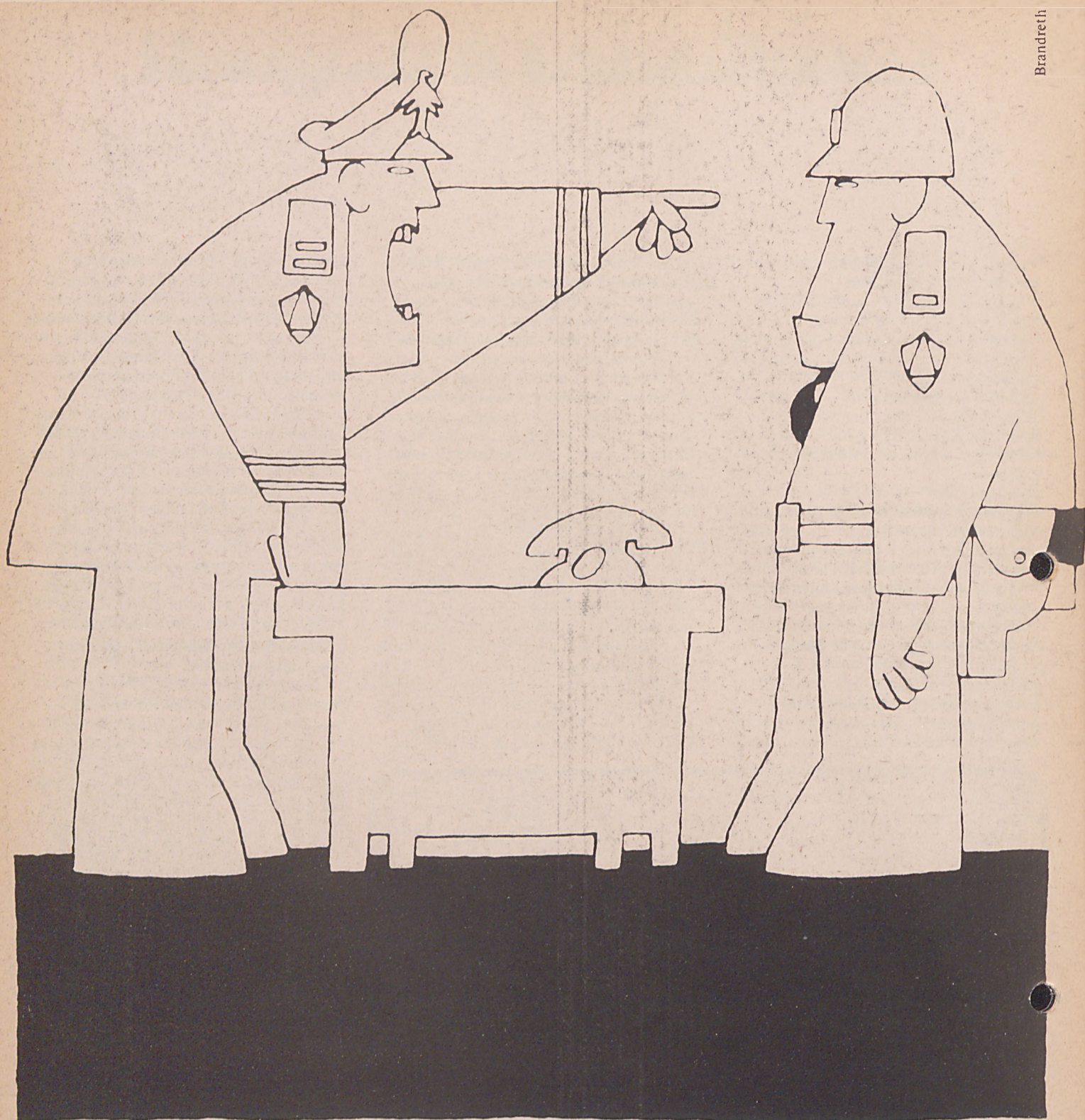
Heidelberg: Drei Studenten vom Studium ausgeschlossen

Zum ersten Male sind in Baden-Württemberg drei Studenten für die Dauer von zwei Jahren vom Studium an allen Hochschulen des Landes ausgeschlossen worden. Das Verwaltungsgericht in Karlsruhe verhängte diese schärfste Ordnungsmaßnahme, die nach dem baden-württembergischen Hochschulgesetz möglich ist, gegen die ehemaligen AStA-Vorsitzenden Dietrich Hildebrandt und Rolf Lebert sowie gegen den Studenten Ralf Fücks. Diese drei gehörten der Kommunistischen Hochschulgruppe an.

Anlaß für die Relegation war die Beteiligung der drei Studenten an einem von Rektor Niederländer im letzten Februar verbotenen Teach-in und die Besetzung des Rektorats zwei Tage später. Trotz des vom Verwaltungsgericht bestätigten Verbotes des Teach-in hatten sich die damals versammelten Studenten gewaltsam Eintritt in die Universität verschafft. Gegen Fücks und Lebert trug der Leiter der Einleitungsbehörde für Ordnungsmaßnahmen ("Ordnungsbeauftragter") an der Universität Heidelberg, Erster Staatsanwalt Peter Wechsung, weiter vor, die beiden Studenten hätten aktiv an einer Sprengung der Sitzung des Großen Senats Mitte Dezember 1972 teilgenommen.

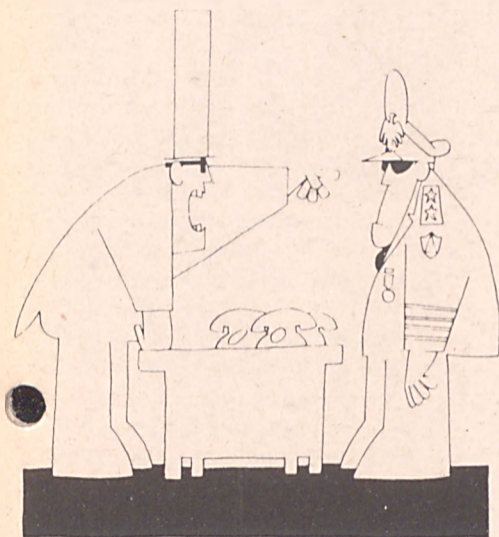
Alle drei müssen sich wegen ihrer Beteiligung an dem verbotenen Teach-in und an der Rektoratsbesetzung seit Mittwoch vor einem Heidelberger Schöffengericht strafrechtlich verantworten. Sie waren bereits im Februar letzten Jahres im ersten Schnellverfahren gegen Studenten in Heidelberg zu mehreren Monaten Freiheitsstrafen ohne Bewährung verurteilt worden. Diese Urteile waren wieder aufgehoben und das Verfahren zurückverwiesen worden, weil an der Verhandlung ein befangener Schöffe teilgenommen hatte.





**„WENN WIR ES NICHT SCHAFFEN,
DEN AUS DEN FUGEN GERATENEN
UNIVERSITÄTEN ZU ZEIGEN, WIE
EINE MILITÄRISCHE UNI EINWAND-
FREI ARBEITEN KANN, WER DENN
DANN?“ (HELMUT SCHMIDT)**

Für die 'Linke' kam es plötzlich und über Nacht: Mit dem 1. Oktober 1973 eröffneten die Bundeswehrhochschulen in München und Hamburg ihren Lehrbetrieb. Seit der Bewegung gegen die Verabschiedung der NS-Gesetze 1968, hatte man das Kapitel Bundeswehr als politischen, ökonomischen und ideologischen Faktor praktisch aus der Diskussion ausgeklammert. Heute steht ein Großteil von uns mit einem Unwohlsein gegen diese neue Einrichtung dar, ohne es nur irgenwo und irgendwie einschätzen zu können.



Sozialisationsprozesse in der Bundeswehr

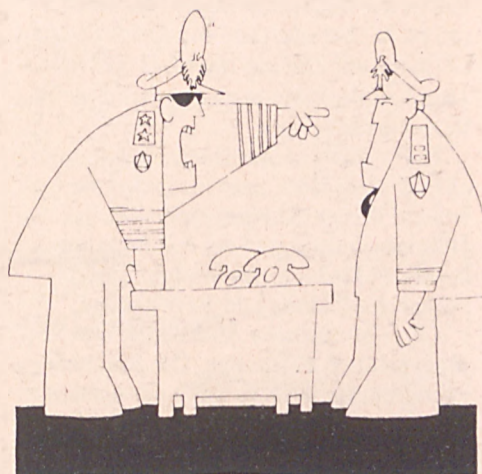
Erziehung und Ausbildung für Ziele, die nicht die Ziele derer sind, die erzogen und ausgebildet werden sollen, ist nur möglich durch Unterdrückung und Zwang. Zweifellos gliedert sich der Sozialisationsprozeß in der Bundeswehr lückenlos in den der Familie (als primären) und den der Schule (als sekundären) ein. Verinnerlichte Normen wie Autoritätshörigkeit, Abhängigkeit, etc. werden in der Bundeswehr somit zur Perfektion getrieben, sodaß eine Anpassung an die Gesellschaft hier ihren Höhepunkt und Abschluß findet. Das Ziel der Bundeswehrsozialisation ist also:

„Das Leistungsprinzip soll verinnerlicht, das Selbstwertgefühl des Wehrpflichtigen erschüttert, möglichst vernichtet werden; er soll aus seiner pädagogischen Eigenverantwortung entlassen werden und – falls er sie dank glücklicher Umstände in der primären und sekundären Sozialisation abgelegt hat – die Untertanentätigkeit wieder annehmen. Außerdem soll auf der Grundlage des Befehl-Gehorsam-Verhältnisses die Strafangst wiederhergestellt werden. Individualität und Entscheidungsfreiheit werden bewußt ausgeschaltet. In der allgemeinen Grundausbildung wird dem Soldaten die Erfahrung der Machtlosigkeit nachdrücklich vermittelt. So verankert die Erfahrung der Unterwerfbarkeit im Individuum eine dauerhafte Strafangst und Verunsicherung des Selbstgefühls, wird der Soldat unter den Bedingungen der totalen Repression bereit, sich anzupassen. Die unter Zwang erhobene Anpassungsfähigkeit macht den Wehrpflichtigen aufnahmebereit für ideologische Indoktrination; seiner Hilflosigkeit entgeht

er durch freiwillige Integration in die Gruppe (Kameradschaftsgeist).“¹

Im Ausbildungsdienst sollen also nicht nur bestimmte manuelle Fertigkeiten erlernt werden, sondern auch bestimmte Verhaltensweisen anerzogen und ausgebildet werden. So heißt es etwa in der Zentralen Dienstverordnung ZDv 3/10: „Sport härtet den Willen zur Leistung ... Sport erzieht zur Selbstzucht und Einordnung in die Gemeinschaft, Sport weckt und festigt den Sinn und das Gefühl für Maneszucht, Kameradschaft und Ritterlichkeit ... Sport ist somit ein hervorragendes Mittel der militärischen Ausbildung“. Dies wird deutlicher im Ausbildungsteil 'Innere Führung', wo es letztlich nur darum geht, die Verteidigungsbereitschaft des Soldaten für das bestehende System zu mobilisieren, indem man in idoktriniert, ihm das 'geistige Rüstzeug' für den Kampf gegen den potentiellen Feind 'Kommunismus' gibt: ZDv II/1: „Überzeugung gewonnen durch geistige Rüstung ist der entscheidende Beitrag zur Standfestigkeit des Soldaten“.

Da man an Bundeswehrschulen „schneller pädagogische Verlaufsstudien anstellen kann“ (Prof. Ellwein), wird die politisch-psychologische Manipulierbarkeit des Soldaten durch ihre Einrichtung noch verstärkt werden.



Bundeswehrhochschule als Instrument der ideologischen Formierung in der BRD

Die Ellwein-Kommission nimmt in ihrem 'Gutachten der Bildungskommission an den Bundesminister der Verteidigung' (Bonn, 1971) den Auftrag der Bundeswehr zur Grundlage ihrer Überlegungen (Weißbuch 1970): „Die Bundeswehr muß ... im Frieden durch ihre Existenz und ihre ständige Einsatzbereitschaft einen möglichen Gegner von der Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt abhalten. In der Krise und im Spannungsfall stellt sie eine Plattform dar, von der aus die politische Führung handeln und verhandeln kann, ohne befürchten zu müssen, daß ihr ein fremder politischer Wille aufzueingewirkt wird. Kommt es trotz Abschreckung und Krisenmanagement zum Verteidigungsfall, soll sie die Unversehrtheit des eigenen Hoheitsgebietes bei maximaler Schadensbegrenzung wahren oder wiederherstellen ...“

Aus diesem Auftrag leitet die Kommi-

sion das Berufsbild des Soldaten ab, zu dem folgende 'Berufspflichten' zählen: „Treues Dienen, d.h. persönliche Opfer und Einschränkungen der persönlichen Freiheit in Kauf nehmen; gehorsam, ohne den die Bundeswehr weder verteidigungsfähig noch ein zuverlässiges Instrument in der Hand der politischen Führung ist; Tapferkeit, d.h. aktives Handeln auch unter Gefahren; Kameradschaft, die Bereitschaft aller Soldaten füreinander einzutreten ... Der militärische Auftrag bringt es aber mit sich, daß jede Aufgabe in den Streitkräften unbeschadet ihres zivil vergleichbaren Anteils im militärischen Rahmen ausgeübt werden muß. Er wird direkt oder indirekt durch die Erfordernisse der Verteidigung bestimmt.“²

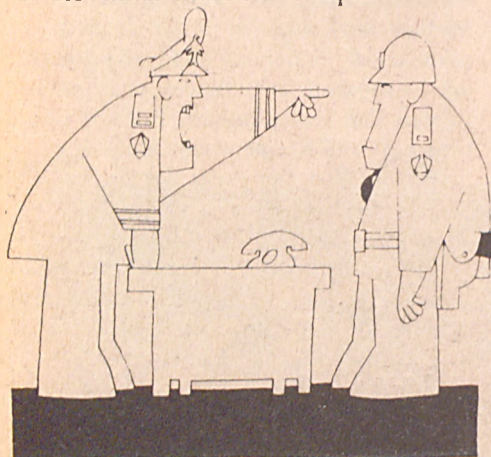
Einerseits erlernt also der Soldat das Töten des Feindes von dem ihm aber im Sinne der Abschreckungsstrategie gesagt wird, daß, je besser er funktioniert, er es nicht zu praktizieren hat. Andererseits hat er Funktionen inne, die er im Zivilleben unter angenehmeren Bedingungen ausüben könnte. Damit er diesen Widerspruch hinnehmen kann und er sich funktional einordnen kann, muß ein ideologischer Hintergrund vorhanden sein, an dem er sich orientieren kann. Dieser ideologische Hintergrund wird, wie weiter oben schon ausgeführt wurde, durch politisch-psychologische Indoktrination geschaffen. Über die Aufgabe der Erziehung heißt es in dem Gutachten der E.-K.: „Das eigentliche Medium der Erziehung ist der Umgang miteinander; Erziehung heißt, so miteinander umzugehen, so zu führen, so zu unterrichten, daß Selbstdisziplin, Funktionsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit gefördert werden. Der Ausbilder als Erzieher muß demgemäß sein Tun als Teil eines Zusammenhanges sehen, dessen wechselseitige Beziehung das Verhalten aller Beteiligten bestimmen. Er muß Ausbildungssituationen als pädagogische Situationen begreifen und danach auch sein Verhalten einrichten. Seine eigene Ausbildung muß deshalb auch immer eine pädagogisch-erzieherische und gesellschaftswissenschaftlich fundierte Ausbildung sein. Im militärischen Bereich sind die Verpflichtungen zu Gehorsam und Disziplin gesetzlich festgelegt. Beide werden sich durch den genannten Weg am wirksamsten erreichen lassen.“³

Dieser Auftrag von Erziehung gilt für jeden Bereich der Ausbildung in der Bundeswehr. Es wird hier wohl ziemlich deutlich, welche Aufgabe diese Erziehung in der BRD beinhaltet: Die Erziehung zum Untertan.

Es ist jetzt die Frage, wie die Bundeswehrhochschule in den gesamtgesellschaftlichen Rahmen der BRD einzuordnen ist. Zur Zeit wird die internationale Politik durch das Bestreben bestimmt, auf gemeinsamen Konferenzen von sozialistischen und kapitalistischen Ländern Entscheidungen über eine allgemeine Abrüstung, über Truppenabbau, Gewaltverzicht, Sicherheitssysteme, Kooperation auf wirtschaftli-

chem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet herbeizuführen. Die Außenpolitik der BRD hat sich dieser Politik der 'friedlichen Koexistenz' weitestgehend angepaßt. Die äußere Sicherheit der BRD ist somit vertraglich weitgehend geregelt. Hierzu steht als Gegensatz der unveränderte Kampfauftrag der Bundeswehr im Rahmen der NATO-Politik.

Diese Entwicklung der letzten Jahre, die einherging mit einem Aufschwung der demokratischen Bewegungen in den kapitalistischen Ländern, hat auch in der BRD zu einer Verschärfung der inneren Widersprüchlichkeit geführt. An der Politik der 'Inneren Sicherheit' wird deutlich, auf wessen Seite der Auseinandersetzung sich die Bundesregierung geschlagen hat. Den Maßnahmen der inneren Sicherheit, wie, Berufsverbote für Sozialisten im öffentlichen Dienst, Numerus Clausus, Hochschulrahmengesetz, etc. ist auch die Bundeswehrhochschule einzuordnen. Die an der Bundeswehrhochschule qualifizierten Arbeitskräfte fügen sich problemlos dem Kapital, ohne das emanzipatorische Bestandteile der Ausbildung ein für das Kapitalinteresse beeinhaltendes Risiko darstellen könnten, ohne ein politisches Risiko für die Bundeswehr. So betrachtet ist also die Bundeswehrhochschule geradezu 'ideal' – risikofrei und den Bedingungen des Kapitalverwertungsprozesses vollkommen angepaßt, dazu unter dem direkten Kommando des Militär-Industrie-Komplexes.



Kasernierte Wissenschaftlichkeit

Es wäre nun zu prüfen inwieweit das Studium an den Bundeswehrhochschulen dem Anspruch wissenschaftlicher Bildung und Ausbildung, wie sie an den anderen Hochschulen vermittelt werden soll, genügt, oder inwieweit die "Einheit von wissenschaftlicher und militärischer Ausbildung" (Ellwein-Kommission) dem Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit widerspricht.

Die Einheit von wissenschaftlicher und militärischer Ausbildung begründet für die Ellwein-Kommission die Notwendigkeit bundeswehreigener Hochschulen: "Das Studium muß ... sowohl auf den Beruf des Offiziers wie auf einen künftigen zivilen Beruf vorbereiten. Wie in anderen Verantwortungsbereichen wird das umso eher zu erreichen sein, je mehr es gelingt, Studiengang und militärische Verwendung einander zuzuordnen, damit Studium und Berufserfahrung sich ergänzen und beides

auch einem künftigen Zivilberuf zugute kommt. Dazu ist eine volle Vergleichbarkeit zwischen den Studiengängen und –abschlüssen an den Hochschulen der Bundeswehr und denen an allgemeinen Hochschulen erforderlich. Vergleichbarkeit bedeutet aber nicht Gleichheit. In der Auswahl einzelner Studieninhalte, in der zeitlichen Anlage des Studiums und in der Bezugnahme auf den Beruf des Offiziers kann der grundsätzlich geforderten Zuordnung von Studium und Beruf an Hochschulen der Bundeswehr besser entsprochen werden als an allgemeinen Hochschulen."⁴

Im weiteren heißt es dann:

"(1) Das Studium an diesen Hochschulen muß dem an allgemeinen Hochschulen vergleichbar sein und zu gleichwertigen Abschlüssen führen.

(2) Es werden nur solche Fachbereiche eingerichtet, die zu ihrem Teil sowohl zur Vorbereitung des Offiziersberufes beitragen als auch – mit Rücksicht auf die Offiziere auf Zeit – den Übertritt ins zivile Berufsleben ermöglichen.

(3) Im Studium werden bei der Auswahl der einzelnen Fachinhalte die Belange der Streitkräfte berücksichtigt.

(4) Das Studium wird so angelegt, daß die spätere Praxis und mit ihr der Beruf des Offiziers gegenwärtig ist.

(5) Das Studium wird so geordnet, daß in der Regel eine Dauer von drei Jahren nicht überschritten und damit für die Offiziere auf Zeit ein tragbares Verhältnis zwischen Ausbildung und praktischer Tätigkeit erreicht wird.

(6) Auch für das Hochschulstudium gilt der Grundsatz einer möglichst weitgehenden Berücksichtigung individueller Ausbildungswünsche und der auf Beratung fußenden Planung von Studium, militärischer Ausbildung und Verwendung.

(7) Militärische Ausbildung und Studium gehören zusammen. Das Studium übernimmt inhaltliche Teile der bisherigen militärischen Ausbildung oder erleichtert andere Teile durch die vorbereitende Grundlegung.

(8) Die militärische Ausbildung ergänzt andererseits das Studium, indem z.B. Teile dieser Ausbildung die Aufgabe von Praktika übernehmen.

(9) Zwischen den allgemeinen Hochschulen und denen der Bundeswehr ist eine enge Kooperation anzustreben, die sich besonders auf die Abstimmung der Lehrpläne und den Austausch des Lehrpersonals erstrecken soll."⁵

Bildung und Ausbildung orientieren sich an den allgemeinen Hochschulen primär am Kriterium der Wissenschaftlichkeit. Wenn in diesem Katalog der Begriff der Wissenschaft nur einmal am Anfang (Einheit von wissenschaftl. und militärischer Ausbildung) auftaucht, so fragt man sich wo die Wissenschaftlichkeit bei der Bundeswehrhochschule wohl bleibt oder zumindest wie die Konzeption mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Nach Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes gilt: Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Westdeut-

sche Rektorenkonferenz führt dazu in den "Alternativthesen der WRK 'Aufgaben der Hochschulen'" aus: "1. ...Die Hochschulen und die ihnen zugeordneten Einrichtungen dienen der Forschung, der Lehre und dem Studium sowie der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ...

3. Die Selbstverwaltungsrechte sichern die kritische Funktion der Hochschule bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Staat und Gesellschaft. Ihre verantwortliche Ausübung erfordert wirksame korporative Selbstkontrolle" und weiter "... Das Recht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte (Art. 12, Abs. 1, Satz 1 GG) gilt auch für die Universität. Daraus ergibt sich in Verbindung mit Art. 5 Abs. 3 GG die Freiheit des Studiums, sie entspricht der Freiheit der Lehre, die wiederum die Freiheit der Forschung voraussetzt."

Die Antimilitarismus-Projektgruppe der Deutschen Jungdemokraten Baden-Württemberg hat im einzelnen den Widerspruch von Gehorsam und Freiheit und damit die Unmöglichkeit der Wissenschaftlichkeit der Bundeswehrhochschulen aufgezeigt. Im Einzelnen führen sie aus:

"Zu (1): Ein Studium, das eingebaut ist in einen Ausbildungsgang, der nur zu einem Beruf führen soll – dem des Offiziers –, kann grundsätzlich nicht Studien vergleichbar sein, die erst während ihres Verlaufs dem Studierenden Perspektiven verschiedener Berufe eröffnen.

Zu (2): Die Beschränkung auf bestimmte Fachbereiche, nämlich Organisations- und Betriebswirtschaft, Pädagogik, Information, Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, Biologie oder Luft- und Raumfahrttechnik behindert die Freiheit des Studiums für alle diejenigen, die in anderen Fachbereichen studieren wollen.

Zu (3): Die dem Bundesminister der Verteidigung zur Genehmigung vorzulegenden Curricula, die auch Aussagen über Fachinhalte betreffen, beschneiden die Freiheit des Studiums weiter, da selbst innerhalb der wenigen geplanten Fachbereiche hauptsächlich solche Inhalte, die die Streitkräfte betreffen, berücksichtigt werden sollen.

Zu (4): Auch dieser Grundsatz – Anlegung des Studiums auf 'die spätere Praxis ... des Offiziers' – weist wieder auf die Monopolstellung des Offiziersberufes für das Curriculum hin.

Zu (5): Mit dem Grundsatz der Studienzeitbeschränkung greift die Ellwein-Kommission der die Beschränkung der Studienzeit regelnden Bestimmung des Hochschulrahmengesetzes vor. Da die BWH-Studenten den militärischen Disziplinarvorschriften unterliegen und außerdem wegen ihrer fortlaufenden, im Vergleich zu anderen Studierenden überdurchschnittlichen Einkünfte nicht wie diese Nebentätigkeiten nachgehen müssen, dürfte das Studienpensum in den vorgesehenen drei Jahren zu bewältigen sein – freilich auf Kosten jeder kritischen und damit wissenschaftlichen Reflexion. Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um vorauszusehen, wie bald angesichts der Überfüllung der

Fasching in der Uni
Hörsaalgebäude

Quartier Latin '74

**15. 16.
Februar**

9 Bands.
8 Bars.
2 Non-Stop-Comix-Kinos.

7 Stockwerke.
1 Kostümprämierung.

Eintritt:

Schüler, Lehrlinge, Studenten:

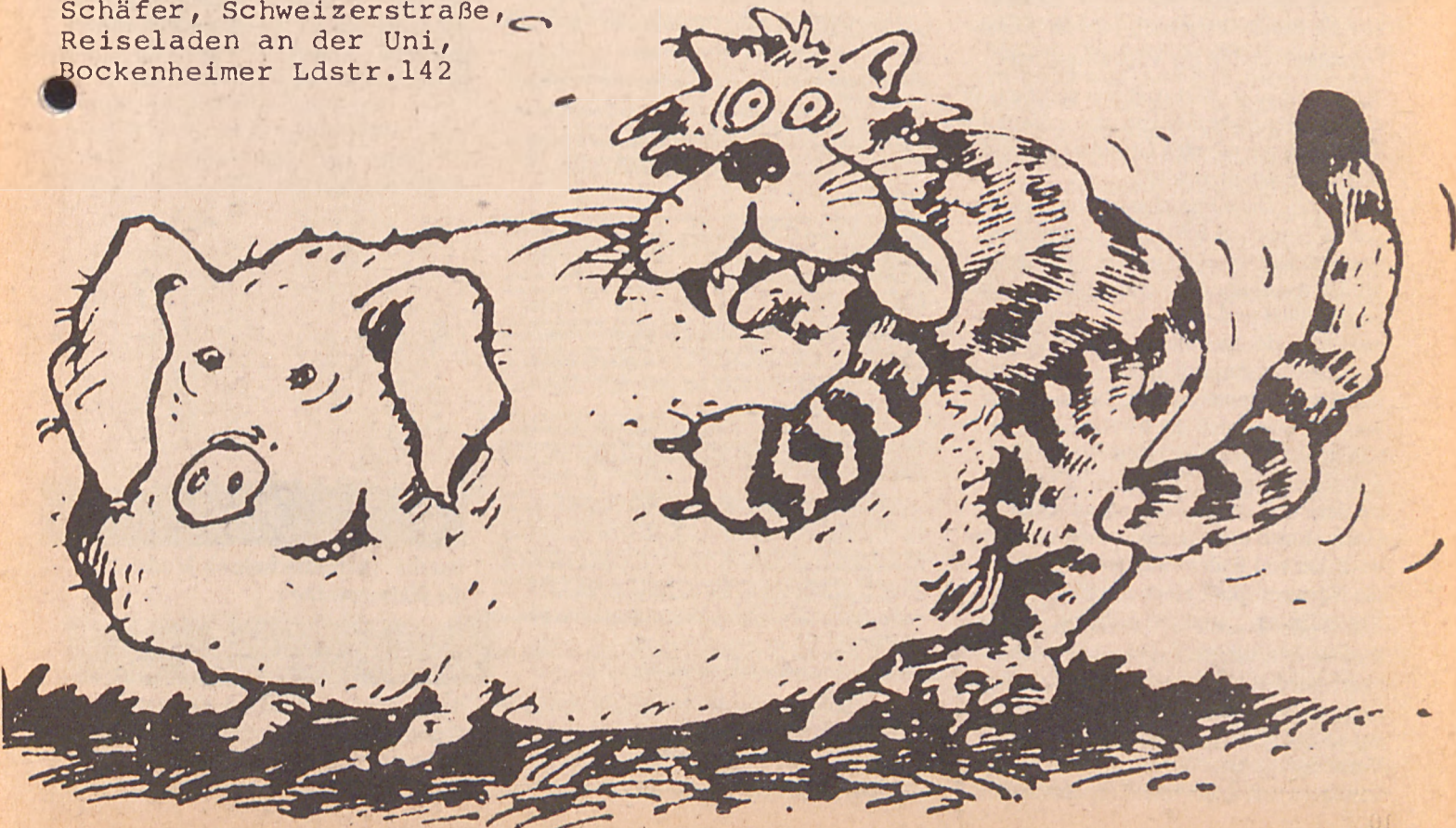
Fr 8,-DM, Sa 10,- DM

Sonstige Gäste: Fr 12,- DM, Sa 15,- DM

Abendkassenzuschlag: 3,- DM

Vorverkauf:

ASTA der Uni, Jügelstr.1,
Jugendkiosk, Hauptwache B-Ebene,
Verkehrsverein Hauptwache und Hbf,
Reisebüro Nord-West, Nordwestzentrum,
Schäfer, Schweizerstraße,
Reiseladen an der Uni,
Bockenheimer Ldstr.142



allgemeinen Hochschulen diese Regelungen auf den allgemeinen Studienbereich übertragen werden.

Zu (6): Der Grundsatz 'einer möglichst weitgehenden Berücksichtigung individueller Ausbildungswünsche' täuscht eine Freiheit vor, die es nicht geben wird, da die Beratung darauf angelegt sein muß, den BWH-Studenten die Fachrichtungen zu empfehlen, die im Interesse der "Schlagkraft" der Truppe und der "optimalen Verteilung" qualifizierter Offiziere auf alle Bereiche der Bundeswehr jeweils benötigt werden.

Zu (7): An dem Grundsatz der inhaltlichen Übernahme militärischer Ausbildung wird die totale Verflechtung von militärischer Berufsausbildung und BWH-Studium so eklatant deutlich, daß von wissenschaftlicher Freiheit absolut keine Rede mehr sein kann.

Zu (8): Das gleiche gilt für den folgenden Grundsatz. Der BWH-Student soll nicht nur innerhalb des Studienganges, sondern auch noch in den zwischen den Studienjahren liegenden Praktika immer nur mit Personen der gleichen Berufsrichtung zusammenkommen und keine Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit Studenten mit anderen Berufszielen erhalten. Er wird damit zwangsläufig zum Fachidioten, der auch dann, wenn er als Zeitoffizier die Bundeswehr nach 12 oder 15 Jahren verläßt und in die Verwaltung oder Wirtschaft geht, dort nachden gleichen, an militärische Zielsetzungen und soldatischen Tugenden orientierten Grundsätzen und Methoden arbeiten wird.

Zu (9): Die vorgesehene "enge Kooperation" zwischen BWH und allgemeinen Hochschulen ist nicht anders aufzufassen, als daß einerseits die Verschulung, wie sie an der BWH praktiziert wird, von den allgemeinen Hochschulen zum Vorbild genommen werden soll und daß andererseits der Austausch von Lehrkräften nicht etwa dazu dient, daß die BWH-Studenten Gelegenheit erhalten, linksorientierte gesellschaftskritische Dozenten zu hören, sondern daß auch an den allgemeinen Hochschulen entsprechend dem Wehrkunde-Erlaß von Baden-Württemberg "über die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung ... und die Aufgabe, die der Bundeswehr hierbei zukommen", informiert werden wird. Diese These wird noch dadurch untermauert, daß das Lehrpersonal an der BWH vom Bundesminister der Verteidigung berufen und ernannt wird. Soweit es sich dabei um Zivilpersonen

handelt, dürften Dozenten, die die Bundeswehr grundsätzlich in Frage stellen, keine Chance haben, angestellt zu werden.

Aus all dem ist zu schließen: Die Bundeswehrhochschulen sind keine wissenschaftlichen Hochschulen."⁶

Zur Ergänzung der Ausführungen der Antimilitarismus-Projekt-Gruppe möchte ich hier einige Auszüge aus dem Soldatengesetz⁷ anführen:

2. Pflichten und Rechte der Soldaten

§ 6 Staatsbürgerliche Rechte der Soldaten

Der Soldat hat die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie jeder andere Staatsbürger. Seine Rechte werden im Rahmen der Erfordernisse des militärischen Dienstes durch seine gesetzlich begründeten Pflichten beschränkt.

§ 7 Grundpflicht des Soldaten

Der Soldat hat die Pflicht, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.

§ 8 Eintreten für die demokratische Grundordnung

Der Soldat muß die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten.

§ 9 Eid und feierliches Gelöbnis

(1) Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit haben folgenden Dienst-eid zu leisten:

„Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.“

Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden. Gestattet ein Bundesgesetz den Mitgliedern einer Religionsgesellschaft, an Stelle der Worte „ich schwöre“ andere Beteuerungsformeln zu gebrauchen, so kann das Mitglied einer solchen Religionsgesellschaft diese Beteuerungsformel sprechen.

(2) Soldaten, die auf Grund der Wehrpflicht Wehrdienst leisten, bekennen sich zu ihren Pflichten durch das folgende feierliche Gelöbnis:

„Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“

§ 10 Pflichten des Vorgesetzten

(1) Der Vorgesetzte soll in seiner Haltung und Pflichterfüllung ein Beispiel geben.

(2) Er hat die Pflicht zur Dienstaufsicht und ist für die Disziplin seiner Untergebenen verantwortlich.

(3) Er hat für seine Untergebenen zu sorgen.

(4) Er darf Befehle nur zu dienstlichen Zwecken und nur unter Beachtung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze und der Dienstvorschriften erteilen.

(5) Er trägt für seine Befehle die Verantwortung. Befehle hat er in den Umständen angemessenen Weis durchzusetzen.

(6) Offiziere und Unteroffiziere haben innerhalb und außerhalb des Dienstes bei ihren Äußerungen die Zurückhaltung zu wahren, die erforderlich ist, um das Vertrauen als Vorgesetzte zu erhalten.

§ 11 Gehorsam

(1) Der Soldat muß seinen Vorgesetzten gehorchen. Er hat ihre Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich auszuführen. Ungehorsam liegt nicht vor, wenn ein Befehl nicht befolgt wird, der die Menschenwürde verletzt oder der nicht zu dienstlichen Zwecken erteilt worden ist; die irrtümliche Annahme, es handle sich um einen solchen Befehl, befreit nicht von der Verantwortung.

(2) Ein Befehl darf nicht befolgt werden, wenn dadurch ein Verbrechen oder Vergehen begangen würde. Befolgt der Untergebene den Befehl trotzdem, so trifft ihn eine Schuld nur, wenn er erkennt oder wenn es nach den ihm bekannten Umständen offensichtlich ist, daß dadurch ein Verbrechen oder Vergehen begangen wird.

§ 15 Politische Betätigung

(1) Im Dienst darf sich der Soldat nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen. Das Recht des Soldaten, im Gespräch mit Kameraden seine eigene Meinung zu äußern, bleibt unberührt.

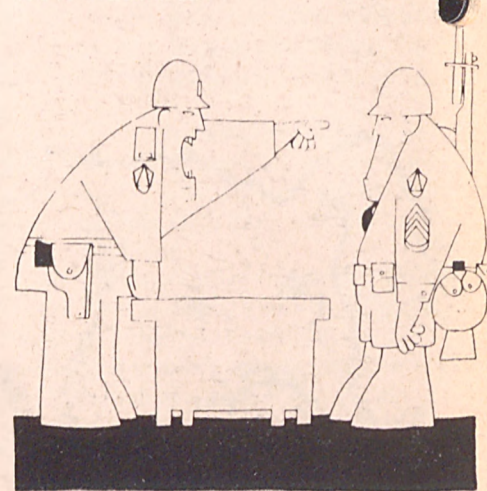
(2) Innerhalb der dienstlichen Unterkünfte und Anlagen findet während der Freizeit das Recht der freien Meinungsäußerung seine Schranken an den Grundregeln der Kameradschaft. Der Soldat hat sich so zu verhalten, daß die Gemeinsamkeit des Dienstes nicht ernstlich gestört wird. Der Soldat darf insbesondere nicht als Werbeträger für eine politische Gruppe wirken, indem er Ansprachen hält, Schriften verteilt oder als Vertreter einer politischen Organisation arbeitet. Die gegenseitige Achtung darf nicht gefährdet werden.

(3) Der Soldat darf bei politischen Veranstaltungen keine Uniform tragen.

(4) Ein Soldat darf als Vorgesetzter seine Untergebenen nicht für oder gegen eine politische Meinung beeinflussen.

Die Soldaten an der BWH sind von einer Mitbestimmung von Hochschulfragen praktisch ausgeschlossen: An der Spitze der BWH steht der Präsident, der vom Ver-

teidigungsminister 'abkommandiert' ist. Der Präsident übt eine Wächterfunktion über alle Organe der BWH, Beamte, Soldaten und Arbeiter aus und ist zugleich höchster Vorgesetzter in der BWH. Neben ihm steht der Kanzler, der über Finanzen und Besetzung von Lehrstellen entscheidet. Beide sind nicht demokratisch gewählt, sondern Beauftragte des Verteidigungsministers, der letztlich bei nicht-zustandekommen einer Entscheidung, seine Entscheidung fällt. Die innere Ordnung der BWH entspricht genau der Unterordnungsstruktur der Bundeswehr, der Struktur militärischer Hierarchie, dem Prinzip von Befehl und Gehorsam. In diesem Sinne funktionieren auch Senat und Fachbereichsrat (hier wird über akadem. Prüfungen, Curricula, etc. beraten). Die Zusammensetzung der Gremien ist so, daß sämtliche Beschlüsse auch ohne die Zustimmung der Studenten gefaßt werden können. Neben diesen zivilen Vorgesetzten gibt es auch noch militärische Disziplinvorgesetzte, die 'Wahrer' von Disziplin und Verkörperung eines Straforgans, der Disziplinarstrafe. Ihre Funktion an der BWH beschränkt sich darauf, den Dienstablauf zu gewährleisten, da Studium letztlich Dienst ist. Einer dieser milit. Vorgesetzten in Hamburg, Oberstleutnant Genschel, meinte, daß sich erst aus der Zusammenarbeit mit den Dozenten die militärische Disziplinargewalt als *sinnvoller Teil des Studienbetriebes* erweisen muß.



Bundeswehrhochschule als Modell für die Bildungsreform

Deutlich wird diese Rolle der Bundeswehrhochschule als Modell für die Bildungsreform, wenn es heißt, daß die Studienbedingungen nach Ansicht der Gründer "schon ein Stück Hochschul- und Studienreform der allgemeinen, allzu trägen Entwicklung vorwegnehmen". Es wird ange-

strebt, daß die BWH "bei der Planung der Hochschulentwicklung und Gesamthochschule" mitwirkt. Zweifellos soll damit die 'Wissenschaftlichkeit' der BWH aufgewertet und für die allgemeinen Hochschulen die Außenseiterposition der BWH umgewertet werden zu einem Modell für die 'neue' allgemeine Hochschule.

In der Bundeswehr-internen Zeitschrift "loyal-das kritische wehrmagazin, 10/73" heißt es hierzu: "... Die wohl augenfälligste Reform gegenüber dem Studium ziviler Studenten stellt die Verkürzung der Ausbildung an Hochschulen der Bundeswehr auf drei Jahre dar. Das ist den Universitäten bisher nicht gelungen, obwohl eine Vielzahl von entsprechenden Bemühungen zu registrieren war. Die erste wirkliche Chance, auch im zivilen Hochschulbereich eine Straffung und Kürzung der Studiengänge herbeizuführen, schafft der im Bundestag vorliegende Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz, der sogenannte Regelstudienzeiten von drei oder höchstens vier Jahren verbindlich für alle Universitäten in der Bundesrepublik einzuführen beabsichtigt. Die an den Hochschulen der Bundeswehr mit dem drei Studienjahr umfassenden Reformen werden für die anstehende Reform sehr nützlich sein."

Es wird klar, wohin jede Bildungsreform in der Bundesrepublik letztlich führt: Aufrechterhaltung des herrschenden Systems, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. In diesem Sinne wäre ein erster Schritt mit der BWH bereits getan – es fragt sich, wie lange es noch dauern wird, bis an den allgemeinen Hochschulen die Prinzipien der BWH eingeführt werden!

gemeinen Hochschulen nach BaföG 'bezahlt' werden (höchstens DM 420,-) erhalten die Studenten der BWH Leutnantsgehälter (ca. DM 900,-). Das Zahlen von jeglichen Studentenbeiträgen bleibt ihnen erspart und die Bundeswehr stellt ihnen zusätzlich Unterkunft zur Verfügung. Da nach einer 12 oder 15jährigen Dienstzeit – einschließlich Studiums – die bevorzugte Weitervermittlung in den Zivilberuf durch das Arbeitsplatzschutzgesetz und das Eingliederungsgesetz gewährleistet ist, wird die Bundeswehr nicht als Hindernis erfahren werden können. Hinzu kommt die Möglichkeit an den BWH ein Studium ohne Numerus Clausus aufzunehmen, im Gegensatz zu den meisten allgemeinen Hochschulen.

Sicher dürfte sein, daß nach dem Besuch der BWH eine zivile Anschlußkarriere folgen dürfte. So werden schon heute Offiziere und Unteroffiziere als Erzieher, die "Bereitschaft zu konsequentem Einsatz" haben, für Internate gesucht. Es ist klar, welche Auswirkungen dieser 'Einsatz' haben wird: Verschleierung gesellschaftsbedingter Ursachen von Konflikten, gesellschaftlich bedingtes abnormes Verhalten und Kriminalität wird als persönliches Fehlverhalten interpretiert, u.a.m.

Viele ehemalige Offiziere werden an den Spitzen der Privatwirtschaft zu finden sein: In alter Verbundenheit werden diese mit den aktiven Offizieren in Wirtschaft und Verwaltung eng miteinander kooperieren. Der schon heute bestehende militärisch-industrielle Komplex – auf den ich hier nicht weiter eingehen kann – wird weiter erblühen!

Ein Fazit zieht die Antimilitarismus-Projektgruppe: Sie schreibt unter: 'Erziehung im Teufelskreis':

"1. Während des Pädagogik-Studiums werden dem BWH-Studenten jene psychologischen, pädagogischen und didaktischen Kenntnisse vermittelt, die ihn dazu befähigen, von ihm bereits verinnerlichte Anpassungsinhalte im Zivilberuf adäquat zu reproduzieren. Gerade das Pädagogik-Studium präpariert in hohem Maße zur Durchsetzung jener Strukturen und Inhalte, die das Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung garantieren. Überzeugten Militaristen mit missionarischem Sendungsbewußtsein werden durch das Päd.-Studium die Mechanismen in die Hand gegeben, ihre politische und ideologische Ausrichtung in die Praxis umzusetzen.

2. Einsatz der BWH-Absolventen als Pädagogen: Die bereits durch den Sozialisationsprozeß in der Familie geformten

Schüler werden durch den wehrideologisch orientierten Pädagogen Abhängigkeit und Autoritätshörigkeit mit der Intention, den Schüler in das bürgerliche Leistungsprinzip einzugliedern, verstärkt erfahren.

3. Einsatz im betrieblichen Ausbildungswesen: Einsichten des Lehrlings in hierarchische Betriebsstrukturen und die kapitalistische Produktionsweise werden bewußt hintertrieben; hinzu kommt die Verherrlichung des Leistungsprinzips.

4. Einsatz in der Erwachsenen- und Weiterbildung: Die genannten Inhalte werden ebenso den Erwachsenen (Volkshochschule etc.) vermittelt und von diesen gegenüber den Kindern reproduziert.

5. Einsatz als Sozialpädagoge (in Ausbilderfunktion): Die sich am Prinzip Führung orientierende militärische Pädagogik wird den zukünftigen Sozialpädagogen vermittelt, die gelehrten Anpassungsinhalte verinnerlicht. In ihrer Multiplikatorenfunktion reproduzieren sie diese Inhalte im Bereich der sekundären Sozialisation des Kindes."⁸

Der Kreis sähe dann also folgendermaßen aus: In der Schule wird Wehrkunde, Erziehung zum Wehrwillen propagiert. Anschließend der Sozialisationsprozeß in der Bundeswehr (Entpersönlichung, Zerstörung des Selbstwertgefühls, Strafängste) hin zur Bundeswehrhochschule (Unterrichtsprinzip: Befehl und Gehorsam). Hierauf folgt dann die zivilberufliche Anschlußkarriere, die in ihren Auswirkungen, etwa im Erziehungs- und Bildungswesen, die direkte und indirekte Sozialisation von Kindern beeinflußt. Der Kreis bleibt geschlossen, da systemkritische Kräfte durch die Berufsverbote ausgeschaltet werden.

Die anschließende Dokumentation, die als bundeswehrinterne anzusehen ist, weist noch einmal auf die Wichtigkeit für uns hin, die die Einrichtung der BWH für uns hier und jetzt hat.

Michael Marshall

1. Büchele/Hager/Meyer/Schöning: Militarisierung des Bildungswesens, Röderberg-Verlag, Ffm. 73, S. 15

2. Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr, Gutachten der Bildungskommission an den Bundesminister der Verteidigung, Bonn 71, Seite 19

3. A.a.O. S. 27

4. A.a.O. S. 50

5. A.a.O. S. 51

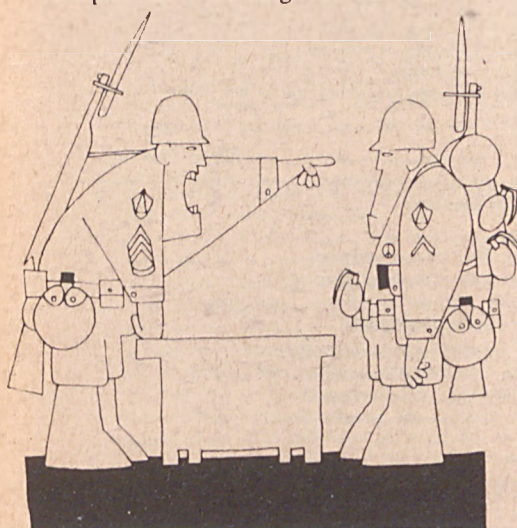
6. A.a.O. S. 21 f

7. Das Dienstrecht der Wehrpflichtigen. Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten in: Taschenbuch für Wehrausbildung, Regensburg/München, 66

8. A.a.O. S. 53 f

Literatur:

Bei uns können Sie in Ruhe studieren! Hrsgb: Bund demokratischer Wissenschaftler, Sektion Hamburg, u.a., Eigendruck 73



Auswirkungen der BWH

Eine entscheidende Privilegierung der BWH als Lockmittel dürfte die finanzielle Basis sein: Während Studenten der all-

Dokumentation:

FU S I 7

Bonn, den 30. Januar 1973
App. 9740/9746/4835Hochschulen der BundeswehrI. Zielsetzung und Aufgaben des Studiums an den Hochschulen der Bundeswehr

Die Ausbildung der Berufsoffiziere und der Offiziere mit mindestens 12jähriger Verpflichtungszeit dauert ab 1972 5 Jahre. Am Anfang steht ein 15monatiger militärischer Ausbildungsabschnitt, in dessen Verlauf die Offizierprüfung abgelegt werden muß. Dann folgt als Kernstück der Offizierausbildung ein dreijähriges wissenschaftliches Studium an einer Hochschule der Bundeswehr. Die fünfjährige Ausbildung des Offiziers schließt mit einer durchschnittlich 9 Monate dauernden fachlichen Vorbereitung auf die unmittelbar folgende Verwendung in der Truppe ab. Militärische Ausbildung und Studium bilden eine Einheit und ergänzen sich wechselseitig.

Das neue Ausbildungsangebot gilt erstmals für den Einstellungsjahrgang 1972. Der Studienbetrieb der Hochschulen der Bundeswehr wird in Hamburg und München am 1. 10. 1973 aufgenommen.

Der Auftrag der Hochschulen der Bundeswehr lautet:

Die Hochschulen der Bundeswehr dienen der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften durch Studium, Lehre und Forschung. Die Hochschulen der Bundeswehr bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden erfordern. Sie beteiligen sich an Veranstaltungen der Weiterbildung.

Die Hochschulen der Bundeswehr werden im Rahmen ihres Auftrages die akademischen Angelegenheiten selbständig wahrnehmen und verantworten. Sie werden in Struktur und Organisation den anderen wissenschaftlichen Hochschulen gleichwertig und gleichartig sein.

- 2 -

- 3 -

am Standort, über die einzelnen Fach- und Vertiefungsrichtungen sowie über die Berufsfelder vermittelt und diskutiert. Während dieser Orientierungsphase zu Beginn des Studiums erhält der studierende Offizier ferner Einblick und erste Einübung in typische Methoden, Arbeitsweisen, Techniken und Hilfsmittel wissenschaftlicher Betätigung. Beratung und Betreuung stehen dem studierenden Offizier während des ganzen Studiums zur Verfügung. Den Abschluß des Studiums an den Hochschulen der Bundeswehr bildet eine Hochschulprüfung, die sich nach den Bestimmungen des jeweils geltenden Landesrechts richtet.

Das Diplom der Hochschulen der Bundeswehr wird ein den entsprechenden Abschlüssen anderer wissenschaftlicher Hochschulen gleichwertiger akademischer Grad sein. Ein späteres weiterführendes Studium - etwa für Berufsoffiziere im Rahmen der Fortbildungsstufe C oder für Zeitoffiziere nach Ablauf der Verpflichtungszeit - mit dem Ziel zusätzlicher wissenschaftlicher Qualifikationen wie z.B. der Promotion ist möglich.

- 4 -

- 2 -

Als Studienfächer werden Pädagogik, Betriebs- und Organisationswissenschaften, Informatik, Maschinenbau, Elektrotechnik, Luft- und Raumfahrttechnik, Bauingenieurwesen und Vermessungswesen angeboten. Für die Wahl der Fachrichtung sind der Bedarf der Streitkräfte sowie Eignung und Neigung des Bewerbers bestimmend.

Die wehrpflichtigen Abiturienten werden schriftlich über das neue Ausbildungsangebot informiert. Die Zuordnung der Offizierbewerber zu Fachrichtungen soll zu einem möglichst frühen Zeitpunkt erfolgen. Während des Annahmeverfahrens an der Offizierbewerberprüfzentrale (OPZ) wird hierzu bei allen Offizierbewerbern mit Hochschulreife festgestellt, ob sie für ein Studium in der angebotenen und gewünschten Fachrichtung die erforderlichen Voraussetzungen erkennen lassen. Der Studienwunsch des Bewerbers soll mit den Erfordernissen der von ihm gewählten Teilstreitkraft, Truppen- und Waffengattung koordiniert werden.

Das Studium an den Hochschulen der Bundeswehr gliedert sich in drei Studienjahre. Neben jährlich neun Monaten Studienzeit, die in Trimester eingeteilt sind, und dem üblichen Jahresurlaub bleiben im Studienjahr noch etwa acht Wochen frei, die für fachliche Praktika und militärische Übungen genutzt werden können. Durch die zeitliche Straffung des Studiums, durch die Stoffbeschränkung und Planung sowie durch die Durchführung des Studiums auf curriculärer Grundlage soll erreicht werden, daß die drei Studienjahre im Endergebnis einem achtsemestrigen (= 4jährigen) Hochschulstudium entsprechen. Trotz straffer Organisation des Studiums wird die individuelle Wahl von Vorlesungen, Übungen und Praktika gewährleistet sein.

Das Studium beginnt mit einer hochschuldidaktischen Einweisung, die helfen soll, Studienschwierigkeiten zu vermeiden oder wenigstens einzuschränken. Zu diesem Zweck werden in kleinen Arbeitsgruppen Informationen über allgemeine Hochschul- und Studienprobleme, über die Hochschulwirklichkeit und die Studiensituation

- 3 -

- 4 -

II. Grundlagen des Studiums

Das Studium wird auf curriculärer Grundlage durchgeführt. Begriff und Bedeutung eines Curriculums bedürfen einer Erläuterung. Curriculum mit Lehrplan gleichzusetzen, wie es in der Presse zuweilen geschieht, ist falsch und verfehlt die Absichten der Curriculauforschung und -revision. Anders als bei den traditionellen Lehr- und Bildungsplänen gehen Curricula von klar definierten, und damit überprüfbaren Lern- und Ausbildungszielen aus. Diese bestimmen die Lerneinhalte ("Stoffe"), die Lehr- und Lernmethoden zu Vermittlung und Aneignung, die dafür benötigten Arbeitstechniken und -materialien sowie schließlich Kontrollmaßnahmen zur Überprüfung, ob die Lernziele tatsächlich in der Praxis erreicht wurden. Ist dies nicht oder nur teilweise der Fall, hat sogleich eine Revision, d.h. Änderung und Verbesserung des Curriculums zu erfolgen. Curricula sind damit nicht etwa starr und statisch, sondern dynamisch. Sie sind offen für ständige Bewährung und Erprobung in der Praxis ("Erfolgskontrolle").

An den Hochschulen der Bundeswehr wird ein erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlich angeleitetes Fachstudium in folgenden Fachrichtungen angeboten:

Pädagogik

- mit den Vertiefungsrichtungen
 - Erwachsenenbildung
 - Berufsbildung
 - Sozialpädagogik

Betriebs- und Organisationswissenschaft

- mit den Vertiefungsrichtungen
 - Betriebswissenschaft
 - Organisationswissenschaft

InformatikLuft- und Raumfahrttechnik

- 5 -

Maschinenbau

mit den Vertiefungsrichtungen

- Schiffsmaschinenbau
- Fahrzeugtechnik

Elektrotechnik

mit den Vertiefungsrichtungen

- Elektrische Energietechnik
- Nachrichtentechnik

Bauingenieurwesen mit Vermessungswesen

Wie das Curriculum die Lernziele möglichst genau beschreiben soll, so muß es auch fachübergreifende allgemeine Lernziele, wie z.B. Kreativität, Kommunikationsfähigkeit etc. benennen, die durch erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Anleitung der Fachstudiengänge zu vermitteln sind. Mit der Orientierungsphase beginnend, sollen damit dem Studenten diejenigen Kenntnisse, Einsichten und Verhaltensweisen vermittelt werden, die ihn befähigen, seine jeweilige Studiensituation in fachübergreifendem Sinne zu verstehen und zu bewältigen sowie Erfahrung in sozialen Prozessen zu gewinnen, in die er selbst einbezogen ist.

Erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Anleitung als Vermittlung fachübergreifender Fähigkeiten ist studien- und berufsbezogen zugleich - Theorie und Anwendung. Die erziehungswissenschaftliche Komponente ermöglicht es dem Studenten, die eigene pädagogische Situation zu bewältigen und damit verallgemeinerungsfähige Erfahrungen für seine künftige Tätigkeit als Ausbilder und Erzieher zu sammeln. Darüber hinaus bezieht die gesellschaftswissenschaftliche Anleitung Probleme des Berufsfeldes in das Studium mit ein und verweist auf die gesellschaftlichen Bezüge, die sich aus den Fachstudiengängen ergeben.

Nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr hat der Offizier je nach gewählter Vertiefungsrichtung vielfältige Berufsmöglichkeiten im Zivilbereich. Der Pädagoge mit Vertiefungsrichtung Erwachsenenbildung wird in Institutionen der Erwachsenenbildung wie Volkshochschulen, Akademien, Schulungszentren von Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden tätig sein, wo sich ihm Aufgaben auf den Gebieten der Planung, Verwaltung, Leitung und der Kooperation mit ehren- oder nebenamtlichen Mitarbeitern stellen. Der vor allem sozialpädagogisch Ausgebildete wird Funktionen im Bereich der Sozial- und Gemeinwesenarbeit wahrnehmen. Er wird dabei Aufgaben in Behörden, Verbänden, Gewerkschaften, Kammern, Betrieben und Versicherungen übernehmen oder an Ausbildungsstellen für Sozialberufe in der Lehre tätig sein. Der Pädagoge mit der Vertiefungsrichtung Berufspädagogik nimmt in Betrieben, Industrieverbänden, Kammern und Gewerkschaften Lehr- und Unterrichtsaufgaben wahr, ist in der Ausbildungs- und Berufsberatung tätig oder beschäftigt sich mit Planung, Organisation und Verwaltung, beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Das Studium gliedert sich in zwei Abschnitte. Das Grundstudium im 1. und 2. Studienjahr vermittelt vor allem solche Kenntnisse und Fähigkeiten, die Grundlagen jeder pädagogischen Tätigkeit darstellen. Themen und Teilbereiche sind dem zeitlichen Ablauf nach: Grundbegriffe der Pädagogik; Einführung in Psychologie, Soziologie und Statistik; wissenschaftstheoretische Ansätze der Pädagogik; Gedächtnis, Denken, Lernen; Motivation; Geschichte der Pädagogik; Gesellschaft und Erziehung, Empirische Sozialforschung; Theorien zur Sozialisation; Sozialpsychologie der Erziehung; Grundlagen der Entwicklungspsychologie; Sozialisation; Gruppenprozesse; Schulsysteme sowie Theorien der Didaktik. Am Ende des Grundstudiums ist im Rahmen einer Prüfung ein Nachweis der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten in Allgemeiner Pädagogik,

III. Die Fachrichtungen

1. Pädagogik

Bei der Bestimmung von Studienzielen und der Entwicklung des Curriculums für den Fachbereich Pädagogik waren zwei Gesichtspunkte maßgebend: Bezugnahme des Pädagogikstudiums auf das militärische und zivile Berufsfeld und Differenzierung nach den Studienschwerpunkten Erwachsenenbildung, Sozialpädagogik, Betriebliches und Berufliches Ausbildungswesen. Davon ausgehend soll der Studierende in die Lage versetzt werden, den Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse über Lehr- und Lernvorgänge im weitesten Sinne überblicken sowie die weitere Entwicklung in diesem Bereich verfolgen und verstehen zu können. Weiter soll er ein kritisches Verständnis von kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen, die auf Erziehung und Bildung einwirken, erwerben und schließlich befähigt sein, an der Revision von Bildungsprogrammen im Bereich des gewählten Studienschwerpunktes eigenständig mitzuwirken.

Die Bundeswehr weist ein vielfältiges Gebiet pädagogischer Betätigung auf: der auszubildende Offizier hat Ausbildungsabläufe zu planen, zu organisieren, durchzuführen und zu kontrollieren; er muß Verhaltensstörungen erkennen und Lernschwierigkeiten beseitigen helfen können; denn er steht immer wieder komplizierten Problemen der Menschenführung gegenüber. Zu ihrer Bewältigung hat er statt schematischer Anwendung eines Erziehungsmittelkatalogs wissenschaftlich begründete Maßnahmen einzuleiten. Er sollte schließlich fähig sein, selbständig pädagogische Fragestellungen aus seiner Berufspraxis als Offizier in die Erziehungswissenschaft einzubringen, Ergebnisse entsprechender Untersuchungen aufzugreifen und wiederum in die Praxis umzusetzen.

Didaktik und einem Wahlfach zu erbringen. Danach bereitet eine Vertiefungsrichtung - wahlweise Erwachsenenbildung, Berufspädagogik oder Sozialpädagogik - auf einen Spezialbereich der Berufspraxis vor. Für den Erwerb des Diploms ist die Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit (Diplomarbeit) aus der vom Studenten gewählten Vertiefungsrichtung sowie die Ablegung einer Prüfung vorgesehen.

Die schleichende Liquidierung des Tutorienprogramms.

Der Versuch der staatlichen und universitären Administration, die rudimentäre Autonomie der Tutorien restlos zu liquidieren, soll allgemein begründet und parallel dazu des öfteren mit Beispielen aus dem FB Wirtschaftswissenschaften (WiWi) der Frankfurt Universität belegt werden, damit klar wird, daß die Tendenzen bereits "hier und heute" ihre durchaus konkreten Konsequenzen haben.

Die Einrichtung von Tutorien waren eines der nachhaltig wichtigsten Resultate der antiautoritären Studentenrevolte Ende der Sechziger Jahre. Der Vorlesungsbetrieb erschöpfte sich vorher weitgehend in überfüllten Massenveranstaltungen, die schon aus strukturellen Gründen regelmäßig kritische Diskussionen verhindern mußten, ganz abgesehen von den didaktischen Mängeln, die Massenveranstaltungen dieser Art notwendig anhaften. Die aus dieser Studiensituation vordergründig verständlichen Forderungen nach Gegenveranstaltungen als Alternative zum bürgerlichen Lehrbetrieb fanden im Scheitern des Berliner Projektes "Kritische Universität" ihr desillusionierendes Ende. Lediglich in den, in der Folgezeit eingerichteten Tutorien, fand dieses Konzept der Gegenuniversität ihren kanalisiertes Niederschlag. Tutorien wurden eingerichtet um beispielsweise Studienanfängern in Kleingruppenarbeit über Integrationsschwierigkeiten hinwegzuhelfen, in Studienprojekten Anleitungsfunktion zu übernehmen oder wie im exemplarischen Fachbereich die Veranstaltungen des Grundstudiums durch Gruppenarbeit zu ergänzen. Die Autonomie der Tutoren war vergleichsweise groß, sie waren den Hochschullehrern gegenüber nicht unmittelbar verantwortlich und das Fehlen einer inhaltlichen Profilvergabe der Einführungsveranstaltungen vergrößerten wenigstens potentiell die Variationsmöglichkeiten der Tutoren. Selbst die Finanzierung war gelegentlich außeruniversitär, im FB WiWi übernahm die Stiftung Volkswagenwerk die Startfinanzierung.

Man fragt sich, was die Bürokratie veranlaßt hat, gerade dieses Element aus dem Forderungskatalog der kämpfenden Studenten in dieser Weise aufzunehmen. Zunehmend wurde klar, daß eine traditionelle hierarchisierte Ordinarienuniversität den veränderten Anforderungen einer dem Kapital subsumierten Hochschule nicht gerecht wurde. Die zunehmende Subsumtion der Universität unter das Kapitalverhältnis hat neben der notwendigen Anpassungsreform der Studien- und For-

schungsorganisation seine inhaltliche Konsequenz: die Fiktion eigendynamischer Wissenschaftsprozesse zerbröckelt vor der Notwendigkeit einer spezifisch kapitalistischen Instrumentalisierbarkeit wissenschaftlicher Arbeit. In den Geisteswissenschaften findet der Subsumtionsprozeß in der Ablösung hermeneutischer Wissenschaftstheorie durch die positivistische ihren ideellen Ausdruck. Die Eigenwilligkeit selbstherrlicher Ordinarien mußte vor diesem Hintergrund partiell demontiert werden, Vorlesungsinhalte waren nicht mehr beliebig zu bestimmen, die Form der Veranstaltungen im Grundstudium war funktionaler umzugestalten. In diesem Zusammenhang schien die Einrichtung von Kleingruppenarbeit geeignet, strukturelle Mängel des klassischen Vorlesungsbetriebes zu kompensieren. Schließlich kann mit der Einrichtung der Tutorien noch eine Pazifizierungsabsicht unterstellt werden. Konflikte in den Vorlesungen lassen sich möglicherweise in die Arbeitsgruppen auslagern, dort ist das "Diskussionsklima", das Kritik weich abfangen kann.

Erst nachträglich wurden die Risiken, die mit der notwendigen Einrichtung der Tutorien verbunden waren, für die Bürokratie sichtbar. Die Tutorien erwiesen sich gelegentlich gerade als eine strategische Position für die Kritik bürgerlicher Lehrinhalte. Gerade dort, wo die Verschulungstendenz noch nicht voll durchgeschlagen war, ermöglichte die Kleingruppenarbeit gerade die kollektive Erarbeitung der Kritik von Lehrveranstaltungen. Die Gefahr mußte umso größer erscheinen, als die personelle Auswahl der Tutoren im Rahmen der hochschulpolitischen Integrationsstrategie 1970/71 unabhängig von Hochschullehrern durch paritätisch besetzte Fakultäts- oder Fachbereichsgremien vorgenommen wurde. Die Tutoren waren damit auch persönlich weitgehend unabhängig von der Bewertung durch die Hochschullehrer. Diese potentielle Widerstandsnester gegen die nun einsetzende inhaltliche Normierung der Studiengänge mußte somit zwangsläufig nach und nach von der kapitalistischen Kultusbürokratie destruiert werden.

Daß die Gefahr für die Administration durchaus real ist, zeigen ebenfalls aus dem FB WiWi folgende Beispiele. Im SS 1972 finden in einer Veranstaltung "Makroökonomie" von Prof. Gehring Auseinandersetzungen um die inhaltliche Struktur der Vorlesung und die Diskussionsfreiheit statt. Die Tutoren unterstützen die Forderungen der Studenten. Gehring verläßt

irgendwann mitten im Semester den Saal und bricht die Lehrveranstaltung ab, wohlwissend, welche Konsequenzen das für die Studenten hat, die auf diese Veranstaltung angewiesen sind. Die Tutorengruppen arbeiten jedoch weiter und fangen damit das Erpressungsmanöver ab. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels spielt sich im FB fast eine Neuauflage dieses Konflikts in erweitertem Rahmen ab. Prof. Engels will seine Ideologie in der Einführungsverlesung für Wirtschaftswissenschaftler mit der Pression tabuisieren, die Veranstaltung abubrechen. Die Erpressung hatte allerdings keine materielle Grundlage, da die Veranstaltung für die inzwischen im FB 2 eingerichtete Zwischenprüfung belanglos ist. Mit dem heuchlerischen Hinweis auf die Verletzung des Grundrechtes von Freiheit und Lehre muß deshalb die Solidarität der Kampanei helfen; die Hochschullehrer beschließen einen einwöchigen Lehrboykott, auf Fachbereichsebene, verbunden mit der Drohung, den Lehrboykott bei weiteren "Störungen" auf das Semester auszudehnen. Die Tutoren versuchen diese Drohung (für die Studenten im Grundstudium mit Regelstudienzeiten hat der Ausfall von notwendigen Leistungsnachweisen katastrophale Konsequenzen) mit der Ankündigung der modifizierten Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes zu unterlaufen, obwohl ihnen die Abhaltung von Tutorengruppen vom Dekanat untersagt wurde. Diese Beispiele lassen sich auf andere Fachbereiche erweitern. Trotzdem darf man die Homogenität der Tutoren nicht überschätzen. Die Konflikte sind in der Regel individuell, sodaß man eben doch nur mit dem potentiellen Risiko argumentieren kann.

Die so aus der Herrschaftslogik folgerichtige Liquidierung einer unabhängigen Tutorienarbeit ist nun allerdings alles andere als eine isolierte Maßnahme, sondern eingelagert in einen allgemeinen hochschulpolitischen Roll-back im Anschluß an das Scheitern der Integrationspolitik. Die Maßnahmen gegen die Tutoren lassen sich schon jetzt deduzieren, bevor die Maßnahmen im einzelnen wirksam werden:

- Unterstellung der Tutorienarbeit unter die inhaltliche Verantwortung des Hochschullehrers
- Modifikation des Einstellungsverfahrens
- Modifikation der Finanzierung
- Ausschluß von linken Tutoren aus der Arbeit

Wir werden den "roten" Faden dieser Maßnahmen im Verordnungswald der Bü-

rokratie wiederfinden. Der HRG-Entwurf räumt zwar ein, daß die Einstellung von Tutoren über FB-Gremien abzuwickeln ist, aber auch hier nur im Einvernehmen mit dem Hochschullehrer. Praktisch könnte sich damit die Kompetenz des FB-Gremiums aufheben (im übrigen ersparen wir uns hier die Prognose über die Zusammensetzung dieses Gremiums nach dem Verfassungsgerichtsurteil zur Mitbestimmung an den Universitäten).

Die noch nicht rechtswirksamen Bestimmungen des HRG werden bereits teilweise antizipiert in den "Richtlinien für die Durchführung der Tutorenprogramme der ... der Kultusministerkonferenz vom 27.5.71. Aber hier reduziert sich das "Einvernehmen" des Hochschullehrers bei der Einstellung von Tutoren nur auf ein Vorschlagsrecht und zusätzlich erlaubt die Charakterisierung der Tutorenarbeit als u.a. "ergänzend" noch genügend inhaltliche Variationsmöglichkeiten in der Tutorienpraxis.

Auf der (rechtlich nicht immer einwandfreien) Grundlage verschiedener Erlasse des Hess. Kultusministers Friedeburg, SPD, hat die Rechtsabteilung der Universität die "Rechtsgrundlagen der Beschäftigung und Einstellung der Tutoren" neu zu definieren versucht. Das Präsidialamt beruft sich dabei insbesondere auf die Konvergenz mit den Bestimmungen des zukünftigen HRG und das nach Meinung des Verfassers nicht ganz zu unterschätzen. Zwar bleiben die Bestimmungen über Tutorenarbeit, wie wir gesehen haben, im HRG vergleichsweise unbestimmt, aber die "fachliche Verantwortung" des Hochschullehrers im HRG-Entwurf zielt letztlich auf die inhaltliche Kanalisierung der Tutorenarbeit ab, ja muß es vor dem Hintergrund seines Begründungszusammenhangs nach gerade tun. Die Flexibilität der HRG-Formel ermöglicht lediglich die taktische Manövrierfähigkeit, die vor Ort hochschulpolitisch für die Bürokratie bei der Durchsetzung normierter Studieninhalte möglich ist.¹

Eine Neuinterpretation der Rechtsgrundlagen macht die politische Dimension der Tutorenfrage so deutlich, daß man sich fast für das "klärende Wort" des Präsidialamtes bedanken könnte. Die Einstellungskompetenz des paritätischen FB-Gremiums wird vollständig unterlaufen: "Unter Beachtung der nur den Hochschullehrern übertragenen Verantwortung können Vorschläge zur Einstellung von Tutoren nur von Professoren oder Dozenten kommen. Die Betriebseinheiten oder der

Fachbereich haben lediglich insoweit ein Anhörungsrecht."² Darüberhinaus wird nach den Richtlinien den Hochschullehrern auch die finanzielle Kompetenz übergeben. "Es ist Sache der Fachbereiche, diese Mittel . . . den Hochschullehrern unmittelbar oder durch die Betriebseinheiten mittelbar zur Verfügung zu stellen."

Diese beiden Kompetenzverschiebungen haben mit Sicherheit eine erhebliche Revision bisheriger Tutorenselektionsmuster zur Folge. Die Stoßrichtung dieser Kompetenzverschiebung läßt sich bei Lektüre mit leichter Hand beantworten.: "Sonderhinweis: Der Präsident hat im Einzelfall zu prüfen, ob ein Bewerber, der sich an Störungen des Lehrbetriebes innerhalb der Universität beteiligt hat, deswegen dauernd von der Beschäftigung ausgeschlossen werden soll." Da der Begriff "Störungen" nicht weiter inhaltlich angefüllt wurde, ist mit ihm beliebig zu operieren. Ganz abgesehen davon, daß solche Richtlinien professoralen Denunzianten ein breites Betätigungsfeld eröffnet, läßt sich mit den Richtlinien seitens des Präsidenten bei Bedarf verhindern, daß sich linke Dozenten entsprechende Tutoren zulegen. Diese Tätigkeitsverbotskompetenz des Präsidenten ist dabei kein isolierter Einfall der Uni-Spitze, sondern sie genießt durchaus die Rückendeckung des Sozialdemokraten Friedeburg, auf dessen Erlaß sie sich gründet.

Kampfmaßnahmen der Tutoren gegen die neuerliche Einschränkung ihrer didaktischen und inhaltlichen Variationsmöglichkeiten sind kaum zu erwarten, auch wenn sie auf der Basis der Solidarität der Studenten ausgesprochen dringlich und auch möglich wären. Dies hat eine ganze Anzahl von strukturellen Gründen. Natürlich sind die Tutorenprogramme nicht politisch homogen zusammengesetzt, die Gemeinsamkeit der Tutoren reduziert sich auf ihre totale finanzielle Abhängigkeit (jeder Tutor arbeitet als Tutor, weil es für ihn finanziell unbedingt notwendig ist). Diese finanzielle Abhängigkeit verhindert erheblich einen entscheidenden Widerstand, beispielsweise in Form eines Tutorenstreiks. Solidarisches Vorgehen im gesamtuniversitären Rahmen wird durch das vollständige Fehlen interdisziplinärer Kommunikation der Tutoren blockiert. Schließlich ist die Tutorenarbeit nur eine temporäre Tätigkeit, in der die Neigung zur inhaltlichen Ergänzung von Vorlesungen, d.h. zu zusätzlicher Arbeit unter arbeitsökonomischen Gesichtspunkten denkbar gering ist, wenn keine ausreichende politische

Motivation vorhanden ist.

Die formelle Liquidierung wirklicher Kleingruppenarbeit ist allerdings vor allem nicht isoliert überzubewerten. Der Prüfungsdruck durch Einführung neuer, insbesondere studienbegleitender Prüfungssysteme (3) zwingt dem Studenten eine permanente Leistungskontrolle ab, und verhindert damit eine intensive Diskussion der Lehrinhalte. Das Grundstudium ist in vielen Fachbereichen bereits heute ein oberflächlicher Einpaubetrieb, in dem die Gruppenarbeit faktisch zur puren Nachbereitung versumpft. Was dem Tutor auf Verordnungswege angedroht wird, ist damit bereits längst ein Problem seiner Praxis. Eine Erweiterung vorgegebener Lehrinhalte durch die Kritik derselben, stößt unter den Bedingungen des verstärkten Prüfungsterrors verständlicherweise schon bei den Studenten auf Widerstand, bevor sie überhaupt "antskundlich" werden. Für die Kritik der bürgerlichen Wissenschaften scheint so eine strategische Position verloren zu gehen, bevor der Kampf sich überhaupt entfaltet hat. Die inhaltlichen Auseinandersetzungen im Grundstudium können nicht auf dem Umwege über die Kleingruppendiskussion geführt werden, sondern müssen in den Vorlesungen selbst geführt werden. Die inhaltliche Konzeption der Tutorenarbeit kann sich nur parallel zur Vorlesung selbst ändern.

Peer Gynt

1. Um Mißverständnisse vorzubeugen: die Ausschaltung der Autonomie der Tutorenarbeit bedeutet allenfalls kurzfristig ein Rückgriff auf die alte Ordinarienherlichkeit. Dagegen werden die Hochschullehrer selbst längerfristig nur einen reduzierten Einfluß auf die Studieninhalte, vor allem im Grundstudium haben. Staatliche Reformkommissionen werden mit zentralen Prüfungs- und Curriculabestimmungen die Studiengänge zentralisiert festlegen.
2. Im folgenden wird zitiert aus der verschickten Vorlage: "Rechtsgrundlage.." der Rechtsabteilung im Präsidialamt der Universität.
3. Es ist interessant, wie die Forderung nach studienbegleitendem Prüfungssystem, die anfänglich durchaus von Studenten unterstützt wurden, weil sie den punktuellen Prüfungsdruck zerlegt und die Zufälligkeiten von punktuellen Prüfungsleistungen etwas objektiviert, durch die Praxis in ihr Gegenteil verkehrt wurde, in ein System erhöhten Prüfungsdrucks. Dies ist insoweit ein weiteres Lehrstück für Reformisten, das sinnlich demonstriert, wie punktuelle Reformen allenfalls die Durchbesetzungsformen hochschulpolitischer Tendenzen tangieren können, nicht aber deren Durchsetzung selbst verhindern (Zeitliche und inhaltliche Komprimierung des Studiums, verstärkter innerer Numerus Clausus).

Dieser Artikel ist als Folge eines individuellen Prüfungskonfliktes im Wiwi-Fachbereich entstanden. Dieser Konflikt hat sich zu einem (zumindest latent) hochschulpolitischen Konflikt ausgeweitet. Notwendig wurde dadurch eine Analyse der politischen, daß heißt der Herrschaftsfunktion von Prüfungen.

Lernen aus Prüfungen

Es war einmal ein Prüfling, der nach seiner Diplomarbeit und seinen schriftlichen Klausuren nicht mehr durchs Examen fallen konnte. Auch wenn er in seinen fünf mündlichen Prüfungen nur Fünfen bekommen hätte, hätte er die Uni mit einer Drei im Examen verlassen können. Da überlegte er sich, daß ihm die Drei lang würde und lernte für die Prüfungen nichts.

Aber aus den Prüfungen hat er gelernt, und das kam so:
Aus der ersten Prüfung lernte er, daß es keinem nützt, wenn außer ihm selbst keiner merkt, daß er die Prüfung "verweigert" hat. Und darum hat er am Ende der nächsten Prüfung diese selbst zur Sprache gebracht bzw. deren Unsinn. Daraus lernte er, daß man sowas durchaus machen kann, ohne dann eine schlechtere Note zu bekommen oder gar den Kopf ab. So hat er dann die gesamte dritte Prüfung mit Reden über Prüfungsunsinn und Eignungsfeststellung zugebracht und hat immer noch nicht gemerkt, daß Prüfungen durchaus einen Sinn haben und für wen sie sinnvoll sind. In der vierten Prüfung ist ihm dann eingefallen, daß mündliche Prüfungen auch wissenschaftlich angreifbar sind und daß er gerne der Notenfindung von Prüfer + Beprüfer bewohnen möchte. Die Forderung nach Anwesenheitsrecht wurde ihm aber unter Berufung auf die Prüfungsordnung abgelehnt. Da hat er sich für die letzte Prüfung erkundigt, obs überhaupt in der Prüfungsordnung steht, daß die Notenfindung nicht öffentlich sein soll, und siehe, es stand nirgends.

Weil ihn das wissenschaftliche Disputieren über Prüfungen aber nicht so recht seine Ansichten ausdrücken ließ, hat er mit Freunden darüber diskutiert und ein Buch zur Funktion von Prüfungen gelesen¹. Und dann hat er mit Freunden und Genossen seine Erkenntnisse in die Tat umgesetzt und in der Prüfung die Herrschaftsfunktion von Prüfungen diskutiert. Der Prof. hat da gesagt "ich bin ein Reformier" und hat dem Prüfling und dem zweiten, der auch mitgemacht hat, eine Fünf gege-

ben und den dritten Mitprüfling auf dessen Wunsch in Ökonomie geprüft (es war nämlich eine Prüfung in Allgemeiner Volkswirtschaftslehre). Aber der Forderung nach Öffentlichkeit der Notenfindung hat er, als Reformier, nachgegeben. Und so wurde die Note des dritten Mannes öffentlich ermittelt. Bei dieser "Notenfindung" gings dann nicht etwa nach Kriterien — dies hat er gewußt/jenes nicht — sondern es wurde halt eine Note festgesetzt.

Dieser Präzedenzfall für Öffentlichkeit der Notenfindung machte dann zweierlei notwendig:

1. das offenliegende Konfliktpotential dadurch zu nutzen, daß man in die anderen mündlichen Prüfungen reinging und echte Öffentlichkeit forderte
2. langfristiger war der Sinn einer Forderung nach Veröffentlichung der Notenfindung zu diskutieren.

Vom "er" zum "wir"

Wir sind am nächsten Tag zu einem der schlimmsten Reaktionäre an unserem Fachbereich (Wiwi) in eine Prüfung gegangen und haben mit den drei Prüflingen abgesprochen, was passieren würde. Sie waren einverstanden. Der Prof. verhielt sich während der Prüfung so: wußte der Kandidat keine Antwort, so wurde minutenlang gewartet, gemustert, gegrinst, um dann das Nichtwissen schriftlich festzuhalten und zum nächsten Prüfling überzugehen. (Verbürgt ist auch, daß er in einer früheren Prüfung einen gefragt hat, ob er sich seinen Anzug neu für die Prüfung gekauft hat, und, als ja, ihm gesagt hat, er hätte sich lieber Lehrbücher für das Geld kaufen sollen). Es hat sich aber keiner dazu provozieren lassen, ihm eine reinzuhauen. Eine Provokation war die Prüfung, weil eine angemessene Antwort auf den Prüfungsterror halt Gegente~~wor~~ gewesen wäre — aber Gegenterror ein willkommener Anlaß für die Profs wäre, die Öffentlichkeit bei Prüfungen ganz auszuschließen.

Unsere Forderung nach Öffentlichkeit der Notenfindung hat der Prof dann abgelehnt. Als wir die Öffentlichkeit durch Drinbleiben herstellen wollten, ist halt er rausgerannt, und zwar ins Prüfungsamt, um dort die geheime Kunst der Notengebung auszuüben. Die Noten der Prüflinge fielen trotz (oder wegen) der Konfrontation überraschend gut aus. Eine Geprüfte erklärte sich spontan bereit, bei der nächsten Aktion mitzumachen. Bei dieser nächsten Aktion — es war die letzte Prüfung dieses

Semesters im Wiwi Fachbereich — haben wir wiederum die Forderung nach Öffentlichkeit der Notenfindung gestellt. Der Prof antwortete insgesamt mit einer Drohung auf Hausfriedensbruchanzeige. Da sind wir halt rausgegangen. Der Terror, der sich in diesen Prüfungen darstellt und die daraus resultierende ohnmächtige Wut veranlaßte dann einen von uns, dem Prof, sich gleichzeitig entschuldigend (und nicht DANACH, wies die FAZ vom 14.12.73 geschrieben hat), eine zu scheuern.

Direkt im Anschluß an die Ohrfeigenprüfung haben wir einen Bericht über die Sache gemacht, der zur Wiwi-Vollversammlung als SOHOG-Info rauskam. Da kann man alles nochmal genauer nachlesen — viel emotionaler, weniger analytisch, dafür ausführlicher. Die Analyse der politischen Bedeutung von Prüfungen, die dort zu kurz kam, soll im folgenden durchgeführt werden und zur Grundlage der längerfristigen Diskussion über den Prüfungskampf dienen.

Prüfung und Herrschaft

"Unsere" Gesellschaft ist dadurch charakterisiert, daß es Herrschende und Unterdrückte gibt. Das gesamte Ausbildungssystem, und im speziellen dessen Prüfungswesen, sorgt gleichzeitig für klassenspezifische Unterdrückung und deren Verschleierung, wie folgt: Dadurch, daß jede Ausbildungszeit als Wettbewerb um Noten veranstaltet wird, scheint den Verlierern dieses Wettbewerbs ihre daraus resultierende unterprivilegierte Stellung mindestens gottgegeben, auf jeden Fall aber in Ordnung. Und diese Haltung "ich bin unterprivilegiert, weil ich schlechtere Fähigkeiten habe als die Anderen" dient der Stabilisierung der Machtverhältnisse.

An der Universität, da sitzen bereits Privilegierte (denn wieviel Prozent der 20-25jährigen studieren denn? Und wieviele davon sind Arbeiterkinder?) Von ihnen scheiden im Lauf des Studiums etwa 30 % aus, weil sie entweder an den Leistungs- d.h. Anpassungszwängen kaputtgehen oder ihnen die materielle Basis entzogen wird/fehlt.

Diejenigen aber, dies bis zum Examen schaffen, werden sozial privilegierte Positionen einnehmen. Und darum muß sich die herrschende Klasse auf deren Loyalität verlassen können. Das heißt, daß es für die Absicherung der bestehenden Machtverteilung wichtig ist, daß die Universitätsausbildung die Intelligenz zu einer Iden-

Wenn Sie kein Interesse am Pauschalurlaub haben,
wenn Sie mit der ganzen Familie allein sein wollen,
wenn Ihnen Hotels auf den Wecker gehen,
wenn Sie machen wollen, was Sie wollen,
dann haben wir

170 Ferienhäuser

in Spanien, Frankreich
und Skandinavien.

Studentischer FERIENHAUSDienst

Eine Neugründung
des



studentischer reise-
und informationsdienst
gmbh

6 Frankfurt am Main
Bockenheimer Landstraße 142
Telefon 0611/70 11 51

tifikation mit den Wertvorstellungen der herrschenden Klasse bringt. Speziell in der Wiwi-Ausbildung (Volkswirte, Betriebswirte, Berufsschullehrer) soll eine Identität mit den Kapitalinteressen hergestellt werden. In letzter Zeit brechen hier die Konflikte auch am heftigsten auf: Streik gegen die Zwischenprüfungsordnung (ZPO) 1971, jetzt in der Engels-Vorlesung, Prüfungskampf.

Wie werden die Kapitalinteressen an der Universität durchgesetzt? Wenns hart auf hart geht, mit Polizeiknüppeln (ZPO-Streik, Engels-Vorlesung) und/oder Staatsanwalt: Strafanzeigen von Kantzenbach/Engels gegen Milles und Heimann; Drohung mit Hausfriedensbruchanzeige im Prüfungskampf; Rundschriften der Unibürokratie an Ökonomie-Profis, um rauszukriegen, wer der Typ war, der die Prüfung verweigert hat; Hausverbot an der ganzen Uni für Gerd Finger.

In der Regel aber genügen die Prüfungen zur Disziplinierung der Studenten. Durchgesetzt wird das Interesse der Herrschenden über den individuellen Angstmechanismus, dem der Einzelne in der Prüfung unterliegt. Der Mechanismus bewirkt, daß der Druck der Herrschenden von dem, der das Angstritual übersteht, später nach unten weitergegeben wird.

Das Prüfungsritual "funktioniert" dadurch, daß der Prüfling in eine Angstsituation versetzt wird, die er überwinden muß. Psychoanalytiker weisen auf die Parallelen zur infantilen Strafsituation hin, im Hinblick auf die Machtlosigkeit und Unmündigkeit des Prüflings. Die daraus resultierende Kastrationsangst (Wiederholung der Ödipussituation) wird überwunden durch Identifikation mit dem Aggressor². Bettelheim hat als Beispiel für diesen Ablauf das Verhalten von Häftlingen in Konzentrationslagern angeführt — Häftlinge internalisieren die Werte und Normen ihrer Aufpasser und werden zu Mitaufpassern gegen die restlichen Häftlinge³. (Parallelen zur Situation von Assistenten in Prüfungen nicht von der Hand zu weisen.)

Will man die Nichtöffentlichkeit von Prüfungen verfolgen, so stößt man auf die Parallelität von Prüfungen und Initiationsriten. Beispiele für solche Riten sind Beschneidungen oder Konfirmation. Die Initiationsriten sind stark mit Tabus besetzt, ihr Ablauf ist mythologisch beeinflusst. Die Prozedur ist streng geheim, darf nicht angetastet oder etwa geändert werden. Irgendwelche Autoritäten stehen dem einzelnen Neuaufzunehmenden gegenüber. Ob der Unmündige aufgenommen wird, ent-

scheidet die nicht hinterfragbare Autorität, z.B. in Gestalt eines Medizinmannes in Trance (oder an der Uni Prüfer + Beiprüfer). Die Angst muß natürlich gesichert werden durch abschreckende Sterbe- (bei den Beschneidungsritualen) bzw. Durchfallquoten (bei Prüfungen). Der Sprung von der Unmündigkeit zur Mündigkeit, zur neuen Identität als Erwachsener/Akademiker, wird ermöglicht durch Identifikation mit dem Aggressor.

Eine Durchbrechung des Rituals wird durch die jeweilige Gesetzgebung verhindert. In Cambridge mußten im Mittelalter die Kandidaten schwören, sich nicht nachträglich an den Prüfern zu rächen. In Heidelberg war nach der Examensordnung von 1501 den Kandidaten das Tragen langer Messer in den Prüfungen untersagt⁴. Ohrfeigen nehmen sich in diesem Zusammenhang eher harmlos aus, von einer Forderung nach Anwesenheit bei der Notenfindung ganz abzusehen (und auch die wird mit Hilfe des Staatsanwalts verhindert).

Es zeigt sich hier, was auch in anderen politischen Zusammenhängen sichtbar ist: die Interessen der Herrschenden, die sich hier an einer Aufrechterhaltung des Prüfungsrituals ausdrücken, werden abgesichert durch Gesetze, die eben die Gesetze der Herrschenden sind.

Man könnte nun auf die Idee kommen, daß die Prüfungen ja dann ihre Herrschaftsfunktion verlieren, wenn die rituelle Angst abgebaut würde (d.h. Entritualisierung der Prüfung durch Demokratisierung).

Dabei läßt man aber die schwerwiegendste und so im Sinne der herrschenden Klasse am besten funktionierende Angst außer Acht: nämlich die Status- und Dequalifizierungsangst. Die Prüfungszensuren entscheiden über die künftigen Lebenschancen des Geprüften. Sie entscheiden oft im Voraus, welche Stelle und welches Gehalt ein Akademiker erhalten kann. Und diese Angst kann durch keine Reform des Prüfungssystems abgeschafft werden. Kvale schreibt dazu: "Abgesehen davon, wie angstreuzierend die Prüfungssituation selbst gestaltet werden könnte, wird ein rigoroses Rekrutierungssystem in einer Gesellschaft mit großem ökonomischen Gefälle eine materielle Prüfungsangst ständig reproduzieren und damit perpetuieren."⁵

Unter diesem Blickwinkel dient natürlich ein Kampf um eine Demokratisierung der Prüfungen nur der Verschleierung des Charakters von Prüfungen, da Prüfungen als solche ("Wettbewerb") und in diesem System akzeptiert werden. Dieser Kampf

um technokratische Verbesserungen dient dann lediglich der Effektivierung kapitalistischer Herrschaft durch das Prüfungsweisen.

Ein anderer Gesichtspunkt läßt den Prüfungskampf dennoch notwendig erscheinen. Jeder Kampf gegen bestehende Formen von Machtausübung zwingt die Herrschenden, den wahren Charakter der scheinbar "objektiven Sachzwänge" — hier Prüfungen — zu zeigen, indem sie zur Sicherung ihrer Interessen ihren Machtapparat anfahren lassen: Uni-Rechtsabteilung, Polizei, Staatsanwalt. Und deswegen wird der Prüfungskampf ein weiteres Lehrstück im Kampf gegen die Ordinarienuniversität werden.

Konkrete Forderungen im Prüfungskampf **Öffentlichkeit der Prüfungen einschließlich Notendiskussion an allen Fachbereichen**

In vielen Fällen erlebt man, daß der prüfende Prof als Beisitzer einen seiner eigenen Assistenten dabeihat. Dadurch wird die vorgegaukelte Objektivierung der Prüfung durch einen "Bei"prüfer natürlich ins Gegenteil verkehrt: anstatt eine Kontrolle auszuüben, wird der Assistent seinem Prof (aus materiellen Gründen) halt keine Widerworte geben. Forderung:

Der Beiprüfer darf nicht vom Lehrstuhl des Prüfers kommen

Jeder muß fürs Examen Prüfungsgebühren bezahlen. Warum? ? Das Prüfungsamt wird für solche Arbeiten bezahlt (darum heißt ja PRÜFUNGSamt). Für den Prof gehören Prüfungen selbstverständlich zu seinem Lehrauftrag. Wieso soll er also für diese "Arbeit", die er bei den schriftlichen Klausuren eh meistens den Assistenten aufhängt, noch Extratantiemen einstreichen? Forderung:

Abschaffung der Prüfungsgebühren in Zwischenprüfung und Hauptexamen **Arbeitsgruppe** **Prüfungen im FB 2**

- 1) Steinar Kvale: Prüfung und Herrschaft, Beltz 1972, DM 10,-
- 2) Anna Freud: Das Ich und die Abwehrmechanismen, Wien 1961
- 3) B. Bettelheim: Individual and mass behaviour in extreme situations, Journal of abnormal and social psychology, 38, 1943, S. 417-452
- 4) Siehe Steinar Kvale, S. 126
- 5) Steinar Kvale, S. 149

POLIZEIDOKUMENTATION ZUM KETTENHOFWEG 51.

Nachdem die frankfurter Polizeiführung vor einem dreiviertel Jahr unter massiven öffentlichen Beschuß geraten war, weil sie die Einsätze um den Kettenhofweg 51 mit einer kaum zu übertreffenden Kombination aus polizeilicher Unfähigkeit und brutaler Gewalt durchgeführt hatte, konnte sie endlich im Dezember 73 eine publizistische Antwort geben. Herausgegeben von der Pressestelle der frankfurter Polizei ist die "Dokumentation zum Polizeieinsatz um das Haus Kettenhofweg 51" erschienen.

Diese Rechtfertigung mißlang, mußte mißlingen. In der Vorbemerkung heißt " ... geht es der Polizei vor allem darum, der Wahrheit ein wenig zu ihrem Recht zu verhelfen". In der Tat ist nur wenig Wahrheit in dieser Dokumentation; einschränkend wird sogleich hervorgehoben: "Was die vielzitierten Ausschreitungen einzelner Polizeibeamte anbelangt, so bedürfen sie einer gesonderten Untersuchung". Gerade diese Übergriffe aber interessieren doch die Öffentlichkeit! Sie auszuspüren, heißt von vornherein, schuldhaftes Verhalten bei der anderen Seite zu suchen und mit Lügen und Entstellungen dann allerdings auch zu finden.

Über die "Kunstentschädigung" des Häuserrates hat der Diskus schon in Nr. 1/73 berichtet, sie mag hier beiseite gelassen werden. Interessant wird es auf Seite 8. Dort ist ganz klar erkenntlich, daß die Demonstration, die am 28.3.73 in der Innenstadt gegen die bevorstehende Räumung des Hauses durchgeführt wurde, einen friedlichen Charakter hatte, bis sie durch die Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Es hatte sich um eine Spontandemonstration gehandelt, in deren Verlauf keine Störungen vorkamen. Diese rechtlich unbedenkliche Demonstration wurde, auch das geht bei aufmerksamer Lektüre dem Leser auf, durch die Polizei gewaltsam zerschlagen; daß hierbei massenweise Passanten mißhandelt wurden, schreiben die anonymen Autoren einer Kampfanweisung der "KPD" zu — einer in Frankfurt winzigen Gruppe, der es niemals gelang, die Ereignisse irgendwie zu beeinflussen. Richtiger Quatsch.

Die weitere Provokation der Polizei bestand darin, provisorische Barrikaden im Kettenhofweg zum Anlaß zu nehmen, "bürgerkriegsähnliche Zustände" zu beseitigen. In der Tat konnte sie zu diesem Zeitpunkt nicht auf ein Amtshilfeersuchen des Gerichtsvollziehers zurückgreifen. Dafür aber hatte sie sich seit mehreren Stunden auf der Suche nach Gerichtsvollzieher

Bertholt Eis befunden, um ihn dringend zu ersuchen, diese Amtshilfe endlich zu erbitten. Die Vorbereitungen für den Einsatz liefen: als Bertolt Eis nicht zu finden war, mußten drei Müllcontainer erhalten. Daß sich Demonstranten gegen ein paramilitärisches, rechtlich unmögliches Durchgreifen der Polizei zur Wehr setzen, bringt die Autoren dieser Dokumentation fast um den Verstand, daß bei Auseinandersetzungen der Qualität, bei der Polizeibeamte reihenweise nicht nur brutal knüppelten — das ist man ja gewöhnt — sondern auf Demonstranten und Passanten Steine warfen, na, was ist das? Richtig: Notwehr.

Dazu passen auch nicht die objektiven Berichte des hessischen Rundfunks, die das Geschehen an Ort und Stelle beobachten. Ihre Berichterstattung ist "einseitig" (Sie geben das wieder, was sie sehen, anstatt solange zu warten bis ein erlogener Polizeibericht vorhanden ist). Es ist ganz klar: wenn Maßnahmen der Polizei rechtens sind, und über die Details der Brutalität dieser Maßnahmen schweigt der Report, dann ist jede Gegenwehr unrecht, verbrecherisch etc. So einfach ist das. Dann wieder Lügen. Es sei doch Cohn-Bendit gewesen, der Rudi Arndt auf dem teach-in an der Hauptwache beschimpft habe. Dabei ist die Gruppe der Beamten des 18. politischen Kommissariats in unmittelbarer Nähe des Lautsprecherwagens gewesen und hat beobachten können, wer da sprach. Fragen Sie doch einmal den Herrn Gorius! (Der mit der Meerschampfeife, ja der Kleine.)

Dann die Legende der Politrockers! Ein paar Mann mit schwarzen Helmen — sie zu tragen ist in solch von Polizei hysterisierter Stimmung wohl sinnvoll — waren Anlaß, Menschenjagden in Bornheim durchzuführen, persönliche Feindschaften, wie die des Kommissars Metz gegen den Demonstranten Rainer L., führen zu Festnahmen weit ab vom Ort des Geschehens, 11jährige Mädchen werden zusammengeschlagen etc. etc. Schuld waren die Politrockers, eine Erfindung paranoider Polizisten, die nicht begreifen, daß der Stein, den sie erhoben hatten, auf ihre eigenen Füße fiel.

Schlichtweg skandalös schließlich ist die Schilderung der Festnahme des Gerichtsreferendars Gerhard K. Dieser hatte bis zum heutigen Tag kein ordentliches Gerichtsverfahren; wegen mangelnden Tatverdachts (bezüglich des Besitzes von Mollos) ließ ihn der Haftrichter los. Die Polizei — im Spiegeljargon neuerdings "Bullen" — läßt sich nicht nehmen, ihre eigene Ver-

sion, die an üble Nachrede grenzt, bei voller Namensnennung abzudrucken; dazu bedient sie sich diffamatorisch der Akten des Verfassungsschutzes aus den Jahren 68/69, deren Inhalt, wenn strafrechtlich überhaupt relevant, längst unter die Amnestie fiel. Dann wieder Lüge: ein anonymes Anrufer habe die Polizei verständigt, daß auf dem Dach einer Tankstelle Benzinflaschen ständen — es war der Tankstellenbesitzer selbst. Daß einzige faktische Ergebnis: in der Wohnung des K. lagerten hundert leere Flaschen, zum Teil mit identischem Etikett. Es wird sich um Henninger Bier gehandelt haben.

In ihrer "Schlußbemerkung" schließen die Anonymi aus dem Polizeipräsidium den Vogel ab. Hier ersetzen Zitate jede mögliche Satire "Junge Menschen haben in den letzten Jahren auf eine Reihe von Problemen aufmerksam gemacht, die noch auf ihre Lösung warten."

"Neu ist dabei, daß die Agitatoren die Hoffnung auf Veränderung der Gesellschaft nicht auf die Arbeitermassen setzen, sondern ausschließlich auf schmale, politische Gruppen und Outsider. Dies dürfte die Hauptursache mit dafür sein, daß die Polizei sich heute mit Menschen auseinandersetzen muß, deren wichtigste Triebfedern blinder Aktivismus und permanenter Handlungszwang sind."

"In einem bisher noch nicht gekannten Ausmaß sah sich die Polizei außerdem (!) den brutalen Widerstandshandlungen der Demonstranten ausgesetzt."

Merke: es war Widerstand.

"Wer einfach randaliert und Gewalttätigkeiten begeht oder soziale Forderungen mit sektierhaften Fanatismus verbindet, ist nicht nur schwer einzuschätzen (Das ist hinreißend O.P.), er zerstört auch die Basis für notwendige Reformen der Gesellschaftsstruktur."

Ende der Satire. Die "KPD" und der "KSV", die ja immer als die Hintermänner des Geschehens gewittert werden, setzen nicht auf Arbeiter, sondern auf Outsider. Blinder Aktivismus dürfte die korrekte Bezeichnung für das besinnungslose Rotieren frankfurter Polizei sein, permanenter Handlungszwang ebenfalls.

Daß die Polizei uns nicht einschätzen kann, haben wir gemerkt.

Warum erst jetzt diese Dokumentation? Die Antwort ist: Lügen haben kurze Beine, und: es stehen neue Häuserkämpfe ins Haus, für geplante brutale Einsätze benötigt man die Legitimation, sie seien rech-

tens.

Oskar Pannekoek

Prof. Engels: „Inzwischen habe ich den Bekanntheitsgrad eines mittleren Waschmittels.“

Die Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse drohen sich zu überschlagen. Tagtäglich berichten sie von „Störungen“, denen sich der einsame Ritter Kantzenbach (der Präsident der Uni Frankfurt) zu erwehren versucht. Aber dabei ist ihm das Glück nicht hold. Die träge Mehrheit der Studenten und die Kultusbürokratie lassen ihn im Stich. Erstere, weil sie nicht gegen die „kommunistischen Rollkommandos“ aufstehen, letztere, weil sie dem Präsidenten nicht das schon so oft geforderte Instrumentarium, das Ordnungsrecht, zur Verfügung gestellt hat.

Die Aufgabe dieses Artikels wird dann zunächst sein, **richtigzustellen**, und die Maßnahmen der Reaktion einzuschätzen.

Seit Einführung einer neuen Prüfungsordnung am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften gibt es im ersten Teil des Studiums, dem Grundstudium, neben prüfungsrelevanten Veranstaltungen auch zwei klausurfreie Vorlesungen (2 von 16); in diesem Semester wurden die beiden zu einer zusammengelegt, weil sich außer Engels kein Professor bereit fand, eine solche Last zu übernehmen. Die Studenten wurden in der ersten Stunde mit Wissenschaftstheorie, dann mit einem Wust aus Polemik und schlechtester bürgerlicher Ökonomie bombardiert. Weil irgendeine Linie in Engels' Vortrag nicht zu entdecken war, kam sehr bald die Forderung auf, der Herr Professor möge doch bitte sein Manuskript veröffentlichen. Er weigerte sich, da er annahm, die Vorlesung werde ohnehin nicht die dritte Stunde überleben. Darum hatte er es erst gar nicht geschrieben. Sein offensichtlich provokatorisches Verhalten schaffte zusätzlichen Zündstoff. Er war nicht bereit, über seinen Blödsinn in der Vorlesung zu diskutieren, und wollte auch nicht darüber abstimmen lassen, ob diskutiert werden soll. Die Studenten nahmen diesen erneuten Einschränkungsvorschlag ihrer demokratischen Rechte nicht hin und führten die Abstimmung ohne den Prof. durch. Zwar hatte der vorher angekündigt, er werde im Falle einer Abstimmung den Hörsaal verlassen, blieb aber nun doch, weil er hoffte, die Diskussion so steuern zu können, daß unliebsame Fragen nicht behandelt würden. Als die Studenten erkannten, daß Engels nur zu sabotieren beabsichtigte, wählten sie einen eigenen Diskussionsleiter, und Engels ging jetzt wirklich.

Nach dieser Zuspitzung setzte das Konfliktmanagement der SPD ein. Der Dekan überredete Engels zu einem „Kompromiß“

Teilung der Veranstaltung in Vorlesungs- und Diskussionshälfte sowie Erstellung eines Skripts. Diese Aufspaltung wurde von den Studenten nicht akzeptiert, erlaubte sie doch Engels, ungestraft dummes Zeug zu produzieren: sie wollten immer dann eingreifen, wenn sie es für notwendig erachteten. Bis zu diesem Augenblick schien Engels isoliert; unter den Studenten folgten ihm sowieso nur die wenigen Rechten von ads & RCDS, während innerhalb der Hochschullehrer sich die Sozialdemokraten von dem CDU-Reaktionär abzusetzen versuchten. Mit dem erneuten Abbruch der Vorlesung hatte das Konfliktmanagement des SPD-Dekans versagt und nun beschlossen alle Professoren, der Öffentlichkeit die Schuldigen vorzuführen: die Handvoll Linksradikaler, (die die träge Minderheit terrorisierte), und da vor allem der KSV.

Zu dieser Zeit schaltete sich die Uni-Spitze ein: die Schließung des Fachbereichs Wiwi für 1 Woche wurde für den Fall weiterer Störungen angedroht, ebenso strafrechtliche Verfolgung gegen jeden, der „in Zukunft einen Hochschullehrer gewaltsam an der Wahrung seiner Lehraufgaben hindert“. Die Drohung wirkte nicht. Es zeigte sich auch, daß das Horrorsbild der Profs falsch war: die Masse der Studenten wandte sich gegen Engels und die Handvoll Rechtsradikaler. Die Reaktion beantwortete wiederum die Forderung fast aller Studenten mit dem Abbruch der Vorlesung.

Noch am selben Tag sperrte Präsident Kantzenbach die Wiwis für 1 Woche aus, Engels kündigte Strafanzeigen gegen 2 Genossen an. In der folgenden Woche beschlossen 1500 Studenten auf einer Vollversammlung, daß, solange die Strafanträge nicht zurückgenommen sind, solange mit Polizeieinsatz und Semesterabkennung gedroht wird, die Engels-Vorlesung nicht stattfindet. Die Profs gingen auf diese Forderungen nicht ein. Während die Bullen die Uni umkreisten, wurde bekanntgegeben, daß von nun an die Einführungsveranstaltung unter Polizeibewachung gehalten würde.

So kam es dann zu (bislang) zwei Polizeieinsätzen an der Goethe Universität. Allerdings waren in beiden Fällen die 8 Hundertschaften vergeblich bemüht, die Lehrfreiheit eines reaktionären Profs zu schützen. Man erwartete 800 Kommilitonen, aber es kamen nicht mehr als 30, und die waren auch noch von ads & RCDS den CDU-Nachwuchstruppen zusammengetrommelt. Vor der Absperrung standen

die restlichen 770 und die sie unterstützenden Studenten anderer Fachbereiche. Der zweite Einsatz ging erst recht daneben. Es war auf einer Vollversammlung beschlossen worden, die Vorlesung von innen her aufzulösen. Nur 250 Studenten durften durch die Polizeisperren. Aber sie machten der Reaktion klar, daß Engels nur dann lesen kann, wenn die Bullen die Uni verlassen und die Strafanträge vom Tisch sind. Mit dem Eingeständnis der Polizei, weder das Demonstrationsverbot aufrechterhalten noch die Reaktion vor Kritik schützen zu können, waren diese Disziplinierungsversuche gescheitert. „Mit Bedauern“ sah sich Präsident Kantzenbach zu einem neuen Schritt „gezwungen“: die Lehrveranstaltungen im Grundstudium Wirtschaftswissenschaften wurden bis zum Ende des Semesters ausgesetzt. Die Klausuren aber sollen auf jeden Fall geschrieben werden, wenn nötig unter Polizeigewalt, lassen sie sich doch als gutes Disziplinierungsmittel nutzen.

Die Antwort der Studentenschaft ist der Streik!

Engels' Vorlesung ist, wie er selbst meint, eine „Luxusveranstaltung“, und dies aus mehreren Gründen. Zum einen besteht hier kein Leistungszwang, d.h., hier wird nicht um der Klausur willen gelernt, wie es sonst üblich ist. Zum andern soll sie Ersatz für alles das sein, was an einem sich selbst reflektierenden wirtschaftswissenschaftlichen Studium eigentlich fehlt. Was in den übrigen (und üblichen) Veranstaltungen nicht diskutiert werden darf, ist hier Thema. Die Profs haben also kein großes Interesse, eine solche Vorlesung zu halten. Jetzt zu Engels: unter seinen Kollegen ist er noch ein besonderer Fall – verhindertes CDU-Bundestagsmitglied, dem Bund Freiheit der Wissenschaft angehörend, sehr gute Beziehungen zum Frankfurter Bankkapital, „wissenschaftlich“ unbedarft (er macht die bürgerliche Ökonomie noch schlechter als sie es schon ist). Was ihn aber neben seiner Dummheit besonders auszeichnet, ist seine Unverfrorenheit. Seine Eigenschaften treten in einer unverschämte schwachsinnigen Broschüre („Marktwirtschaft – verschmähte Zukunft?“) hervor, in der er die staatsinterventionistische Wirtschaftspolitik von rechts attackierte. Als Allheilmittel für offensichtliche Widersprüche propagiert er die totale Marktwirtschaft (Schulen und Krankenhäuser privatisieren), seinen politischen Standort hat er wie folgt umschrieben: „Der Arbeitnehmer beutet als Sozialparasit die

Gesellschaft aus, wenn er z.B. vom Staat immer mehr Vermögensbildung verlangt".

Er wagte nun, diesen Unsinn auch in der Uni zu verzapfen. Die Mehrheit der Studenten (die auf die sozialliberale Koalition fixiert ist) war zunächst amüsiert, dann aber gelangweilt. Viele Kommilitonen erschienen denn auch nicht mehr. Zurückblieben außer den Engels-Gläubigen nur jene, die sich mit der herrschenden Lehre auseinandersetzen wollten, und die sich darum in einem Vorlesungskollektiv organisiert hatten.

Das Diskussionsniveau wurde im wesentlichen durch Engels' Qualitäten bestimmt. Ernsthafte Kritik der bürgerlichen Ökonomie hätte bedeutet, die grundsätzliche Unfähigkeit des Reformismus herauszuarbeiten, die Widersprüche des Kapitalismus zu managen, geschweige denn sie zu lösen. Aber auch Engels kritisierte die Wirtschafts- und Hochschulpolitik der SPD. Über dem (oberflächlich) gleichen Gegner drohte die konträre Ausgangsbasis der Argumentation verschüttet zu werden.

Die Auseinandersetzung wurde so nicht zu einer um die herrschende Wirtschafts"wissenschaft", sondern sie beschränkte sich auf die Frage der Rede- und Diskussionsfreiheit. Daran konnte kaum vermittelt werden, wozu die fortschrittlichen Studenten dieses demokratische Recht forderten und warum die Professoren es verweigerten. Aber schon

bei einem entschiedenen Kampf um **bürgerliche** Rechte, dessen Form "demokratische" Spielregeln verletzt, wird zur Polizeigewalt gegriffen. Genau diese Erfahrung bildete die Basis für die breite Mobilisierung und Solidarisierung an der ganzen Uni.

Mit dem Eingreifen von Kantzenbach bekam der Konflikt eine neue Qualität. Engels war von nun an der Anlaß, in Hessen und auf Bundesebene ein Ordnungsrecht zu erzwingen. Das Hessische Universitätsgesetz steht vor der Novellierung, das Hochschulrahmengesetz soll endlich verabschiedet werden. Da kommt Engels wie gerufen. Kantzenbachs rasche Eskalation soll vor allem beweisen: die vorhandenen Rechtsmittel reichen nicht aus. "Man muß der Mehrheit der Studenten zeigen, woe sie zu stehen hat" (Kantzenbach am 22.1. im Hessischen Fernsehen). Sein Ziel ist es, ein ähnlich scharfes Gesetz, wie es in Bayern und Baden-Württemberg schon existiert, auch in Hessen einzuführen. Da die Gesetzesmaschine nicht schnell genug arbeitet, will der Unipräsident mit dem Ministerpräsidenten über ein Ordnungsrecht speziell für die Uni Frankfurt verhandeln. Bis jetzt hat er damit aber noch keinen Erfolg gehabt. Darum verschärft er tüchtig weiter:

— auch in anderen Fachbereichen werden Strafanzeigen gegen Kommilitonen erhoben, die sich das Rede- und Diskussionsrecht nehmen;

— am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften sind fünf Tutoren gefeuert worden, die sich mit den Studenten solidarisiert hatten, indem sie drohten die Arbeit niederzulegen, wenn neue Strafanzeigen gestellt würden;

— den Fachschaften und dem Allgemeinen Studentenausschuß wurde verboten, Vollversammlungen einzuberufen.

Die Antwort der Studenten ist der **Aktive Streik**. Auf Empfehlung der Uni-Vollversammlung beschlossen bis jetzt 12 der 19 Fachbereiche der Universität, von nun an jede Vorlesung, jedes Seminar zu verhindern und stattdessen intensive Diskussionen über die kapitalistische Hochschulreform, das Hochschulrahmengesetz, über Rede-, Diskussions- und Versammlungsfreiheit durchzuführen. Eine weitere Univollversammlung, die von über 4000 Studenten besucht wurde, erteilte nicht nur den Abwiegler vom SHB und dem MSB Spartakus (wieder einmal) eine glatte Abfuhr und beschloß sofortigen aktiven Streik, sondern schlug als zusätzliche Maßnahme eine Urabstimmung zur Ausdehnung des Streiks vor.

200 Tutoren erklärten sich mit den gefeuerten fünf Tutoren solidarisch und legten ihre Zusammenarbeit mit den Hochschullehrern nieder. Der Vizepräsident kündigte bereits die Entlassung dieser 200 Tutoren an.

Theo R. Paully

Buch

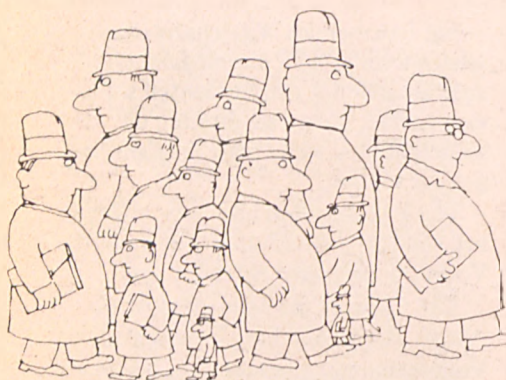
laden
Verlag 2000

Frankfurt
Jügelstraße 1
(Studentenhaus)

Studienliteratur
linke Verlagsprogramme

(nicht vorrätige Bücher
besorgen wir)

Der Sozialkampf



Alle Jahre wieder, wenn der VDS seine große Herbstoffensive in Sachen Sozialkampf anleiert, beginnt in Frankfurt die hehre Zeit einer aparten Variante des Materialismus: dann werden von MSB und SHB auf Vollversammlungen und in diversen Traktätchen ganz im Sinne ihres großen Bruders aus Bonn die materiellen Interessen der Studenten vertreten.

Allein, in diesem Jahr waren einige Besonderheiten zu vermerken, die das von den obengenannten Gruppen fein gesponnene Thema mehr als sonst aktuell werden ließen (dem sich letztendlich auch der Chronist nicht zu entziehen vermochte): einmal wurde die Lage vieler Studenten in den vergangenen Monaten aufgrund des enormen Preisauftriebs und erheblicher Mittelkürzung immer mißlicher. Zum anderen konnte seit Beginn des Wintersemesters ein verstärktes Engagement anderer Gruppen in dieser Richtung festgestellt werden. Auch die Tatsache, daß MSB und SHB endlich in ihr heißersehntes AstA-Sozialreferat Einzug halten konnten, dürfte nicht unerheblich zu der nachhaltigen Papierflut mit so vielen das Herz des Studenten erfreuenden Forderungen beigetragen haben.

So sehr man den Gruppen zubilligen möchte, von ihrer Warte aus gesehen einen wichtigen Beitrag sozialistischer Hochschulpolitik geleistet zu haben, so beharrlich drängt sich angesichts des Forderungswirrwars (von "500 DM -sofort" bis hin zu 720 DM mit einer weißnichtwielangen Laufzeit – formuliert vom RCDS!) die Frage auf, was denn die linken Gruppen noch von den traditionellen Parteien und Verbänden, die meinungsbildend im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit unverzichtbarer Bestandteil eines pluralistischen Gemeinwesens sind, qualitativ unterscheidet.

Ausgangspunkt für die Statements unserer Gruppen ist in der Regel ein unausgewiesener Interessenbegriff, von dem Forderungen abgeleitet werden, die sich deshalb als politische ausweisen, weil es keine ständischen sind. Was das nun wie-

derum ist – und tunlichst zu meiden gilt – sagt uns MSB/SHB in einem AstA-Sozialinfo: "Wenn in der Phase der reaktionären Studentenbewegung die Forderung nach einer Erhöhung des Stipendiums aufkam, so hatte man zur Realisierung dieser Forderung stets eine Steuererhöhung der Arbeiterklasse im Auge (!); man war bemüht, in Kumpanei mit dem Großkapital die eigenen Qualifikationskosten auf den Rücken der Arbeiterklasse abzuwälzen." Damit sich solch Schändliches nicht mehr wiederhole, gibt uns der SHB mit einem heißen Tip zur "Finanzierungsfrage" die Stoßrichtung gegen das Monopolkapital an: ... Sofortige Einfrierung des Rüstungshaushaltes und der Haushalte für Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz usw. und ihren schrittweisen Abbau pro Jahr!" Da aber mittlerweile Dohnanyi ein 520-Mark Angebot gemacht hat, dürfte, falls in nächster Zeit realisiert, der Hinweis von Seiten MSB/SHB nicht ausbleiben, daß dies der richtigen Politik des massenhaften Mobilisierens der Studenten für ihre Interessen geschuldet sei, nur wird das an der Tatsache nichts ändern, daß prinzipiell ein Teil der Bildungs- und Sozialausgaben (und der Mehrausgaben in diesen Bereichen) vom Lohn der Arbeiter, aber auch vom Akkumulationsfond der Kapitalisten, in Form von Steuern abgezogen wird. Allerdings ist es eine – wenn auch marginale – Frage, wie die Staatsagenten in dem notwendig falschen Bewußtsein über ihre Aufgabenstellung, nämlich für das Allgemeinwohl (aber auch ihre eigene Wählbarkeit) zu sorgen, die Prioritäten in der Steuerbelastung setzen und damit eventl. in Widerspruch zu den Interessen vieler Einzelkapitale geraten. Es ist dies nur ein Ausdruck des widersprüchlichen Agierens des Staates als Sachverwalter der Aufgaben, welche die Einzelkapitale aufgrund ihrer Konkurrenzbeziehung nicht wahrzunehmen in der Lage sind. Auf die Bedingungen des Studentenseins angewandt: Ist die Produktion der Ware Arbeitskraft, also auch die Vermittlung wissenschaftlicher Qualifikationen, einerseits im kapitalistischen Sinne profitabel, was zu einer strukturellen Unterausstattung des Bildungsbereiches im Vergleich zu produktiven Anlagensphären führt, andererseits für den Arbeits- und Verwertungsprozeß unerlässlich, weshalb wiederum nicht unbegrenzt Einsparungen im Ausbildungssektor getätigt werden können, und schon garnicht, wenn dadurch die Reproduktionsmöglichkeit des einzelnen Studenten gefährdet wird. Zwar müssen die Ko-

sten so gering wie möglich gehalten werden, – mitunter derart minimiert, daß die Lebensbedingung der Studenten nicht mehr dem Standard der Bedürfnisbefriedigung als ein "historisches Produkt" (Marx) entspricht –, aber ebenso muß der schnelle und reibungslose Durchlauf der Studentenströme durch die Ausbildungsinstitutionen gewährleistet sein: Studenten, die arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, studieren weniger, blockieren die Universitäten. Dieser schlichte Tatbestand muß natürlich den Theoretikern der absoluten studentischen Verelendung verborgen bleiben, weil sie allüberall nur Angriffe des Staates als Inkarnation des ebenso böswilligen wie reaktionären Monopolkapitals auf die Substanz der Studenten und der übrigen fortschrittlichen, weil gleichermaßen gepeinigten, Bevölkerung wittern. Auf die Parallelität der Lebensbedingungen beider wird von ziemlich allen linken Gruppen hingewiesen, um in simpler Analogiesetzung die Bündnisfähigkeit zu betonen. So wird den von unseren Avantgardisten des Sozialkampfes eine Interessenidentität zwischen Studenten und Arbeiterklasse festgestellt, die nun endlich das behagliche Gefühl vermittelt, daß auch die im Hochschulbereich um ihre berechtigten Anliegen ringenden Intellektuelle unmittelbar ihren Platz an der Sonne des "Fortschritts" einnehmen.¹ Verzichtet der KSV überhaupt auf Forderungen, die materielle Situation der Studenten betreffen, um in beachtlicher Borniertheit die ganze Chose anzuprangern und zu versuchen, die Studenten "in den Kampf des ganzen werktätigen Volkes gegen Preistreiberei und Lohnabbau einzubeziehen ... dabei immer die Klassenfrage stellen" (Leitsätze des KSV) um eine weitere, nicht zweckdienliche, weil den Volke entfremdende, Privilegierung der Studenten zu verhindern, geht der Spartakus schon subtiler vor: er sieht wenigstens noch das Interesse des Studenten an wissenschaftlicher Qualifizierung seiner nach Beendigung der Ausbildung zu verkaufenden Arbeitskraft, so sehr die Wissensaneignung nach Spartakus und SHB per se eine fortschrittliche Sache ist, und deshalb beständig von den reaktionären Interessen des Großkapitals sabotiert wird. Flugs wird auch wieder die Arbeiterklasse ins Spiel gebracht, die diesmal von der Misere im Hochschulbereich unmittelbar betroffen ist, als sie ihre Kinder – und das ist in diesem Zusammenhang ihr ursächlichstes Interesse – nicht an der Bildung schlecht-

hin teilhaben lassen kann. Insofern wird trotz des partiell richtigen Ansatzes nicht begriffen, was es nun eigentlich mit der Ausbildung auf sich hat: die Vermittlungen von Qualifikation als eingängig in den Wert der Ware Arbeitskraft – und deren Wert bestimmt sich dadurch, weil sie (wie jede Ware) Gebrauchswert hat für den, der sie kauft, i.e. die Nützlichkeit für ihren Anwender, bestimmt durch das Interesse des Kapitals resp. des Staates.

Wird aber erst einmal – folgt man dem spartakistischen Verständnis von Bildung und Wissenschaft – durch eine ausreichende materielle Sicherung des Studiums die Möglichkeit geschaffen, das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse zu brechen, bleibt als mögliche Konsequenz, der Reaktion Wissenschaft und technisches know-how wegzunehmen und in die Hände des Fortschritts zu legen. Nur sieht dieser Aufstiegsglaube von der dem Kapitalverhältnis innewohnenden Tendenz ab, zwar die Klassenschranken im Bildungsbereich ständig zu reproduzieren, dennoch aber gleichgültig zu sein gegenüber der Klassenherkunft wissenschaftlich qualifizierter Arbeitskräfte“, kurzum, er (der Kampf) bedeutet in der Praxis das der kapitalistischen Arbeitsteilung immanente System des sozialen Aufstiegs zu akzeptieren“ (II Manifesto). Indem die Studenten wie alle anderen Individuen ihre ureigensten Interessen wahrnehmen, verhalten sie sich gerade als der bürgerlichen Gesellschaft entsprechende Subjekte, wenn auch der Staat auf ihre Forderungen nicht eindeutig zu reagieren vermag (und das zeichnet ihn wiederum als bürgerlichen aus). Geben wir damit zu, daß sich Interessenvertretungspolitik innerhalb des Kapitalverhältnis bewegt, so bedeutet das keineswegs ein Verzicht auf materielle Forderungen, zumal auch wir ein unmittelbares Interesse an ausreichenden Reproduktionsmöglichkeiten haben (wer könnte schon vom Ideal einer besseren Welt darben). Zwar ist eine kostendeckende Förderung nur schwer vorstellbar, aber selbst im kapitalistischen Sinne vernünftig und wünschbar (als sie u.a. die Garantie für einen reibungslosen Qualifikationsprozeß bieten könnte und ein wichtiger Beitrag zur Effektivierung des Studiums wäre).

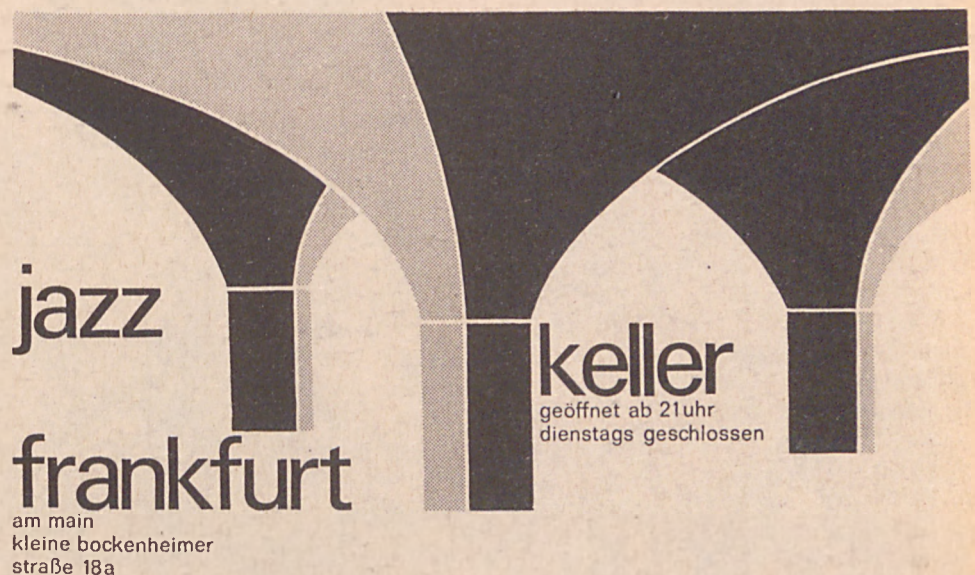
Es sollte trotzdem eine – wenn auch politisch nicht unbedingt begründbare – Selbstverständlichkeit sein, derartige Interessen aufzunehmen, besonders dann, wenn die – zugegebenermaßen bescheidene – Möglichkeit besteht, den For-

derungen organisiert im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung Nachdruck zu verleihen. Was aber darüberhinaus die Arbeit von Sozialisten an der Hochschule auszeichnet (nicht zu verwechseln mit dem, wofür sie sich unter anderem einsetzen können) ist die Aufgabe, an den für die Studenten erfahrbaren Widrigkeiten anzuknüpfen, um das Bestimmende ihres Student-Seins anzuführen und aufzuzeigen, daß die Widersprüche, die sich auf tun, nur aufhebbar sind mit der Aufhebung den bestehenden gesellschaftlichen, nämlich kapitalistisch bedingten, Verhältnissen. Erst eine bewußte Stellung des Studenten zu sich selbst als fremdbestimmtes Individuum mit bestimmten Privatinteressen² schafft die Möglichkeit einer Bezugnahme zu der Arbeiterklasse als Träger der Veränderung, die sich nicht auf die willkürliche Konstruktion einer vordergründigen Interessenidentität stützt. Da dieser Anspruch nicht durch eine oft praktizierte Verklärung der gesellschaftlichen Realität eingelöst werden kann, ist eine grundlegende Kenntnis davon notwendig, wie sich der wissenschafts- und Ausbildungssektor in einer kapitalistischen Gesellschaft konstituiert. Das wird selbstverständlich nicht von denen geleistet, die einen schwachsinnigen Inhalt, bar jeglicher schlagkräftiger Argumentation, durch eine vermeintlich schlagkräftige Form, sprich durch einen mit Halbsätzen gespickten Forderungskatalog zu kompensieren suchen. Da aber Interessenvertre-

tung bestenfalls ein Bestandteil, nicht Inhalt unserer Politik sein kann, kommt es in der jetzigen desolaten Situation der Linken in den hochschulpolitischen Auseinandersetzungen nicht darauf an, eine “klarere, entschiedener Stoßrichtung” oder sonst was zu formulieren, sondern “den zerbrechlichen und nur unmittelbaren Mobilisierungswert eines solchen Kampfes zu betonen, um möglichst schnell über ihn hinauszukommen.” (II Manifesto)

Joachim Klein

1. Hier zeigt sich übrigens das seltsame Marxverständnis sowohl bei MSB/SHB als auch beim KSV, das wissenschaftlichen Sozialismus zu einer bloßen, aber parteilichen, Beschreibung der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft im Interesse der fortschrittlichen Kräfte, des Volkes (je nach Gruppendiktion) etc. verkommen läßt: “Unter ‘gesellschaftlichem Sein’ hat Marx aber nun gerade nicht die Reproduktionsbedingungen verstanden, denen die Individuen unterworfen sind. Er hat sich sogar explizit gegen eine Bestimmung des gesellschaftlichen Seins bestimmter Gruppen in der Gesellschaft (Klassenlage) durch vordergründige Faktoren wie Interessen, Status, Prestige, Einkommen etc. gewandt. Vielmehr wäre das ‘gesellschaftliche Sein’, die Klassenlage, nach dem Verhältnis zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung, zur Produktion zu bestimmen.” (Münchener Studentenzeitung 2/73)
2. “Die Pointe liegt vielmehr darin, daß das Privatinteresse selbst schon ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse ist und nur innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr gegebenen Mitteln erreicht werden kann; also an die Reproduktion dieser Bedingungen und Mittel gebunden ist.”



jazz

frankfurt

am main
kleine bockenheimer
straße 18a

keller

geöffnet ab 21uhr
dienstags geschlossen

Isolations- folter in der BRD.

Zahllose Gefangene in der BRD sind Haftbedingungen ausgesetzt, die einer totalen Isolation gleichkommen. Isolation ist nichts anderes als Folter.

Es ist unbestritten, daß isoliert wird, „aus Sicherheitsgründen, um die Ermittlungen oder die Ordnung der Anstalt nicht zu gefährden“. Konkret bedeutet das für den Gefangenen, daß tendenziell jeder soziale Kontakt nach draußen und im Innern der Anstalt unterbunden wird (soziale Isolierung) und, in der Konsequenz dieser Maßnahmen, ein fast vollständiges Aushungern der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tastorgane (sensorische Deprivation).

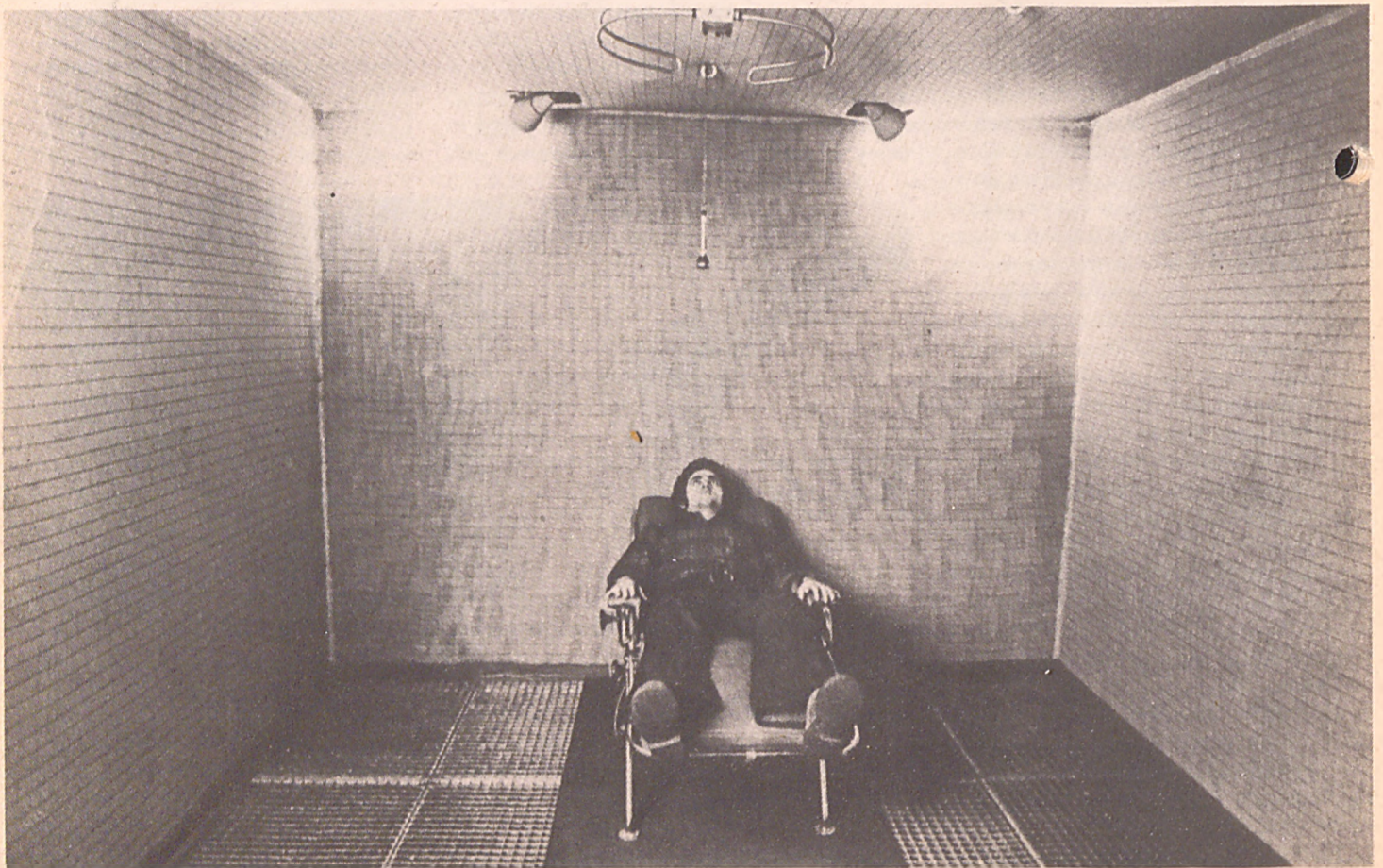
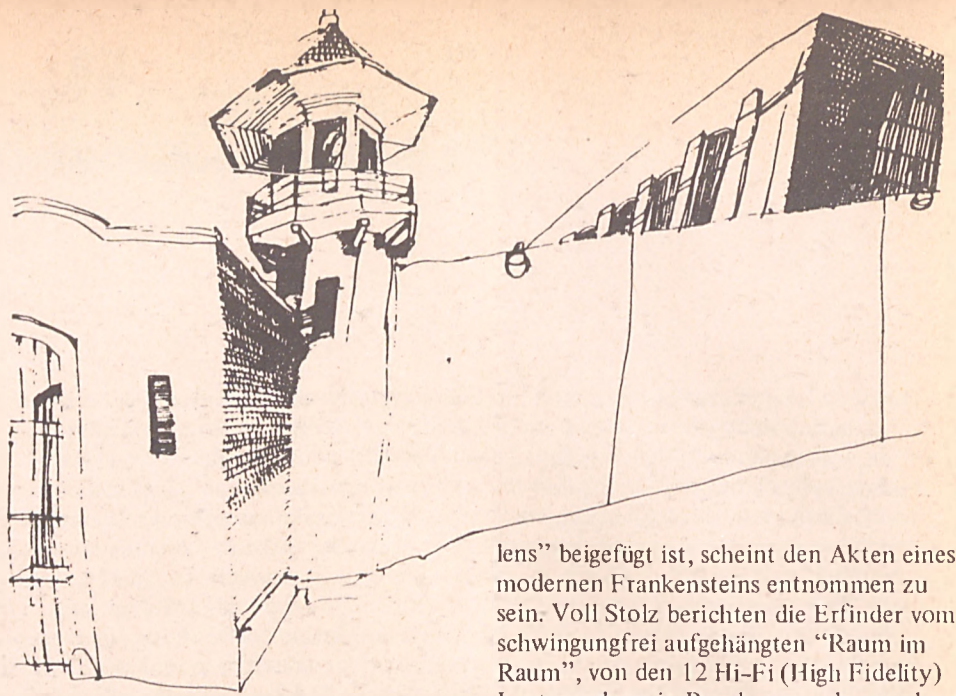
Camera silens.

Bei den zuständigen Stellen scheint sich der Eindruck zu verfestigen, daß solche Sicherheits-, Ermittlungs- und Ordnungsgründe künftig verstärkt in Betracht kommen: in Frankfurt/M.-Preungesheim wurden Anfang Juni 73 ein Untersuchungsgefängnis in Betrieb genommen, daß die Isolation systematisiert und baulich für alle Gefangenen möglich macht. Bereits bekannt geworden sind die Betonmauer-

Sichtblenden vor jedem Zellenfenster. Dabei wird der Verdacht, daß es sich um geplante und systematisierte Maßnahmen handelt, noch durch eine andere Tatsache erhärtet: Die zumindest in Europa perfektionierteste und intensivierteste Forschung zum Thema Isolation und Deprivation wird derzeit im Laboratorium für klinische Verhaltensforschung im Universitätskrankenhaus Eppendorf der Universität Hamburg durchgeführt. Dort gibt es einen mit großem technischen Aufwand hergestellten absolut „stillen Raum“, in dem Versuchspersonen derart isoliert und depriviert werden können, daß selbst im Raum erzeugte Geräusche nicht wahrgenommen werden können. Die Zeichnung, die der Beschreibung¹ dieser „camera si-

lens“ beigelegt ist, scheint den Akten eines modernen Frankenstein entnommen zu sein. Voll Stolz berichten die Erfinder vom schwingungsfrei aufgehängten „Raum im Raum“, von den 12 Hi-Fi (High Fidelity) Lautsprechern in Rundumanordnung, durch die der Raum beschallt werden kann, von der Infrarot-Fernsehkamera, mit deren Hilfe die „Vp“ ständig beobachtet, von Richtmikrophon und Förstersonde, mit deren Hilfe jede Bewegung und Lageveränderung registriert werden kann. Vollständigkeit aber wird erst erreicht sein, „wenn unsere polyphysiographische Ausrüstung mit telemetrischer Datenübermittlung in Benutzung genommen wird (16 Kanäle). Vorgesehen sind multiple EEG-Ableitungen, EKG-, PGR-, ERG- und Atemfrequenz-Registrierung“.² Dazu noch ein Gerät zur Aufzeichnung von Magenmotilität.

Diesem Perfektionismus der Forschungsmethoden steht die scheinbare Gleichgültigkeit und Naivität der Forscher bezüglich des Forschungszwecks gegenüber. Auf An-



camera silens

frage läßt der Erfinder, Prof. Dr. med. Jan Gross, seinen Mitarbeiter, Dipl.-Psych. P. Kempe, mitteilen, „bisher“ handle es sich „ausschließlich um Grundlageforschung, wobei die in unserem Laboratorium erzielten Bedingungen als *Modellsituation* für andere, unter bestimmten Bedingungen auch im Alltag realisierte Lebensbedingungen dienen können“, ³ (Hervorhebungen vom Verfasser.) Beschwichtigend fügt er hinzu, „daß mögliche spätere Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe wohl eher dazu angetan sein würden, solche Faktoren des Strafvollzugs (Isolation, d.Verf.) zu eliminieren“.⁴

Einhandsegler.

Es fällt schwer, derlei Zweckfreiheit unesehen hinzunehmen, zumal dann, wenn man auf besonders exotische Nebengleise geführt wird. In einem Aufsatz⁵ rekonstruieren die beiden genannten Forscher den Ausgangspunkt ihrer wissenschaftlichen Bemühungen: die Einsamkeit des Einhandseglers bei der Reise um die Welt (finanziert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft!). Darin stellen sie eindeutig fest, daß die „soziale Isolation .. einer der Hauptfaktoren (ist), welcher die psychische Lage des Einhandseglers ausmacht“.⁶

Diese Lage ist gekennzeichnet durch folgende belastende Bedingungen:

- Soziale Isolation
- Schlafdefizit
- Angst und Anspannung
- Sensorische und perzeptive Deprivation
- Nahrungsmonotonisierung oder Mangel
- Sexuelle Frustration
- Bewegungseinschränkung⁷

Es braucht nicht allzuviel Scharfsinn, um festzustellen, daß dies auch die Bedingungen sind, denen Gefangene in unseren Haftanstalten unterworfen sind – oder jederzeit unterworfen werden können.

Bereits die unsystematischen Berichte solcher Einhand-Weltumsegler geben Aufschluß über die Folgen der Isolation:

- Verlangsamung der Denkfähigkeit (korreliert mit der Dauer der sozialen Isolation)
- Allgemeiner Motivationsverlust (!)
- Ausschaltung der Selbsterhaltungs- bzw. Selbstbehauptungsmechanismen (!)
- Psychosomatische Störungen
- (meist visuelle) Halluzinationen und Wahnvorstellungen⁸

Um diese Beobachtungen verifizieren zu können, mußten bestimmte Situationen konstruiert werden, um den Wirkungszusam-



menhang von Bedingungen – wie Umgebungsfaktoren und Isolationsdauer, Persönlichkeitsmerkmale der Versuchsperson (größere Widerstandsfähigkeit und sozialer Status), das Verhältnis zwischen Versuchsleiter und Versuchsperson – in bezug zu setzen zu Verhaltensänderungen bei und nach dem Versuch: Durchhaltedauer, Wahrnehmungs- und Verhaltensveränderungen, emotionale Anpassung sowie physiologische Veränderungen.

Sensorische Deprivation.

Nun stellt sich die Frage, warum dann mit der „camera silens“ eine Versuchsanordnung hergestellt wurde, die über die soziale Isolation hinaus eine totale sensorische Deprivation erlaubt. Die Antwort gibt J. Gross in einem Aufsatz⁹ (dessen Co-Autor L. Svab ist, mit dem er bis 1968 das Psychiatrische Forschungsinstitut Prag betrieb). In diesem Aufsatz heißt es: „Da die Einschränkung aller äußeren Reize auch die soziale Stimulation betrifft, und so in jeder sensorischen Deprivation auch implizit eine soziale Isolation enthalten ist, bringt die Auswertung der Elemente der sozialen Isolation in der sensorischen Deprivation verschiedene methodologische Hindernisse mit sich.“¹⁰ Diese Schwierigkeit der Unterscheidung müßte die Versuchsanordnung eigentlich hinfällig machen, wenn nicht die sensorische Deprivation eine andere bemerkenswerte

Folge hätte: „Unserer Meinung nach kann auch die *erhöhte Suggestibilität* der Versuchspersonen als eine spezifische Folge der Deprivations-Situation angesehen sein, da in dieser Situation ihre Fähigkeit, die umgebende Realität zu tasten, herabgesetzt oder gar blockiert ist (Goldberger und Holt). Dies macht sie in erhöhtem Maße von Informationen, die ihr durch den Experimentator vermittelt werden, *abhängig*. Diese vorwiegend einseitige Abhängigkeit der Versuchsperson vom Experimentator ist in der sensorischen Deprivation ausgeprägter als in anderen experimentellen Situationen ...“¹¹ Im Klartext heißt das: In der „camera silens“ lassen im kurzfristigen Experiment psychische Zustände auslösen, die sonst nur bei längerfristiger sozialer Isolation beobachtet werden können. Die deprivierte Situation versetzt in psychischen und physischen Streß und verursacht Angst und Wut, weil dem ohnmächtigen Objekt des Versuchs die Orientierungs- und Regulationskriterien entzogen sind, die ihm die aktive Gestaltung der Situation erlaubten. Die Folge ist Desorientierung und Desorganisation des Verhaltens.

Wissenschaftlich foltern.

In der Realität bietet das Gefängnis die Möglichkeit, Menschen derartigen Bedingungen auszusetzen, wobei an die Stelle der totalen sensorischen Deprivation die

Wirkung der Dauerisolation tritt. Allerdings nimmt im Gefängnis der Platz des Experimentators für Grundlagenforschung der Inquisitor ein, dem es um Geständnisse geht. Der Blick in ein beliebiges Nachschlagewerk der Psychiatrie überzeugt davon, daß dieser Zusammenhang in der Branche durchaus gesehen wird: "Die Anwendung von Isolierung und Furcht als Komponenten der komplexen Prozeduren, durch die Menschen dazu gebracht werden, Verbrechen zu gestehen, an denen sie unschuldig sind, bezeugt unser machtvolles Bedürfnis nach Stabilität und Anerkennung mittels sozialer Interaktionen; selbst Bestrafung und Zurückweisung werden unter Umständen der Isolierung vorgezogen."¹² Auch das in Klartext übersetzt: Die Psychiatrie stellt subtile Methoden be-

reit, die grobe und mit dem „demokratischen Selbstverständnis“ unvereinbare körperliche Folterungen zur Erzwungung von Geständnissen und Brechung von Persönlichkeiten ersetzen. Dabei müssen diese Methoden *Folter* genannt werden – nicht nur, weil sie den gleichen Zweck erfüllen, nur lautloser, sondern auch, weil sie ebenso nachhaltige Verstümmelungen des Opfers zur Folge haben, nur weniger sichtbar. In der psychiatrischen Literatur ist völlig unbestritten, „daß Isolierung in Verbindung mit extremem physischem und psychischem Streß (große Angst) psychoseartige Reaktionen hervorrufen kann“.¹³ Wenn ein Proband nach einem 8-Stunden-Experiment „die Versuchsleiter offen anklagte, daß dieser versuchte, ihn in den Wahnsinn zu treiben, um ihn dann als Patienten in der Klinik behalten zu können“,¹⁴ dann sind das wohl keine „paranoiden Wahnbildungen“, wie die Versuchsleiter es interpretieren, sondern da haben 8 Stunden bloß nicht ausgereicht, um einen irre zu machen. Doch gewiß hat das Opfer etwas vom Wesen der Psychiatrie erkannt.

Festzuhalten bleibt, daß sich die Haftsituation von der Experimentalsituation gravierend unterscheidet: in sie gerät man unfreiwillig, und sie ist noch weniger einschätzbar, weil der anonyme Apparat willkürlich gegen die Persönlichkeit eingesetzt werden kann. Wenn sich bei Experimenten schon nach zwei bis drei Stunden signifikante Wirkungen zeigen – wie nachhaltig müssen die Schädigungen erst nach Monate- oder jahrelanger Isolation sein?

In dem oben zitierten Aufsatz von Kempe und Gross geben die Autoren den Soloseglern schließlich noch Hinweise, wie sie den psychischen Folgen der Isolation begegnen können. U.a. nennen sie:

- geistige Aktivität, wie das Lesen interessanter Bücher, das Erlernen fremder Sprachen, Problemlösen und kreatives Denken
- abwechslungsreiche Nahrung mit besonderen Vitaminzusätzen
- Gymnastik
- passive Kontakte (Radio)
- sinnvoller Tagesrhythmus

Ohne die Autoren aus ihrer heilen Grundlagen-Forschungs-Welt aufschrecken zu wollen, muß gesagt werden, daß sich dieser Katalog auch als Handlungsanweisung für Vollzugsbeamte lesen läßt. Alle die genannten Punkte sind im Gefängnis manipulierbar und werden auch entsprechend eingesetzt.

Es gibt Hinweise dafür, daß in absehba-

rer Zeit auch solche Nischen des Widerstands nachhaltig versperrt werden können: pharmakologisch induzierte Veränderungen der Orientierungsfähigkeit brechen noch schneller, noch lautloser und noch nachhaltiger.

Fassen wir zusammen: In der BRD sind nur sehr notdürftig verschleierte Tendenzen zu beobachten, Gefangene *systematisch* zu isolieren und damit Widerstand und Willen zu brechen. Das geht nicht ab ohne nachhaltige psychische und physische Dauerschäden bei den Betroffenen und kann deshalb nur als *Folter* bezeichnet werden.

Daß gerade in der BRD in großem Stille Forschung in dieser Richtung getrieben wird, scheinbar ohne daß die beteiligten Wissenschaftler sich um die Anwendung ihrer Ergebnisse kümmern, kann nicht länger nur als Streit um die Verantwortlichkeiten von Wissenschaft aufgefaßt und allein als wissenschaftstheoretisches Problem der Psychiatrie diskutiert werden. Der holländische Psychiater Sief Teuns¹⁵ hat seine deutschen Kollegen gemahnt: „Nicht der Kapo, der die Knöpfe des vorfabrizierten Folterinstruments bedient, ist der Hauptschuldige im neuzeitlichen Foltersystem, sondern diejenigen, die in Kenntnis der Zusammenhänge Grundlagenforschung betreiben, aus der die Methodik des Systems entwickelt wird und hervorgeht.“

Frank-Olaf Radtke

1. J. Gross, J.M. Burchard und P. Kempe, Sensorische Deprivation Psychiat. Neurol. Neurochir., 73 (1970), Amsterdam.
2. Ebenda, S. 191.
3. Persönliches Anschreiben.
4. Ebenda
5. P. Kempe und J. Gross, Psychologische Aspekte von Einhand-Weltumsegelungen, „Die Yacht“ 5, S. 67, März 1970.
6. Ebenda.
7. Ebenda.
8. Ebenda.
9. J. Gross und L. Svab, Die experimentelle sensorielle Deprivation als Modellsituation der psychotherapeutischen Beziehung, Der Nervenarzt 40 Jg., Heft 1, 1969.
10. Ebenda, S. 22
11. Ebenda.
12. Frederick C. Redlich und Daniel X. Freedman, Theorie und Praxis der Psychiatrie, Ffm. 1970, S. 815.
13. Ebenda.
14. J. Gross, P. Kempe, Ch. C. Reimer, Wahn bei sensorischer Deprivation und Isolierung, vervielfältigtes Manuskript der Universitätsklinik Hamburg, S. 6.
15. S. Teuns, Isolations-Sensorische Deprivation als Foltermethode, Vortrag gehalten am 11. Mai 1973 in Frankfurt, vervielfältigtes Manuskript (siehe auch Kursbuch 32, August 1973, S. 118 ff.).

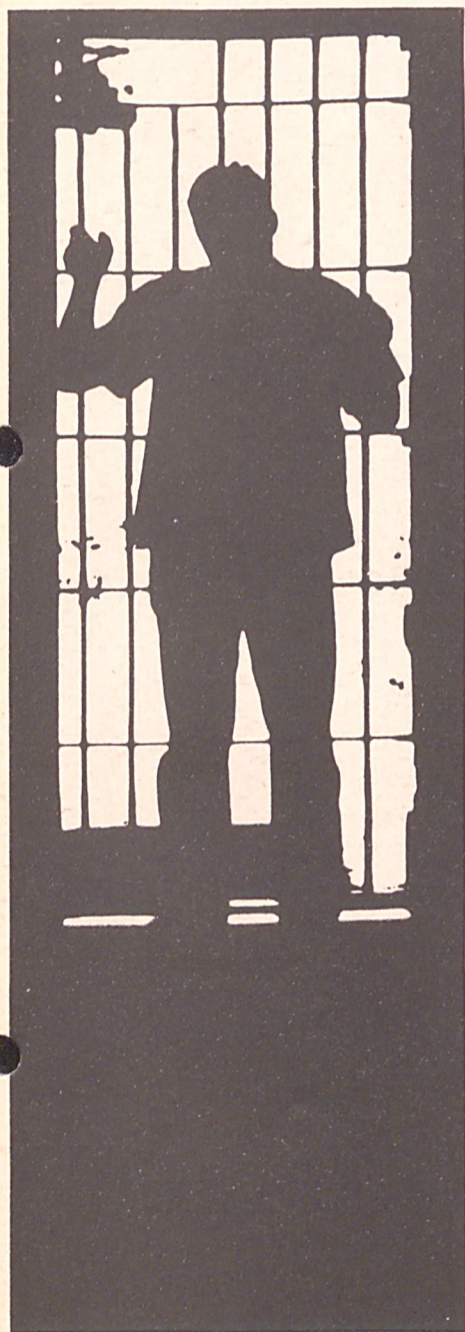
Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt –
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probeexemplare
unverbindlich und kostenlos durch
MONITOR-VERLAG GmbH,
Düsseldorf, Oststraße 154,
Postfach 5707

Anforderungskarten liegen
dieser Ausgabe bei.

Isolations- erscheinungen. Beschreibung.



Selbstversuch (Unfreiwillig)

Dauer der Isolation: 9. November 1970
bis 6. Juni 1973.

Die Isolierung wurde aufgrund eines mißglückten Ausbruchversuchs in Straubing angeordnet, nach vier Wochen verschärften Arrests, zeitweise Unterbringung in Haus III (Psychiatrie) aus Sicherheitsgründen, nach knapp 44 Monaten Verlegung nach Kaisheim (BRD), dort Einweisung in eine Arrestzelle, natürlich ebenfalls aus "Sicherheitsgründen". Mein Protest in Form eines Deckendurchbruchs mit Hilfe einer Nagelfeile, erschwert durch ungemein lästige stündliche Kontrollen (harte Arbeit, karger Lohn) brachte mir

weitere vier Wochen Arrest in der sogenannten Arrestsicherheitszelle (ein Betonblock innerhalb einer Zelle mit eingelassenen Gitterstäben an der Schmalseite, ungefähr wie ein Affenkäfig, nur nicht so geräumig).

Dazu kamen 8 Monate Einkaufssperre. Meiner Bitte um Kauf von eigener Zahnpasta — da Anstaltspasta Übelkeit erregte — wurde nicht entsprochen. Bis August 71 der Einzelhofgang in Handschellen (Fesselung bei notwendigen Gängen, Vorführungen etc. wird beibehalten). Abonnement einer Tageszeitung wird ca. 1 Jahr verboten, weil "die Außenwelt mittels Zeitungsannoncen mit mir in Verbindung treten könnte" (wörtlich!). Briefe wurden nicht befördert, weil z.B. der Satz "wegen dem Bellen der Hunde kann ich nicht schlafen" einen Hinweis auf meinen Aufenthaltsort darstellt! Rapportscheine mit der Bitte — man kann nur bitten, da jeder Schein den sinnigen Vordruck "ich bitte" enthält — um Genehmigung von Schreibmaschine, Blumentopf, Expander, Bücherbrett, Malutensilien usw. wurden generell abgelehnt, und zwar mit Begründungen, die einen pathologischen Lügner erröten ließen. Merke: Die Justiz errötet nur deshalb nie, weil sie ohnehin rot sieht, wenn sie was Rotes sieht!

Am 6.6.73, also nach 31 Monaten wurde die Isolation so weit gelockert, daß ich jetzt wieder am allgemeinen Hofgang teilnehmen kann. Von Gemeinschaftsveranstaltungen — Sport, Fernsehen — bin ich weiterhin ausgeschlossen. (Diese Lockerung ist wahrscheinlich zumindest teilweise auf die inzwischen geänderte Rechtslage zurückzuführen, da ich am 6. Mai wieder in Untersuchungshaft gewechselt bin, weil meine "eigentliche" Haftzeit beendet war und die wegen des Straubinger Ausbruchversuchs in der Verhandlung am 28./29.11.72, vom Lg. Regensburg, I. Strafkammer, ausgesprochene Freiheitsstrafe von 2 Jahren 1 Woche noch nicht rechtskräftig ist, da Staatsanwalt Revision laufen hat — auch einer von denen, die nie genug bekommen können!)

Das war der offizielle Teil, der äußere Ablauf; nun zum "inneren" Ablauf, soweit ich ihn beurteilen kann, da ich jetzt nicht mehr in der Lage bin, die Ereignisse chronologisch aufzurollen, folgt hier lediglich eine ungeordnete Aufzählung der gemachten Beobachtungen, nur grob gegliedert nach psychischen und physischen Beeinträchtigungen (ohne dabei die Querverbindungen, z.B. psychosomatische Ursachen, zu berücksichtigen).

Physische Beschwerden

a) *häufiges Schwindelgefühl*, plötzlich auftretend, ziemlich verschwommen, erinnert ein bißchen an Seekrankheit (darin hab ich mehr Erfahrung, als mir lieb ist).

b) *Kopfschmerzen*, scharf abgegrenzte Schwerefelder (heftiger Druck auf kleine Fläche), die sich manchmal schnell verlagern.

c) *Müdigkeit*, manchmal bis zur totalen Erschöpfung; eine völlig neue Erfahrung, da diese Art von Müdigkeit nicht durch äußere Einflüsse, sondern praktisch von innen nach außen erfolgte; läßt sich schwer beschreiben, so ungefähr das Gefälle von "könnte Bäume ausreißen" bis zu "erstesmal wieder nach schwerer Grippe aufstehen" um das zehnfache verlängert; als ob irgendwie die gesamte Energie abfließen würde (wodurch ich beinahe zu einem Anhänger von W. Reich's Orgonenergie geworden wäre). Starkes Schlafbedürfnis, nicht in der üblichen Form, sondern jede einzelne Zelle scheint ausgebrannt, ohne daß man dann tatsächlich Schlaf finden könnte; dann unruhiger Schlaf, häufiges Erwachen. Durchschnittlich schlafe ich 5-6 Stunden, von 22 Uhr Licht aus bis ca. 2-3 Uhr wach, tagsüber schlafe ich grundsätzlich nicht, da sonst erfahrungsgemäß fast die ganze Nacht im Eimer ist.

d) *langanhaltende Perioden von Übelkeit*, nicht sonderlich schlimm, kein Brechreiz, nur durch Dauerzustand lästig. Als Einzelerscheinung erst gegen Ende des zweiten Jahres aufgetreten, vorher nur in Verbindung mit:

e) *Herz- und Kreislaufbeschwerden*, weiß nicht genau, ob die Bezeichnung wirklich zutrifft, verwende es nur als Sammelbegriff für den Komplex mit dem ich wirklich zu kämpfen hatte, sozusagen mein (fühlbarer) Hauptfeind. Fing schon im ersten Jahr recht harmlos mit so einer Art innerer Vibration an, steigerte sich zu einem inneren Schüttelfrost, den ich äußerlich bewußt unterdrücken mußte (so ähnlich, als ob man an einem heißen Tag, zu lange im kalten Wasser geblieben ist, man friert nicht mehr, kann aber eindrucksvoll mit den Zähnen schnatzen). Die folgenden Symptome machten sich besonders in Ruhelage, also abends im Bett, bemerkbar: heftiges inneres Zittern, Blut rauscht, Herzschlag durch den ganzen Körper fühlbar (überall lauter kleine Reserveherzen — hab schon immer gehaut, daß ich zuviel Herz habe), Schläge ungleichmäßig, kurzes Aussetzen, dann Trommelwirbel, dazu

Doppelschläge mit so einer Art Oberschwingung, vermischt sich alles, bis der eigentliche Herzschlag in ein "stotterndes Summen" (genaue Definition nicht möglich) überging. Bin mir jedenfalls immer so vorgekommen, als ob ich auf einem Traktor mit laufendem Motor (Hanomag, Vorkriegsmodell) oder Schüttelrost liegen würde. Das etablierte sich zum Normalzustand, der bald in die zweite Phase überwechselte: ganz starkes Herzflattern, das dann langsam immer schwächer wurde um schließlich (logischerweise scheinbar) ganz auszusetzen, dann Schweißausbruch, Übelkeit (die Art, wo man sich nicht mehr traut, irgendeine Bewegung zu machen), Körper fühlt sich irgendwie wattig an, intensive Angstgefühle, Panik, man weiß, im nächsten Moment hat's einen erwischt. Das Ganze kam immer in Wellen, in einem Wellental krabbelte ich meistens die zwei Meter bis zum Klo, weil die Beine ein bißchen wackelig waren (weiß der Teufel, warum ich mich auf dem Klo sicherer fühlte – vielleicht in der Analphase hängengeblieben) und verbrachte dort manch muntere Nacht. Das Panikgefühl bekam ich bald recht gut in den Griff, indem ich es, vereinfacht ausgedrückt, auf den Nenner „na schön, dann kratzt halt ab, die Welt wird überleben" reduzierte (obwohl ich eigentlich genau das bezweifelte: daß die Welt es überleben wird).

Psychische Beschwerden

Jetzt wird's kompliziert, kommt mir ein bißchen so vor, als ob man sich am eigenen Schopf hochziehen will, und so viel ich weiß, gibt es ja auch noch keine Methode, mit der man selbst überprüfen kann, ob man einen Knacks hat, und wenn ja, wie stark.

a) *Zeit*: In ihrer üblichen Definition eigentlich nicht mehr existent, nur graue, gleichförmige Masse, kleinere "Ereignisse" (und darum handelt es sich ja fast ausschließlich) lassen sich chronologisch nicht mehr einordnen, sie liegen praktisch alle auf einer Kreisbahn mit mir als Mittelpunkt und einem unbestimmten, aber gleichbleibenden Radius (z.B. frage ich mich um 18 Uhr, was ich um 17 Uhr zum Abendbrot gegessen habe, es fällt mir wieder ein und dann – oder hat's das gestern gegeben? Oder vorgestern? usw.). Rein zahlenmäßig ist mir natürlich der in zwischen verstrichene Zeitraum bewußt, aber im Grunde kommt's mir weder lang noch kurz vor, einfach nur ein gegebener Zustand (so ungefähr: wenn sich ein und derselbe Tag immer wieder wiederholt,

kann man 90 Jahre alt werden und ist doch erst einen Tag "alt").

b) *Denkfähigkeit*: Grob ausgedrückt, es erfolgt kein "geistiger Stoffwechsel" mehr, es tritt eine nur sehr undeutlich und vage wahrnehmbare Selbstvergiftung ein. Ich nehme weder Gedanken auf noch lege ich welche ab, ich arbeite praktisch nur mit der vorgegebenen Substanz in immer wieder neuen, aber begrenzten Variationen. Die Anzahl dieser Variationen nimmt übrigens im Laufe der Zeit stark ab und beschränkt sich schließlich nur noch auf einige Gedankenkreise, die immer wieder durchlaufen werden. Dazwischen dann immer wieder „weiße Flecken", so eine Art automatisches Nachdenken genau an der Grenze zwischen bewußt und unbewußt über allgemeine Probleme à la "Gott und die Welt (minus Gott)", in das man periodisch und unfreiwillig hineinsackt, ohne daß man konkret sagen könnte, über was man nun nachdenkt, daran schließt sich manchmal unter dem Einfluß der ewig gleichbleibenden Umgebung eine regelrechte Lähmung an, verbunden mit der (momentanen) Unmöglichkeit, auch nur den geringsten Entschluß zu fassen (Beispiel: ich will irgendeine Kleinigkeit tun, vergesse es, setze mich aufs Bett, warte, innerer Druck wächst, kann nicht länger sitzen bleiben, die Alternative dazu in Form der beschränkten Betätigungsmöglichkeiten gehen mir durch den Kopf, zweimal, dreimal, und erzeugen steigendes Ekelgefühl; ich WILL nichts schreiben, ich WILL nicht über dies oder das nachdenken, worüber ich schon 1000mal nachgedacht habe – und so bleibe ich eben weiter auf dem Bett sitzen, unfähig, mich zu bewegen, unfähig, stillzuhalten, und schau mir die Eskalation an, bis dann irgendwas nachgibt.)

c) *Konzentrations- und Urteilsfähigkeit*: wird immer mühsamer, die Gedanken auf eine einzige Sache zu richten, wandern nach allen Seiten davon (während ich z.B. diesen Text hier schreibe und mehr recht als schlecht einen Satz nach dem anderen formuliere, hab ich immer wieder Perioden, wo ich für 5 oder 10 Minuten einfach nur auf das Blatt starre, Mattscheibe, und es ist eine ziemliche Viechelei, sich dann wieder aufzuraffen und weiterzumachen). Das gilt zimlich generell; ich verbrauche fast meine ganze Energie, um mich überhaupt erstmal soweit zu bringen, irgend etwas anzufangen, der Widerwille vor jeder Tätigkeit wächst, und steigert sich vor allem direkt proportional zur Zeitdauer der Tätigkeit. Zusammen-

hängende Arbeit von 1 bis maximal 2 Stunden ist fast unmöglich (hab z.B. ein paar Dutzend angefangene und nicht beendete Zeichnungen, Aufsätze usw.). Und wenn ich einmal tatsächlich einmal eine Idee habe für ein Essay, Kurzgeschichte, Hörspiel oder sonstwas, die ich insgesamt und aus der Distanz betrachtet für gut halte, dann verliert die Sache nach eingehender Beschäftigung damit und den ersten paar Seiten jeden Zusammenhalt, gibt keinen Sinn mehr, nur noch Aneinanderreihung von Worten, fehlt jedes Beurteilungskriterium.

d) *Aufnahmevermögen*: ist stark begrenzt, wenn z.B. an einem Tag mehrere an und für sich völlig belanglose "Ereignisse" zusammentreffen (wie Hofgang, Baden, Post, Einkauf usw.), dann stellt sich sofort was Ähnliches wie Reizüberflutung ein, ich zähl hinterher immer wieder durch, was nun alles an diesem Tag passiert ist, weiß, daß ich alles zusammen hab, bin aber gleichzeitig doch davon überzeugt, daß mir irgendwas entwischt ist, wobei ich automatisch annehme, daß es sich dabei um etwas Angenehmes gehandelt hat; das verursacht ein undeutliches Verlustgefühl, weil man sich um einen zusätzlichen Gedankenknochen, an dem man hätte nagen können, betrogen glaubt. Das Gefühl, etwas wirklich Wichtiges (was immer das auch sein mag) vollständig vergessen zu haben, hängt ständig im Hintergrund und bildet eine vage Bedrohung (dunkle Wolken, aber hinter dem Horizont).

e) *Aggressionsstau, Wut, Ärger*: dazu kann ich nur sagen, daß ich am Anfang manchmal nahe daran war, in die Luft zu gehen, mußte dann aber doch immer über mich selber lachen und über diese ganzen idiotischen Banalitäten (Hintergedanke: es wird kommen der Tag, wo ich einmal nicht mehr lachen werde! – das war ein Irrtum). Weiterer Verlauf dann ungefähr wie bei einer gedämpften Schwingung, hab mich praktisch im Laufe der Zeit auf den Nullpunkt zurückgeschaltet. Ganz grob ausgedrückt: ich freu mich über nichts mehr, dafür stimmt mich auch nichts traurig. Um das mit dem Nullpunkt etwas zu differenzieren: eine Art leichter Schizophrenie, wobei ich auf dem Zaun in der Mitte sitze und gleichzeitig nach beiden Seiten schauen kann; auf der einen Seite des Zaunes wechseln zwar noch gewisse Emotionen, Stimmungen, aber wenn's kritisch wird, kann ich mich jederzeit auf die andere, ruhigere Seite zurückziehen und von dort aus unbeteiligt zusehen. Natürlich bringt diese dauern-

de Beschäftigung mit der eigenen Individualität – teils zwangsläufig, teils absichtliche Selbstanalyse als Vorbeugung gegen mögliche defekte – die Gefahr der Entfremdung mit sich; reicht zwar nicht wirklich bis zur Bewußtseinspaltung, aber durch die konstante Selbstbeobachtung betrachtet man das „Objekt“, also sich selbst, doch zunehmend unpersönlicher, so eine Art Gliederung in Betrachter und zu Betrachtenden teil.

Soziale Kontakte

Als ich vor ein paar Tagen erfuhr, daß ich wieder am allgemeinen Hofgang teilnehmen könne, empfand ich einen spontanen Widerwillen, wieder mit den anderen zusammenzukommen, da mir diese Reaktion zumindest theoretisch bekannt war (dazu eigener Gedanke: das ist vielleicht bei anderen so, aber bei mir doch nicht!) begründete ich diesen Widerwillen mir selbst gegenüber damit, daß ich einfach keine Lust hätte, mir wieder das ohnehin ewig gleichbleibende Knastgeschwätz anzuhören, und im übrigen meine Ruhe haben wolle.

Bei Unterhaltungen habe ich festgestellt, daß meine Koordination von Denken und Sprechen ziemlich mies ist: ich kann meine Gedanken nicht mehr synchron in Worte übertragen, sondern ich hinke mit dem Sprechen immer hinterher; beende fast keinen einzigen Satz, er zerfließt in einer Anzahl von Nebensätzen, bis ich nicht mehr weiß, was ich eigentlich sagen wollte. Die Gegenwart Dritter verwirrt mich, und ich habe ziemliche Schwierigkeiten, einen Gedankengang zu verfolgen und vor allem zu formulieren. Das small-talk-reservoir ist fast gänzlich verschwunden. Ich muß nach nichtssagenden Bemerkungen auf nichtssagende Anreden suchen. Natürlich macht sich das nach außen nicht sonderlich bemerkbar, aber wo früher automatische Reaktionen waren, muß ich jetzt bewußte Willensanstrengung und überdurchschnittliche Konzentration einsetzen.

Weil wir gerade dabei sind: von verschiedenen offiziellen Stellen seitens der Anstalt wurde mir in den Anfangszeiten der Isolation mehrfach mitfühlend versichert, daß man „da drin“ (gemeint: Zelle) „Mit der Zeit doch verrückt werden müsse“, woran im Grunde niemand zu zweifeln schien. Fand ich irgendwie erheiternd, obwohl ich mir nie ganz darüber klar werden konnte, wo hier nun die wahre Komik liegt.

Werner Waldhoff

Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. *Multinationale Betriebsarbeit der Gruppe „Arbeitsache“ in München*

Die Entwicklung eines Ansatzes von revolutionärer Betriebsarbeit seit 1970. Dargestellt werden einerseits politische Grundpositionen: die Notwendigkeit für eine wirklich multinationale Organisation/die Untersuchungsarbeit/Arbeiterautonomie/Externe Arbeit etc. Andererseits die wichtigsten Kampagnen und Ereignisse im Betrieb bis 1972.

ca. 140 Seiten ca. DM 5.80

Proletarische Front

Arbeiterkampf in Deutschland. *Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiterklasse seit dem Nationalsozialismus*

Der erste Versuch, darzustellen, wie das Kapital als politische Antwort auf 1918 einen neuen Typ von Arbeitern durchsetzte: den Massenarbeiter. Immer war es das Kapital, das den Angriff dieser Schicht zurückschlug, während die Arbeiterbewegung sich weiter an den Inhalten der Facharbeiter orientierte.

174 Seiten DM 7.80

Marxistische Aufbauorganisation Frankfurt. *Die Krise der kommunistischen Parteien/Probleme der gegenwärtigen Revisionsmuskritik.*

Das Problem der „Revisionismuskritik“ als Problem des Verhältnisses von bürgerlicher und proletarischer Revolution – anhand der Darstellung der KPD-Politik von 1945-1953. (1. Demokratischer und sozialistischer Kampf der KPD nach 1945. 2. Bürgerliche und proletarische Revolution in der Theorie Lenins. 3. Zur Analyse der westdeutschen Studentenbewegung.)

309 Seiten DM 16.80

Tagebuch eines Betriebskampfes. *Herausgegeben von Genossen der „Assemblea Autonoma“ von Alfa Romeo*

120 Seiten DM 6.80

N. Poulantzas

Faschismus und Diktatur

3 Themen: 1. Der Faschismus als spezifische politische Erscheinung/Analyse der historisch vorhandenen Faschismen und ihrer Geschichte. 2. Der Faschismus als besondere Form des bürgerlichen Ausnahmezustats, im Unterschied zum Bonapartismus oder zur Militärdiktatur. 3. Die Politik der 3. Internationale gegenüber dem Faschismus/Ausdruck der Krise der Arbeiterbewegung.

ca. 400 Seiten ca. DM 22.00

M. Regini/E. Reyneri

Akkord, Lohn, Qualifikation als Kampfinhalte italienischer Arbeiter

Eine analytische Arbeit über die Rolle des Akkordlohns und der Qualifikation innerhalb der Produktion: Akkord wesentlich als Regulierungsinstrument. Qualifikation als Verschleierung des Endes der „Arbeiterkarriere“. Auf diesem Hintergrund entwickelten sich die egalitären Kampfinhalte der italienischen Arbeiter. Genau durchleuchtet wird die neue Haltung der Gewerkschaften zu diesen Problemen.

179 Seiten DM 11.80

Der Westen wird rot. *Die „Maos“ in Frankreich: Gespräche und Reportagen. Eingeleitet von J. P. Sartre*

Gespräche mit Arbeitern, Frauen, Schülern, Jugendlichen, Bauern, die in den vordersten Reihen der Kämpfe stehen. Sie wissen, die Bedürfnisse der Massen lassen sich nur „illegal“ verwirklichen – und das bestimmt ihre Kampfformen gegen die Arbeitshetze, das schlechte Leben, die Preise. Ein Text, der verstehen läßt, warum das Kapital in Frankreich die „Maos“ fürchten gelernt hat.

200 Seiten DM 12.80

Proletarische Front

Rationalisierung und Massenarbeiter. *Die Kämpfe der norddeutschen Werftarbeiter seit 1945*

157 Seiten DM 8.80

TRIKONT

TRIKONT VERLAG GmbH

8 München 80
Josephsburgstraße 16

Der erste Teil dieses Nachworts ist kaum von Interesse, da er auf gut 20 Seiten individuelle Beispiele von Frauen anführt, die in der Geschichte hervortraten, was ihn immer wieder zu der Frage nach deren geringer Anzahl veranlaßt. Da H. davon ausgeht, ein Wesen der Frau/des Mannes, das ihre/seine Situation bedinge, beschreiben zu können, da er also im Grunde nur spekulieren und nicht analysieren kann (wozu gesellschaftliche Rahmenbedingungen reflektiert werden müssen), kommt er bei der Beschreibung der Situation der Frau dazu, sie sei z.B. faul (184), heute den Mann als Ernährer aus (185), besitze in Wirklichkeit jedoch Macht von Natur aus (185), usw. Über die Frauen des 18. Jh. schreibt H.: "weder das Kloster noch der häusliche Herd vermögen die Frauen zu fesseln" (190). Man braucht wohl nicht zu betonen, daß derart pauschale Aussagen für die Untersuchung der Stellung der Frau damals wie heute völlig wertlos sind, ganz abgesehen von ihrer Unwissenschaftlichkeit: H.s Äußerungen grenzen des öfteren an Spökenkiekerei.

Auch den zweiten Teil leitet H. reichlich polemisch ein: "Die Frauen lieferten bis heute – und können doch auch schon eine Weile lesen und schreiben und wählen – kein Konzept, keinen Gegenentwurf zur Männerwelt! (205)" Hier schon deutet sich das falsche Verständnis H.s von Frauenemanzipation an. Daß dieser auf Biegen und Brechen zu erbringende Gegenentwurf möglicherweise gar nicht im Interesse der meisten Frauen liegt, scheint H., der offenbar sein Interesse darin sieht, da er ganz pauschal die durch Männer heruntergekommene Welt ablehnend kritisiert, nicht verstehen zu wollen. Was wie an der heutigen Gesellschaft seiner Ansicht zu verändern ist, sagt H. nicht konkret.

Herauskommen soll jedoch durch die Frau und ihre Emanzipation eine bessere Welt, was immer das sei. Als das erste und höchste Hindernis ihrer Emanzipation betont H. die Kopistennatur der Frau – möglicherweise ein "angeborener" Defekt (226)! – und zitiert den Romancier Otto Flake: "Es ist etwas unheimliches um die Kopistennatur der Frau: sie hat die Ideen dessen, der sie weich machte, sie redet in seinem Tonfall, lacht sein Lachen und ahmt seine Gesichtszüge nach. Mißtraue dem Mann, der die Zufriedenheit zur Schau trägt, daß seine Gefährtin Kamerad seines Denkens und seiner Ziele sei: er weiß nicht, daß die Gefährtin, weil sie Weib ist, mit derselben Anpassungsfähigkeit Kamerad

seines Antipoden geworden wäre ..." (205f.) Abgesehen von dem lächerlichen Inhalt dieses Satzes, der völlig unwissenschaftlich auf eine biologische Konstante weiblichen Wesens hinausläuft, verkertzt diese Aussage die Frau mal wieder als äußerst gefährliches Subjekt, als die Schlange. Sollte es nun aber einen Sektor geben, auf dem die Frau keine Kopistennatur an den Tag legt, so muß sie diesen benutzen, um die Konzeption eines "weiblichen Weltplans" (207) vorzunehmen: "Die Frauen müssen aus dem, was sie von den Männern unterscheidet, nicht aber aus dem, was sie mit ihnen verbindet, ihre Kraft zur Machtergreifung ziehen (207). Was die Männer nicht sind; was nicht können; nicht was sie leisteten, sondern was sie ablehnten: sollten jetzt die Frauen sein und probieren! (227)"

Hier schließt H. einen Exkurs über den Schweizer Johann Jakob Bachofen an, einen seiner Ansicht nach "geniale(n), aber gänzlich unfreiwillige(n) Vorvater der heutigen Frauenemanzipation" (209), der auf der anderen Seiten als einer der verstocktesten Reaktionäre, Jurist und Multimillionär, Romantiker und Idealist (208), Kenner der Antike und Anthropologe vorgestellt wird. Ich frage mich, ob die erste Aussage durch die zweite nicht ad absurdum geführt wird? H. widerspricht sich außerdem auch an anderer Stelle, wenn er sagt, daß Bachofen seine Einblicke in die Situation der Frau nutzt, um neue Beiträge zu ihrer Bevormundung zu schreiben, die noch heutigen Emanzipationsgegnern Hilfen in die Hand geben (220). Bachofen, als absolut puritanischer Charakter, hing römischer, vaterrechtlicher Staatsauffassung an, verabscheute alles Erotische und die "Schwäche des Weibes" und hielt es, unverheiratet, nahezu bis ans Ende seiner Tage bei seiner geliebten Mutter aus.

Bachofen: "Der erste Keim jeder Gynäiokratie, welche auf die Macht des Weibes die staatliche Gesittung der Völker gründet", (liegt im heutigen Endsieg des (Hochhuth, 207)) "aphroditischen Gesetzes der fleischlichen Emanzipation, ... denn im Fortschritt der Versinnlichung des Daseins ... macht sich das Gesetz der Demokratie ... und jener Freiheit und Gleichheit geltend, welche das natürliche Leben vor dem zivil-geordneten auszeichnet und das der leiblich-stofflichen Seite der menschlichen Natur angehört. Die Alten sind sich über diese Verbindung völlig klar ... und zeigen uns in bezeichnenden historischen Angaben die fleischliche und

die politische Emanzipation als notwendige und stets verbundene Zwillingsbrüder" (207). Diese "Situationsbeschreibung" Bachofens, die grob die Entwicklung von der Antike bis zu seinem Zeitalter meint (er war übrigens Zeitgenosse Friedrich Engels', der seinerseits Bachofen äußert geschätzt und seine Schriften bzw. Ansichten über Frauen, Mutterrecht etc. mitverwandelt haben soll für den "Ursprung der Familie ..."), sollte objektive Analyse sein und nicht etwa subjektive Befürwortung einer Frauenemanzipation einschließlich demokratischer Entwicklungen, die Bachofen als Staatsauflösung, als innere Auflösung der alten Welt, als Schwächung des Vaterrechts und erneute Stärkung des Mutterrechts, kurz: als verderblichen Rückschlag fürchtete (209f.). Den Stellenwert dieser "Analyse" schätzen Kritiker wie z.B. Hochhuth offenbar als unfreiwilliges Hilfsmittel Bachofens für den Weg, den die Frauenemanzipation einzuschlagen hat, ein: Was Bachofen in dem o.a. Zitat analysieren und aussagen wollte, fordert heute mit anderen Worten Germaine Greer: die Beherrschung frauenemanzipatorischer Vorstellungen und ihre Umsetzung allein durch entfesselte weibliche Sexualität. – H. schreibt über Bachofen: "Abschreckend, daß dieser Mann, der die Weltgeschichte ... genau gekannt haben dürfte ... , die Konsequenz seiner Ureinsichten zu ziehen sich scheut: daß aus der Geschichte der totale Bankrott des von ihm trotz allem unerklärlicherweise gefeierten 'männlich-phallischen Prinzips' abzulesen – und die Folgerung zu ziehen ist, deshalb einmal der anderen Hälfte des Menschengeschlechts, der weiblichen, das Geschick des Planeten anzuvertrauen!" (211)

Wenn ich diese Aussage Hochhuths gegenüber denen Bachofens bewerten soll, so muß ich sagen, daß mir Bachofens Auffassung und Haltung als die eines Repräsentanten des 19. Jhs. und Frühkapitalismus weit unerstaunlicher bleiben als die Hochhuths, der immerhin im 20. Jh. und Spätkapitalismus lebt und sich deshalb anderer Argumente bedienen müßte als derer, daß – ganz pluralistisch –, wenn die einen alles verkorkst haben, doch vielleicht die anderen eine glücklichere Hand haben: es könnte ja mal sein. H. führt männliche Taten wie die Weltkriege, Kolonialismus, die Atombombe und schließlich Umweltverschmutzung (215, 217) an, um die Notwendigkeit einer Wende in der Geschichte zu verlautbaren; auch dadurch, daß "erst nach dem Verschleiß ihres Energie-Über-

WIR WOLLEN ALLES

Die Zeitung ist ein Kampfblatt.
Ein Blatt für alle, die am dauernden
Klassenkampf beteiligt sind.
Ein Ausdruck des täglichen Kleinkriegs
der Unterdrückten gegen die Unterdrücker.
Ein Ausdruck der Diskussion darüber.
Ein Ausdruck unserer Arbeit, unserer
Fehler.

An dieser Zeitung arbeiten mit in
Frankfurt, Rüsselsheim, Offenbach
der REVOLUTIONÄRE KAMPF,
der Häuserrat Frankfurt, verschiede-
ne Stadtteilgruppen. In München/Ar-
beitersache, in Hamburg und Bre-
men die Proletarische Front, in
Köln/Arbeiterkampf und andere
Gruppen. Zu erhalten u.a. in Buch-
läden, Kneipen, Jugendzentren oder
WIR WOLLEN ALLES
8551 Gaiganz, Postfach 12

Preis 1DM

fährt fort: "Weiblich gleich charakterlos ist eine überaus schändliche Feststellung —, die aber durch die Unbedenklichkeit, mit der Frauen sich beruflich dem 'anschmiegen', was ausgerechnet Männer ernst nehmen — statt das Männermodell zu demolieren —, erneut als wahr bestätigt wird." (226) Auch dies kann kaum ernst genommen, geschweige denn für qualifiziert gehalten werden. Als geschichtlich 'erwiesene' Beispiele, die belegen sollen, daß die Befreiung der Frau vom Mann allein durch Eros möglich ist bzw. die Frau durch Eros allein über den Mann herrschen kann, dienen Hochhuth Kleopatra und Cäsar, die indische Königin Kandake und Alexander der Große (233). Nun erscheint es einmal als zweifelhaft, daß Frauen dieser Positionen prototypisch für

die Möglichkeiten aller Frauen gelten können; zum andern gibt H. mit diesen Beispielen Beherrschung und Herrschaft als erstrebenswertes Ziel an — ganz im Gegensatz zum Großteil der Frauenemanzipationsbewegungen. Über ihre Ziele, die gerade Herrschaftsabbau in allen Beziehungen innerhalb der Gesellschaft im Hinblick auf eine emanzipierte sozialistische anstreben, scheint H. sich absolut nicht informiert zu haben. Er kommt vielmehr, nach einem Zitat G. Greers — "In der Tat ist das Hauptinstrument zur Ablenkung und Perversion weiblicher Energie die Verleugnung weiblicher Sexualität" (233) — zu dem Schluß (236): "So herrsche denn Eros, der alles begonnen!"

Sabine Floßdorf-Drenkhan

schusses Mächte wie Menschen domestizierbar sind ..." (f. Zit. s.o. S. 2/213f.). "Die Männer ... können nur besiegt werden, wenn die Frauen weibliche Waffen in den Krieg einbringen, anstatt, wie bisher, sich instinktos und naturwidrig, demütig und suicid-lustig um Waffenscheine für Rüstungssysteme zu bemühen, mit denen die Männer ihre eigene und die Welt der Frauen und Kinder auf den Hund gebracht haben" (217f.). Die ebenfalls bei den Frauen vorhandene Anfälligkeit für Enthusiasmus, ihre Passivität und ihr Desinteresse gegenüber der existentiellen Beherrschung durch Kriegspolitik nennt Hochhuth ganz einfach deprimierend (218). Ich vermute, er hält auch dies für angeborene Defekte. Aber dennoch, er baut auf die Frauen, zumal seiner Ansicht nach auch "die zwei entscheidenden Barrieren gefallen (sind), die jahrtausendlang den Frauen ihren Rückweg zur Macht verlegt hatten: der christliche Aberglaube mit seiner böartigen Körper-Verketzerung und die Drohung unerwünschter Schwangerschaften.." (222). Die Zweifelhaftigkeit dieser Aussage steht fest! An dieser Stelle führt Hochhuth die seiner Ansicht nach wohl glorreichen Ideen Germaine Greers ein. Sie schreibt: "Wenn die Frauen das wirkliche Proletariat sind, die wirklich unterdrückte Mehrheit, dann kann man der Revolution nur näherkommen, wenn die Frauen dem kapitalistischen System ihre Unterstützung entziehen. Ich schlage eine Waffe vor, die im Proletariat in hohen Ehren steht, die Versagung von Arbeit" (224). Sie empfiehlt dagegen die Zerstörung des Konsummodells durch die Hauptkonsumenten, die Hausfrauen (225). H. unterstützt Germaine Greer, indem er bezweifelt, daß eine Mobilisierung der Frauen auf dem 'auszehrenden Arbeitsmarkt' ihre Emanzipation vorantreiben bzw. den 'schaudervollen Streß' mildern und schließlich beseitigen kann, da sie sich in diesem Prozeß nur verzehren (225). Die freie Entscheidung der Frau einbeziehend, fragt H. vielmehr nach der Vernünftigkeit, heutzutage in den Emanzipationsbestrebungen die Mutterrolle so abfällig zu beurteilen, da kein Mensch außer der Frau die Begabung habe, ein Kind in die Welt zu setzen und zu 'erziehen' (??) (225). Die gelassene, ernsthafte Erörterung dieses Einwurfs wird allerdings durch folgende Dummheit und Frechheit H.s verunmöglicht: "Als 'genüge' es nicht für Leben und Geschichte, einen Franklin Roosevelt geboren zu haben. Was aber an Außerordentlichem leisteten die Frauen sonst?" (198f.). H.

'DIE DEMOKRATIE MUSS VON ZEIT ZU ZEIT IN BLUT GEBADET WERDEN'

Fortsetzung von Seite 1

des Asylsuchenden verschlossen. Sogar Spanien und Portugal sollen Hilfesuchende nicht abgewiesen haben.

Ehemalige Minister, Parlamentsabgeordnete und Senatoren, Gewerkschaftsführer, auf die Kopfgelder wie für Verbrecher ausgesetzt sind, Wissenschaftler, Professoren, hohe Regierungsbeamte und Direktoren vergesellschafteter Betriebe, Menschen, die ihre Pflicht taten, die legale Regierung ihres Landes gegen die putschenden Generäle zu verteidigen, warten dicht zusammengepfercht, auf dem Boden schlafend in den Botschaften auf einen "Geleitbrief", der ihnen die Auswanderung ins Exil ermöglicht. Sie zittern davor, der blutigen Rache der Militärjunta, ihrer verhaßten Justiz oder gar ihren gefürchteten Folterknechten ausgesetzt zu werden.

Dennoch: Sie alle gehören zu den Geretteten im Vergleich zu den Tausenden aktiver Funktionäre, die in den Betrieben Maßregelung und Denunziation ertragen müssen, die ihre Arbeit verlieren, gehetzt von den Schergen der Junta, von einer Stadt zur anderen fliehen, oder gar Nacht für Nacht ihre Schlafstätte wechseln müssen, um der Verhaftung zu entgehen.

Die Lage der Gewerkschaften

Die chilenische Arbeiterbewegung hat eine große demokratische Tradition. Als einzige in Lateinamerika hat sie eine Einheits-Massengewerkschaft aufgebaut, die CUT. International gehört sie weder dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund noch dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften an.

Der Gewerkschaftsbund CUT wurde aufgelöst. Die hauptamtlichen Funktionäre liegen auf der Straße ohne Verdienstmöglichkeiten, vier Hauptamtliche stehen auf den Fahndungslisten der Junta. Einigen gelang es, unterzutauchen.

Gegen alle Vorstandsmitglieder des Vorstands wird ein Prozeß vorbereitet. Durch eine Verordnung der Junta wurde die Tarifvertragsfreiheit abgeschafft. Löhne-, Gehälter, Sozialleistungen werden durch Dekret der Junta festgelegt.

Einige Einzelgewerkschaften wurden aufgelöst, andere, an deren Spitze christlich-demokratische Kollegen stehen, führen eine halblegale Scheinexistenz. Die Arbeitslosenquote stieg von 3 auf 10 Prozent und man muß erwarten, daß im kommenden Jahr jeder Fünfte arbeitslos sein wird. Die Einzelgewerkschaften wollen dennoch die organisatorische Struktur solange erhalten, wie die Junta die Gewerkschaften nicht in eine "Arbeitsfront" verwandelt,

solange Arbeiter und Unternehmer nicht, wie in allen faschistischen Staaten, in einen staatlich gelenkten Verband zusammengezwängt werden. Doch wurden bereits Tausende der besten und aktivsten Funktionäre entlassen, ins Gefängnis geworfen oder erschossen.

Gewerkschaftsbeiträge werden in den meisten Fällen nach wie vor einbehalten, aber die Verfügung darüber ist der Willkür des "zuständigen" Offiziers überlassen. Geld an den aufgelösten Gewerkschaftsbund CUT abzuliefern, ist verboten. Alle "Gewerkschafter", die von der Junta zu Propagandazwecken ins Ausland geschickt werden, haben hierzu weder von ihren Funktionären noch von ihren Mitgliedern ein Mandat, da diese keine Versammlungsfreiheit oder irgend eine andere Freiheit genießen. Diese Propagandisten sind schlicht "Kollaborateure" der Junta, die von jedem wirklichen Gewerkschafter in Chile verachtet oder gehaßt werden.

Gerüchte, daß gewisse amerikanische Gewerkschaften versuchen würden, eine Spaltung anzuzetteln, um "antikommunistische" Verbände aufzubauen, beunruhigten chilenische Funktionäre aller politischer Tendenzen. Sie wollen an ihrer demokratischen Einheitsgewerkschaft festhalten und fürchten, daß Spaltergewerkschaften zu reinen Werkzeugen der Militärjunta werden könnten.

Besonders brutal verfolgt werden die linken Christdemokraten, die einen starken Einfluß in der Gewerkschaft der Landarbeiter und armen Bauern haben. In zweieinhalb Jahren war es ihnen gelungen, die Zahl der Organisierten von 11.000 auf 52.000 zu erhöhen. Die Großgrundbesitzer, die verfilzt und oft auch verschwägert sind mit hohen Militärs, üben jetzt blutige Rache. Dennoch mußte die Junta darauf verzichten, die Agrarreform rückgängig zu machen, da sie sonst den Grundstein für eine Partisanenbewegung gelegt hätte. Sie hat allerdings alle selbständigen Bauernverbände und Genossenschaften aufgelöst. Unorganisierte "selbstständige" Kleinbauern, die ungeschützt den Gesetzen des freien Marktes ausgesetzt werden, gehen ohnehin in wenigen Jahren zugrunde. Auch auf diese Weise läßt sich die Landreform, die Aufteilung des Bodens wieder zunichte machen.

Viele Gewerkschaftsfunktionäre sind verschwunden. In den Gefängnissen und auf den KZ-Inseln sitzen tausende Gewerkschafter. Von Militärgerichten werden furchtbare Terrorurteile gegen sie verhängt. Einige Konzentrationslager wurden in un-

bewohnbare Zonen errichtet. Dorthin werden vornehmlich militante Funktionäre geschickt.

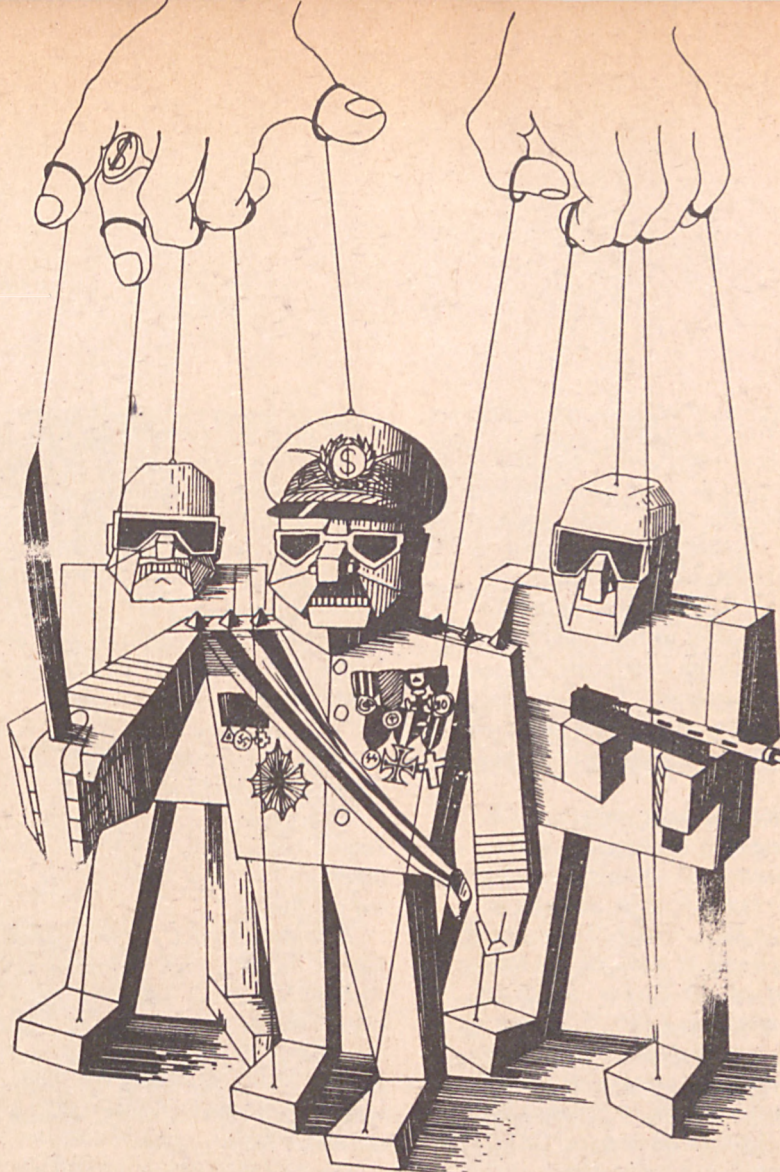
"Es gibt keine Arbeiterfamilie, die nicht von einer Tragödie befallen ist. Deshalb wollen wir keine großen Worte hierüber verlieren. Für uns ist das wichtigste die Zukunft! Wird es uns gelingen, wieder freie Gewerkschaften aufzubauen, die nicht von Militärs befehligt werden? Wir haben eine lange Tradition, eine lange Kampferfahrung. Wir wollen keine Phrasen dreschen, wir sagen nur: Wir werden unserer Aufgabe treu bleiben bis zu unserem Tode, komme was da kommen mag. Wir werden uns auf keinen Fall dazu hergeben, zu Stiefelputzern der Militärjunta zu werden. Aber Ihr müßt uns helfen. Durch die Verbreitung der Wahrheit, damit die blutige Unterdrückung, die Schande der Folter, die Gesetzlosigkeit aufhört. Helft den Witwen und den Waisen der Ermordeten, den tausenden aktiven Funktionären, die aus den Betrieben gejagt wurden, den tausenden Studenten, die man von den Universitäten vertrieben hat. Helft uns, unsere demokratischen Freiheiten wiederzugewinnen, das Recht, uns frei zu versammeln, unsere Meinung frei in Wort und Schrift sagen zu können, zu organisieren, Tarifverträge abzuschließen, damit wir nicht der absoluten Willkür der Unternehmer ausgesetzt sind. Rüttelt die weltöffentliche Meinung wach, damit sie weiß, was in unserem Land geschieht. Glaubt nicht denen, die ohne gewähltes Mandat als angebliche Sprecher der Gewerkschaften, in Wirklichkeit aber die Propagandisten der Junta im Ausland auftreten. Wir, die von unseren Mitgliedern gewählten Funktionäre, sind geknebelt und zum Schweigen verdammt. Sprecht Ihr für uns!"

Ebenso wie die Zukunft wurden auch die Fehler der Vergangenheit, die Ursachen der Katastrophe diskutiert. Ich wollte wissen, ob man der Regierung Allende vorwerfen könne, sie habe die Verfassung verletzt, wie die Opposition es behauptet.

"Wenn die Regierung Allende zugrunde gegangen ist, so höchstens darum, weil sie sich allzu sehr an die Verfassung gehalten hat. Wir, die Gewerkschaften, wollten rechtzeitig der Sabotage der Unternehmer und den von ihnen aufgehetzten kleinen Lastwagenbesitzern, Kaufleuten, Bankangestellten und Vertretern der freien Berufe entgegengetreten. Wir forderten, den Kampf

gegen die Terroristen von "Patria o Libertad" aufzunehmen. Aber die Regierung verließ sich auf die Generäle. Die Regierung Allende ließ im Parlament ein Gesetz verabschieden, das Suche nach Waffen erleichterte. Gefunden wurden seltsamerweise nur die spärlichen Waffen, die Arbeiter zu ihrem eigenen Schutz in den Betrieben hatten, während die Rechtsexremisten bis an die Zähne bewaffnet blieben.

Als der Putsch der Junta begann, befahl man uns, die Betriebe zu besetzen. Wir haben es getan. In der Hoffnung, daß die Christlich-demokratische Partei von Eduardo Frei uns gegen die putschenden Generäle ebenso unterstützen würde, wie wir ihn unterstützt hatten, als er an der Regierung war und General Viaux gegen ihn putschte. Aber er hat geglaubt, die Junta werde ihm nach ihrem Putsch die politische Macht überreichen. Sie denkt nicht daran. Wir aber waren in den Betrieben, ohne Waffen, ohne Schutz, ohne die Möglichkeit, uns zu verteidigen. Es war falsch, daß die Regierung Allende die Armee in die Politik hineinzog, indem sie Generälen Ministerposten gab. Es war falsch, daß sie immer weiter zurückwich. Sie hätte mehr Vertrauen zu uns, zu den Gewerkschaften, zu den in den Betrieben Beschäftigten haben müssen, die bereit waren, zu kämpfen, die aber mit leeren Händen nicht kämpfen konnten. Die Allende-Regierung ließ fast ohne jede Gegenwehr die verleumderischen Angriffe, Panikmache und eine Hetze ohne Beispiel über sich ergehen. Nur ganz selten schlug sie zaghaft zurück. Die aber angeblich antraten, um die demokratischen Freiheiten zu retten, haben heute kein Wort der Verteidigung für uns, obwohl sämtliche Presseorgane der Parteien der "Unidad Popular", die noch in den letzten Wahlen 44 Prozent der Stimmen erhielten, verboten wurden. Die Verteidiger der Verfassung schwiegen zur Auflösung des Verfassungsgerichts, das man einfach davonjagte. Während jedesmal über Verletzung der Verfassung ein Geschrei erhoben wurde, wenn arme gequälte Bauern entgegen den Gesetzen Land besetzten, das nicht unter die Enteignung fiel, oder Arbeiter das gleiche in ihrem Betrieb taten, weil die Unternehmer offen sabotierten, wurden jetzt sämtliche Häuser, das gesamte Vermögen, alle Kinos, Druckereien, Kulturgebäude der Parteien der "Unidad



Hachfeld

Popular", ja sogar privater Besitz verhafteter Gewerkschafter, entschädigungslos enteignet.

Noch schlimmer: das chilenische Volk, die arbeitenden Menschen, wurden ihrer Lebensmittel, der Mittel zum Leben, enteignet, und auch das kümmerte sie kaum. Allerdings wurden enteignete Betriebe wieder an ihre früheren Besitzer auch dann zurückgegeben, wenn diese inzwischen erhebliche Entschädigungsbeträge eingesteckt hatten. Das ausländische Kapital, die amerikanischen Konzerne will man anlocken, indem man ihnen Konzessionen machen will, die Chile in eine neue furchtbare Abhängigkeit von den multinationalen Giganten führen wird. Mancher von uns denkt heute: Hätte die "Unidad Popular" den Mut gehabt, zwei Dutzend Generäle und drei Dutzend Spekulanten so zu behandeln, wie man heute mit Tausenden von uns umgeht, dann hätte das den Chilenen wohl viele Opfer und Qualen erspart."

Wie lebt heute das chilenische Volk?

Als die Junta an die Macht kam, wurde sie von kleinen Kaufleuten, Beamten, höheren Angestellten, Besitzern von Lastwagen, Vertretern freier Berufe und vielen Hausfrauen, die vor den Geschäften Schlange stehen oder sich auf dem Schwarzen Markt versorgen mußten, mit Jubel begrüßt.

Geschickt räumte die Junta mit einem Schlag die von der Regierung der "Volkseinheit" angelegten Warenlager, aus denen vor allem die ärmeren Stadtviertel der Arbeitervororte versorgt wurden. Mit Hilfe der Gewerkschaften, von politischen Parteien und Gruppen war dort unter der Allende-Regierung ein wirksames Verteilungsnetz aufgebaut worden, das eine Versorgung zu festgesetzten niedrigen Preisen garantierte. Als die Junta die Preise freigab, tauchten plötzlich alle auf dem Schwarzen Markt gehandelten Waren in den Geschäften auf. Die in der Regierungserklärung der Militärs verkündete Politik der "Wiederherstellung der nationalen Einheit, der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Erlangung sozialer Gerechtigkeit" fand ebenso Glauben wie die von Juntachef General Pinochet verkündeten Ideale der "Ordnung, Sauberkeit, des Pflichtbewußtseins und der Disziplin", und seine Vision des Kampfes gegen eine "überpolitisierte durch Klassenhaß zerrissene Gesellschaft". Aber die Illusion der "sozialen Gerechtigkeit", der "harmonischen geeinten Volksgemeinschaft" ist heute endgültig verfliegen. Mit jedem Tag wird klarer, daß die Opfer für den "nationalen Wiederaufbau" der Masse des Volkes auferlegt werden. Bittere Ernüchterung ist eingetreten auch in den Schichten, welche die Jun-

ta an die Macht brachten.

Ich wollte wissen, wie die chilenischen Arbeiter mit dem neu festgesetzten Mindestlohn von 12.000 Escudos im Monat überhaupt leben können (zum offiziellen Umwechsellkurs sind dies 40 DM). Ich ging in eines der Arbeiterviertel. Dort wohnte man früher in Wellblechhütten oder baute sich aus leeren Blechkanistern "Behausungen".

Meine Frage, wie sie jetzt mit ihrem Lohn auskommen, wurde so beantwortet:

"Vor drei Monaten wußten wir es noch, heute weiß es keiner mehr hier. Seit die Junta an die Macht gekommen ist und die Preise freigab, ist das Kilo Reis von 16 Escudos auf 250 gestiegen, der Liter Öl von 36 auf 240, das Brot von 11 auf 43, der Zucker von 25 auf 180, Tee von 40 auf 300, Milch von 7 auf 30. Unter der Allende-Regierung erhielten wir 2 Kilo rationiertes Hackfleisch pro Woche für 10 Escudos das Kilo. Wir konnten Fleisch frei für 90 Escudos das Kilo kaufen. Heute kostet die schlechteste Sorte Fleisch, die man eigentlich Menschen nicht anbieten dürfte, 360 Escudos, eine mittlere Qualität 700 bis 800 und Filetsteak sogar

1,800 bis 2,000 Escudos das Kilo. Das ist fast ein Wochenlohn. Es ist wahr, daß man das Kindergeld der Arbeiter von 600 auf 900 Escudos pro Monat erhöht und dem der Angestellten angepasst hat. Aber durch die Preissteigerungen können wir jetzt für 900 Escudos weniger kaufen als früher für 600. In den Arbeitervorstädten kann sich niemand mehr Fleisch leisten".

"Ich kann meine fünf Kinder von Samstag bis Dienstag ernähren, ab Mittwoch hungern wir".

"Aber niemand wagt, sich zu beklagen. Gewerkschaften haben wir nicht mehr, und wer den Mund auf tut, fliegt auf die Straße."

Eine Arbeiterfrau die trotz der Gefahren, die sie täglich bedrohen, sich stolz als Sozialistin bekannte, faßte alles in einem Satz zusammen: "Um mich herum sterben die Menschen vor Hunger, aber wenn ich in die Zeitung schaue, geht alles aufwärts, seitdem wir die neuen Herren haben".

Das Geschwätz über die "harmonische, durch das gemeinsame Geschichtserlebnis geeinigte Volksgemeinschaft" und die "Erlangung sozialer Gerechtigkeit" aus der Regierungsansprache von

General Pinochet enthüllt sich so als blutiger Hohn. Die "durch Klassenhaß zerrissene Gesellschaft" wird von der Junta nur in der Phrase aufgehoben. In Wirklichkeit bekommt sie erst jetzt ihre ganze brutale Bedeutung. Das chilensische Volk wird behandelt wie eine besiegte Nation, der die Sieger den Fuß auf den Nacken gesetzt haben.

Die Perspektiven des Militärregimes

In einem Interview mit "El Mercurio" (13.11.73) gab General Pinochet programmatische Aufklärung über deren Ziele. Drei Alternativen zeigte er auf:

1. die Junta als zeitlich begrenztes Übergangsregime zwischen zwei "politischen Regierungen",
2. als Initiator einer großen "bürgerlich-militärischen Bewegung", oder
3. ihre "Verwandlung in ein "Absolutes Militärregime", das eine gute staatliche Verwaltung aufrechterhält. Sowohl die erste als auch die letzte Möglichkeit schloss General Pinochet aus. Wie aber interpretiert er die "bürgerlich-militärische Regierung?"

Zunächst geht er davon aus, daß die Kritik nicht nur an der beseitigten "marxistischen Regierung" von Allende ansetzen müsse, sondern auch an allen vorangegangenen Regierungen, die auf die eine oder andere Weise die Bedingungen schufen, unter den die "marxistische Regierung" entstehen konnte. Darum dürfe man die Staatsmacht auch nicht an die politischen Parteien zurückgeben. Zwar erkenne man die Existenz solcher Parteien an, aber sie müßten gemeinsame Ideale haben. Darum wirkten auch Funktionäre der verschiedenen politischen Parteien mit der Junta zusammen, wobei sie ihre Parteilichkeit hintenanstellten. Jeder Beamte werde im übrigen ein Gelübde ablegen müssen, in dem er sich zu den Glaubensartikeln der Regierungsjunta bekennt.

Zwei Dinge gehen aus dieser Erklärung hervor

1. Die Junta der Generale will nicht zu einem demokratischen, auf einem Mehrparteiensystem beruhender Parlamentarismus zurückkehren und für sie sind nicht nur die "marxistischen" Parteien, sondern auch die christ-demokratische für die vorangegangene Entwicklung verantwortlich.

2. Es ist nirgends von der Bildung einer eigenen Junta-Partei die Rede.

Die General-Junta weiß ganz genau, daß sie nicht nur jene 44 Prozent der

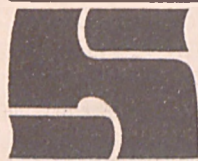
Sie finden bei uns Literatur folgender Fachgebiete:

Philosophie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Wissenschaft.

Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft, Germanistik, Romanistik, Anglistik, Altphilologie.

Volkswirtschaftslehre Betriebswirtschaftslehre Rechtswissenschaft

Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector



Frankfurt am Main
Gräfenstraße 77, an der Universität
Telefon 777303 und 779683



Wähler gegen sich hat, die noch im März 1973 für die Parteien der Unidad Popular Allendes stimmten, sondern daß sie mit ihrer Wirtschaftspolitik auch jene breite "mittelständige" Schicht vor den Kopf stoßt, die ihre Machtergreifung mit Jubel begrüßt hat.

Da die Junta in diesem Prozeß denen die Existenz rauben muß, die ihr zur Macht verholfen haben, kann sie sich demokratische Wahlexperimente ebenso wenig leisten, wie den Aufbau einer faschistischen Massenpartei.

Die Nazis kamen 1933 an die Macht, als die furchtbare Weltwirtschaftskrise gerade zu Ende ging. Sie konnten, gestützt auf den neuen Wirtschaftsaufschwung und ihre Rüstungspolitik Millionen Arbeitslose, wenn auch zu den niedrigen Krisenlöhnen, wieder in den Produktionsprozeß einreihen. Dadurch konnten sie zunächst die Opposition "neutralisieren". Die Junta hingegen hat Massenarbeitslosigkeit geschaffen. Die Nazis haben zwar auch den Mittelstand reduziert und die Konzentration gefördert, aber die aus der Wirtschaft ausgeschalteten Mittelständler konnten als Angestellte Arbeit finden. In Chile sinkt der Mittelständler, wenn er die Existenz verliert, ins Nichts.

Genau darum ist die Junta, wenn sie an der Macht bleiben will, gezwungen, sich allein auf die Armee und ihren terroristischen Apparat zu stützen. Allerdings ist das für sie auf die Dauer nicht ganz einfach, denn die chilenische Arbeiterbewegung hat eine große Kampferfahrung. Sogar Soldaten, heute

das wichtigste Machtinstrument der General-Junta, sind nicht unempfindlich dagegen, wenn ihre Familien Not leiden, oder gar in die Mühlen des Terrors geraten. Die Junta ließ daher hunderte Soldaten, Unteroffiziere und sogar hohe Offiziere erschießen und "unzuverlässige" Regimenter, die der demokratischen Regierung treu blieben, ausschalten.

Trotz des furchtbaren Terrors brach schon in der zweiten Novemberrhälfte der erste Streik von 190 Arbeitern auf einer Baustelle der U-Bahn von Santiago aus. Sie wurde sofort von Militärs besetzt. 14 angebliche Streikführer wurden verhaftet. Die ehemalige christlich-demokratische "La Prensa" wußte nur zu melden, daß 14 Personen von der Armee verhaftet und Verhören durch militärische "Untersuchungsbehörden" zugeführt würden. Über den Streik selbst konnte die zensurierte Zeitung kein Sterbenswörtchen bringen. In der gleichen Zeit fand bei den Autobusfahrern von Santiago eine "Streikabstimmung" statt. Sie beschloßen, der Junta mitzuteilen, sie werden die Arbeit niederlegen, wenn man ihre Hungerlöhne nicht erhöhte. Auch hiervon drang nichts in die Presse. Nur konnte man lesen, daß per Dekret der Junta plötzlich die Autobusfahrer eine Prämie erhalten. Die Aktion war also offenbar erfolgreich gewesen.

Trotz Terror ist es bisher nicht gelungen sämtliche Strukturen der alten Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Die radikalen linken Parteien, die sich rechtzeitig auf ihre Illegalisierung vorbereitet hatten, konnten bisher schwere Verluste vermeiden. Die Parteien der "Unidad Popular", die in der letzten Periode der Allende-Regierung vor allem wegen des einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Weges zerstritten waren, haben in der Illegalität eine Einheitsfront geschaffen. Die Gewerkschaften geben ihren Kampf um ihre volle Legalisierung nicht auf. Auch in der christlich-demokratischen Partei scheint sich einiges zu rühren.

"El Mercurio" wußte von einem geheimen Dokument zu berichten, das vom ehemaligen linken christ-demokratischen Präsidentenkandidaten Radomiro Tomic und von ehemaligen CD-Abgeordneten unterschrieben war. Darin sollen sie vorgeschlagen haben, die Regierung zu zwingen, so schnell wie möglich Wahlen abzuhalten in denen sie hofften, auch die Stim-

men der verbotenen "marxistischen Parteien" zu kassieren und so selbst an die Macht zu gelangen. Tomic und Fuentealba streiten öffentlich die Vaterschaft für dieses Geheimdokument ab. Sie sehen in der Veröffentlichung durch den rechtskonservativen "El Mercurio" einen Versuch "die Verfolgung unserer Funktionäre zu provozieren und die christlich-demokratische Partei zu spalten". Dennoch ist kaum zu bezweifeln, daß in den unteren Rängen der Christdemokraten der Unwillen über die Militärdiktatur erheblich gewachsen ist.

Nur wenn es der Junta mit Hilfe enormer amerikanischer Investitionen und Kredite gelingen sollte die Wirtschaft wirklich in Schwung zu bringen, könnte sie hoffen, ihr Regime für längere Zeit zu festigen. Aber der chilenische Kapitalismus ist strukturell schwach; er brauchte stets die Hilfe des Staates. Der chilenische innere Markt ist durch die radikale Abschöpfung von Kaufkraft durch die Enteignung der Masse des Volkes von ihren Lebensmitteln zu klein um einen Wirtschaftsaufschwung zu tragen. Für den Export kommen wie eh und je nur wenige Rohstoffe in Frage (Kupfer, Salpeter). Die chilenische Industrie kann auf dem Weltmarkt mit ihren Produkten kaum konkurrieren. Dennoch könnte das chilenische Modell einer terroristischen Militärdiktatur zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung Schule machen. Darum muß man den Druck gegen dieses infame Regime aufrechterhalten.

Schließlich ist das, was jetzt in Chile geschieht ein offener Bürgerkrieg, wenn auch mit besonderem Charakter.

"Es ist kein klassischer Bürgerkrieg, denn nur eines der Lager ist bewaffnet und gewalttätig. Das andere hat entweder nicht an die Möglichkeit eines solchen Krieges geglaubt, oder es hat nicht die Zeit gehabt sich dafür vorzubereiten, oder aber es konnte sich nicht organisieren, um den Gegnern wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Dennoch gibt es den Bürgerkrieg. Ein Bürgerkrieg, der von den ehemaligen Bevorrechteten gewollt wird, die plötzlich darüber erschrocken sind und die der Gedanke wütend machte, ihre Vorrechte und ihre Macht zu verlieren ..." (Ch. Rudel).

Allerdings, ohne ihnen diese Macht und diese Vorrechte zu nehmen, lassen sich in Chile die bitter notwendigen sozialen Reformen nicht durchführen. Das gilt für die Zukunft noch mehr als für die Vergangenheit.

Jakob Moneta

PAPADOPOULOS ERLITT DAS SCHICKSAL DIEMS.

Mit einer blutigen Verzweiflungstat versuchte Papadopoulos mit der Niederknüpfung der Studenten sein durch und durch korruptes Regime zu retten. Aber nicht nur die Weltmeinung richtete sich daraufhin gegen ihn, auch die Armee versagte ihm die Gefolgschaft und noch schlimmer, diejenigen, die ihn 1967 intro-nisiert hatten; die USA und ihr Geheimdienst wandten sich von ihm ab. Sie sorgten für eine schnelle Änderung der politischen Szene. Georgios Papadopoulos ereilte das gleiche Schicksal wie eine andere amerikanische Marionette zehn Jahre zuvor, wie Diem in Südvietnam.

In den frühen Morgenstunden des 25. November montierten der USA-Geheimdienst CIA und dessen Werkzeuge in Griechenland einen perfekten Coup im Stil des "glorreichen" 21. April 1967. Panzer besetzten wieder das Zentrum Athens. Papadopoulos, seine Clique und deren Werkzeug, der korrupte Kleinpolitiker Markizinis, wurden im Schlaf überrascht und verhaftet. So verwirklichte sich die Prophezeiung, daß die Studenten Griechenlands den Abgang Papadopoulos' vorbereiten würden, wie ihre französischen Kommilitonen im Mai 1968 jenen De Gaulles einleiteten.

Ein neue Scheinfigur, der Armeekorpskommandant General Phaedon Gsikis, militärischer Gouverneur der Region Athen während mehrerer Jahre der Militärdiktatur, unmittelbarer Verantwortlicher für die Militärgerichte und die Militärpolizei, übernahm das Amt des "Präsidenten der Hellenischen Republik". Das neue Staatsoberhaupt, das mehrere Jahre militärische Akademien in USA besuchte, versicherte in einer sinnleeren Radio- und Fernsehansprache, daß die Armee wieder in Erfüllung ihrer "nationalen Pflicht" gehandelt habe, um das Vaterland vor dem korrupten Regime von Papadopoulos zu retten und die durch die neueste "Liberalisierung" gefährdeten Ziele der "nationalen Revolution vom 21. April 1967" zu sichern. Das Zeichen dieser "Revolution", der aus seiner Asche wiedergeborene Phoenix und der Soldat mit aufgepflanztem Bajonett, erschien wieder. Das Kriegsrecht, die Zensur, der Terror, die Militärgerichte, die blinde nationalistische Propaganda wurden wieder eingeführt. Jedem, der sich dem Militärregime nicht beugen wollte, drohte die Zerschlagung. Wer mit der neuen Regierung unzufrieden wäre, hätte unverzüglich das Land zu verlassen. Gsikis versicherte dem Volk, daß die Armee den Willen und die nötigen materi-

ellen Mittel habe, um ihr Ziel zu erreichen; die "nationale Revolution", das heißt das Terrorregime, würde bestehen, solange es nötig wäre!

Dem neuen Staatspräsidenten untersteht — gemäß der von Papadopoulos eingeführten Verfassung, die noch immer in Kraft ist — der Ministerpräsident A. Androustopoulos, ein USA-Staatsangehöriger griechischer Abstammung, der von der CIA kurz vor dem Militärputsch vom 21. April 1967 nach Griechenland entsandt worden war, und der an allen Militärregierungen als Innenminister teilnahm; durch den neuen Putsch wurde er zum Ministerpräsidenten promoviert. Zum ersten Mal in der Geschichte dieses unglücklichen Landes wird ein Bürger eines fremden Staates dessen Regierungschef. Die früheren «Puissances Protectrices» Griechenlands waren diskreter.

Allen Indizien nach ist der General Gsikis nur eine scheinbare Machtfigur. Hinter ihm stehen die wirklichen Machthaber; mittlere Offiziere der von den USA kontrollierten Geheimdienste und Schlüssel-einheiten der Armee wie der Informationsdienst (KYP), die Militärpolizei, der Übermittlungsdienst, die Panzer- und Kommandoeinheiten der Gegend von Athen usw.

Während der sechseinhalb Jahre der Militärdiktatur erhielt die kleine, aber harte Truppe der Militärpolizei eine außerordentliche Bedeutung für die Verfolgung aller aufrichtigen Griechen und für die Unterdrückung jeglicher oppositionellen Bewegung. Der grausamen Folterung unzähliger Widerstandskämpfer, Studenten und demokratisch gesinnten Soldaten und Offiziere wegen ist sie der meistgefürchtete Dienst in Griechenland geworden. Die Schilderungen jener Patrioten, die wochen- oder gar monatelang im Hauptquartier der ESA, der Militärpolizei, 'verhört' wurden, sind aufschlußreich genug. Manche von diesen „verhörten“ Personen wurden mit dauernden Lähmungen freigelassen. An der Spitze dieses gefährlichen Terrordienstes sehr ein fanatischer Chauvinist und Folderspezialist: der 53jährige Brigadegeneral Dimitrios Ioannidis, der seine kleine aber grausam wirksame Truppe mit eiserner Hand führt. Seine faschistischen Anhänger haben sich derart in den verschiedenen Armeeeinheiten infiltriert, daß Papadopoulos selbst ihm zum Opfer gefallen ist. Ioannidis hat seine Militärpolizei zu einer Art "Staat im Staat" gemacht, die nach eigener Initiative Massenverhaftungen vornimmt, alle Bürger

terrorisiert und Befehle aller Art erläßt.

Der wichtigste Mitarbeiter von Ioannidis, der Kommandant der Militärpolizei der Region Athen, Theophilojannakos, ein gefährlicher Folterer, scheute sich auch nicht, vor zwei Jahren das Internationale Komitee vom Roten Kreuz als ein Instrument des Kommunismus zu bezeichnen und dessen Delegierten in Griechenland, den Schweizer De Hauteville, der sich um das Schicksal der von der Militärpolizei verhafteten Personen kümmerte, zu ohrfeigen. Die neue Junta, die als 100 prozentig USA-freundlich gilt, promovierte nach der Machtergreifung verschiedene bekannte Folterer der Zivil- und der Militärpolizei zu Kommandanten wichtiger Armeeeinheiten oder zu Chefs der Polizeien der größeren Städte; so übernahm zum Beispiel vor kurzem der im Europarat mehrmals als gefährlicher Folterer denunzierte Vassilios Lambrou die Direktion der Polizei von Athen.

Nach dem vollen Scheitern von Papadopoulos, das griechische Volk irrezuführen und es in einem pseudoparlamentarischen Willkürregime zu versklaven, versuchen nun die harten Männer der Militärpolizei mit nacktem Terror des Landes Herren zu bleiben, ihre „nationale Revolution“ zu verewigen und die strategischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen der USA in diesem Teil des östlichen Mittelmeeres zu schützen.

Während in vielen Ländern das 25. Jubiläum der Erklärung der Menschenrechte gefeiert wird und während die "Amnesty International" zu einem weltweiten Feldzug gegen die Folter aufruft, wird die einstige Wiege der Demokratie, Griechenland, dank den Intrigen der USA, von einer Clique wahnsinniger Folterer regiert.

Da der Widerstandswille aller vaterländisch gesinnten Griechen, abgesehen von politischer Orientierung, und die Empörung der Weltmeinung über die Geschehnisse in diesem Land mit jedem Tag wachsen, besteht immer die Gefahr einer für die USA ungünstigen Wandlung, weshalb diese Macht, sich für ein starkes griechisches Regime mit pseudodemokratischer Fassade bemüht. Eine „geeignete parlamentarische Lösung“ sollte als Ventil gegen die Gefahr einer demokratischen und antiimperialistischen Explosion dienen. Eine von den meistgeprüften möglichen Lösungen ist die Wiedereinsetzung des ehemaligen Ministerpräsidenten der Zeit des "weißen Terrors", Konstantin Karamanlis. S. Petroulas

»Carrero ist tot!«

„Carrero ist tot“ — diese Nachricht konnte unter der großen Mehrheit der Spanier im In- und Ausland kaum große Trauer ausgelöst haben. Denn der Bombenanschlag der ETA tötete mit dem spanischen Regierungschef Carrero Blanco zugleich den meist gefürchteten, meistgehaßten und reaktionärsten Repräsentanten des spanischen Faschismus. Die Bombe explodierte wenige Minuten von Beginn eines aufsehenerregenden Prozesses gegen neun spanische Arbeiterführer und einen Priester, die angeklagt waren, Streiks (die in Spanien verboten sind) organisiert zu haben. Dieser Prozeß Nr. 1001 ist nur eines vielen Zeugnissen der Verfolgung spanischer Oppositioneller, die einen derartigen Umfang erreicht hat, daß sich — wollte man sie dokumentieren — ganze Bibliotheken füllen ließen.

Bekanntester und durchsetzungsfähigster Exponent des spanischen Faschismus ist seit 1936 der Caudillo Francisco Franco y Bahamonde. Er regiert Spanien seit dem Bürgerkrieg, in dem die spanischen Faschisten, unterstützt von Hitler und Mussolini, die gewählte Regierung nach jahrelangen Kämpfen vertrieb, mit eiserner Faust. Aber Franco, 80, ist physisch fast tot, ein seniler Greis, Parkinsonsche Krankheit, nahezu unzurechnungsfähig. Bislang freilich konnte es ihm mit Unterstützung Carrero Blancos gelingen, die verschiedenen am Regime interessierten doch zugleich Sonderinteressen verfolgenden Gruppierungen zusammenzuhalten. Sobald Franco tot ist, soll Juan Carlos König werden. Von ihm wird erwartet, daß er einen liberaleren Kurs einschlagen, schrittweise die Verfassung ändern und einige demokratische Rechte einführen wird. Um aber den Francismus über seinen Tod hinaus zu retten, hat Franco beschlossen, daß Carrero Blanco noch fünf Jahre nach seinem Tode Ministerpräsident unter Juan Carlos bleiben müsse.

Carrero Blanco war ein Faschist alter Bürgerkriegsschule, der seit vierzig Jahren nichts verlernt und nichts dazugelernt hat, verantwortlich für viele tausend politische Gefangene, für brutale Foltermethoden in spanischen Gefängnissen, für Erschießungen bei Streiks, totale Zensur von Presse, Film und Radio, die Verfolgung nationaler Minderheiten und für das ungestörte Treiben der neuen National-Sozialistischen Partei Spaniens (PENS).

Die spanische Szenerie ist gekennzeichnet durch eine Regierung, die abhängig vom Großkapital und durch und durch korrupt ist, eine Streitmacht, die als

williges Instrument Francos gegen jeden Aufstand von Arbeitern, Bauern, Fischern oder Studenten einsetzbar ist und einen gewaltigen, verhältnismäßig gut bezahlten Polizeiapparat mit der Brigada Social (politische Polizei) und der berühmten Guardia Civil — etwa 100.000 Mann.

Der spanische Staat, der die gesellschaftlichen Widersprüche mittels faschistischer Diktatur zu unterdrücken versucht, hat damit zugleich auch den Rahmen geschaffen, in dem sich ein Prozeß kapitalistischer Akkumulation und Konzentration vollziehen konnte, der in der spanischen Geschichte nicht seines Gleichen hatte. Überall entstehen neue Industrien, Firmen mit spanischen Namen und Zweigbetriebe aller großen Auslandskonzerne. Die Industrialisierung breitet sich von den traditionellen Zentren im Norden immer weiter nach Süden aus.

Das freilich war nicht immer so. Im 19. Jahrhundert war Spanien ein stark vom Feudalismus geprägtes Land. Fast 70 % des Bodens befanden sich im Besitz des Landadels und der katholischen Kirche. Großgrundbesitzer und Kirche verfügten über zahlreiche Privilegien. In den Städten verhinderten Zünfte und Gilden die Entwicklung der Industrie. Es bildete sich lediglich in den Hafenstädten ein Handelsbürgertum heraus.

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann ein zögernder Industria-

lisierungsprozeß, der die für unterentwickelte Länder charakteristischen Strukturen hervorbrachte: Spanien wurde zum Rohstofflieferanten. Ausländisches Kapital investierte im Bergbau, in die Eisenbahn und die Wasserversorgung. Der Staat verlegt sich auf Infrastrukturvorhaben und begünstigte die Oligarchie, vor allem jedoch ausländisches Kapital durch umfangreiche Subventionen. Nach und nach wurde einheimisches Kapital gebildet und in Industrieprojekte angelegt. 1920 war über die Hälfte der spanischen Schwerindustrie in ausländischen Händen. Als die USA mit Kapitalexporten begannen, engagierten sie sich vorwiegend in staatlich geförderten Sektoren.

In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vollzog sich ein relativ fortschrittlicher Entwicklungsprozeß, der aber durch den Bürgerkrieg für weitere 20 Jahre unterbrochen wurde.

Noch in den fünfziger Jahren war die spanische Wirtschaft durch breite Volksarmut und eine anhaltende Stagnation gekennzeichnet. Die Industrie war veraltet, die Landwirtschaft mittelalterlich. Spanien war politisch und ökonomisch isoliert. Dennoch vollzogen sich sukzessive Veränderungen der Wirtschaftsstruktur. Schließlich kurbelte die Regierung nach faschistischem Muster die Wirtschaft an und schuf das Instituto Nacional de Industria. Diese Staatsholding finanzierte Industrieanlagen,

bockenheimer bücherwarte

direkt an der Universität:
Bockenheimer Landstraße 142a
Telefon 771088/89

Ihre Buchhandlung
für Universitätswissenschaften
bietet Ihnen auch ständig
neue Bücher aus dem Ausland
und aktuelle Literatur

die für privates Kapital zu unrentabel waren. Die Regierung erließ zahlreiche Schutzgesetze für die spanische Industrie, die, geschützt durch ein System protektionistischer Außenzölle, zu wachsen begann. Die INI ging mehr und mehr Kooperation mit dem Ausland ein und gründete z.B. mit FIAT die spanische Automobilindustrie, SEAT. Das Bankkapital erhielt größere Privilegien und wurde stärker: schon um 1940 bis 1950 erhöhten die fünf größten Banken ihre Profite um das siebenfache, von 1950 bis 1960 erneut um über 300 %. Sie übernahmen in dieser Zeit fast alle kleineren Geldinstitute, so daß sie bald das gesamte Kreditsystem und die Finanzierung der Industrie unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Seither bilden die Bank-Manager die herrschende Oligarchie des Landes, die Großgrundbesitzer verloren ökonomisch und politisch an Macht.

Die Kapitalbildung wurde lange Zeit durch eine ungezügelter Inflation behindert. Mit dem Beitritt Spaniens zur OEEC wurde 1959 ein Stabilisierungsprogramm gestartet, das die Währungsverhältnisse und die Finanzierungspolitik neu organisierte. Die Peseta wurde konvertibel. Die Freiheit des Privatkapitals wurde nicht eingeschränkt.

Nachdem die Nationalindustrie dem Finanzkapital das Feld überlassen hatte entwickelte sich aus der alten Ständestaatsideologie nach und nach ein halbwegs moderner, aber noch schwächerer Kapitalismus. Es begann die Zeit der Technokraten, die dem spanischen Kapital eine entfaltete Konsumgesellschaft und den Weg nach Europa ebneten wollten. Der Faschismus wurde nicht beseitigt. Um das Image des Regimes zu verbessern und um Francos Nachfolge in Frieden und Ordnung, in Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten des spanischen Kapitalismus zu lösen wurden eine Reihe von Reformen im politischen Überbau angegangen, die unter der Bezeichnung "Liberalisierung" schon schüchtern eingeleitet wurden. Die Technokraten wurden repräsentiert durch das Opus Dei, das 1964 erstmals beherrschenden Einfluß in der Regierung erlangte, eine spanische Geheimgesellschaft, die unter dem Mantel weltfremder Askese unersättlichen Profitgier verbirgt und eng mit dem Bank- und Industriekapital zusammenarbeitet. Eine enge Verbindung mit dem internationalen besonders dem europäischen Kapitalismus wurde angestrebt. Seit 1960 wurde immer mehr ausländisches Kapital in Spanien investiert. Damals gab es ausländische Beteiligungen in Höhe von insgesamt 3 Milliarden DM. 1970 bereits hat-

ten die USA 700 Millionen Dollar in Spanien investiert. An zweiter Stelle folgt mit kurzem Abstand die BRD. Ausländische Investitionen erfolgten wesentlich in der Chemischen Industrie, in der Elektro- und Lebensmittelindustrie, im Transportwesen, in der Metallverarbeitung, im Maschinenbau und in Handelsfirmen. Sie konzentrieren sich damit auf die wirtschaftlich aktivsten Sektoren mit den größten Expansionsmöglichkeiten. Inzwischen ist beispielsweise die Schiffbauindustrie, in der vor allem englische Reeder investierten, nach der japanischen die zweitgrößte der Welt.

Spanien ist ein Niedriglohnland, d.h. billige Arbeitskräfte sind reichlich vorhanden. Niedrige Löhne und Streikverbot ermöglichen die volle Transferierung der Profite ins Ausland.

Das inländische Großkapital wird wie das ausländische durch das politische System geschützt, gleichzeitig aber auch beengt. Seine Vertreter sitzen in der Regierung und streben einen EWG-Beitritt langfristig an, da es zur Zeit ohne Zollmauern der mächtigen EWG-Konkurrenz noch nicht standhalten kann. Andere Unternehmergruppen, die sich unter dem Schutz des Regimes bereits so weit stärken konnten, daß sie jetzt für die weitere Expansion größerer ökonomischer Bewegungsfreiheit bedürfen, befürworten einen sofortigen EWG-Anschluß. Zwei Faktoren kamen den Technokraten besonders zugute: der Arbeitskräftemangel in den übrigen europäischen Ländern und der Massentourismus. Mehr als eineinhalb Millionen Spanier arbeiten im europäischen Ausland. Viele Arbeiter emigrieren illegal. Die Arbeitsemigranten, hauptsächlich ungelernete Arbeiter ländlicher Herkunft, hätten in Spanien selbst keine Beschäftigung finden können. Die Devisen, die sie nach Hause schicken, betrugen schon 1970 allein 470 Millionen Dollar. Sie sind eine stetige Hilfe für die kapitalistische Entwicklung. Der jährliche Fremdenstrom an die Küsten bringt weitere Milliarden Devisen ins Land, mit denen Spanien jährlich seine Handelsdefizite abdecken kann. Diese Devisenzuflüsse sind die wesentlichsten Stabilisatoren der Wirtschaft und damit des Regimes, eines Regimes, das keine Mühe und Kosten scheut, die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, das Spanien in- und ausländischen Kapitalisten als Niedriglohnland erhalten bleibt.

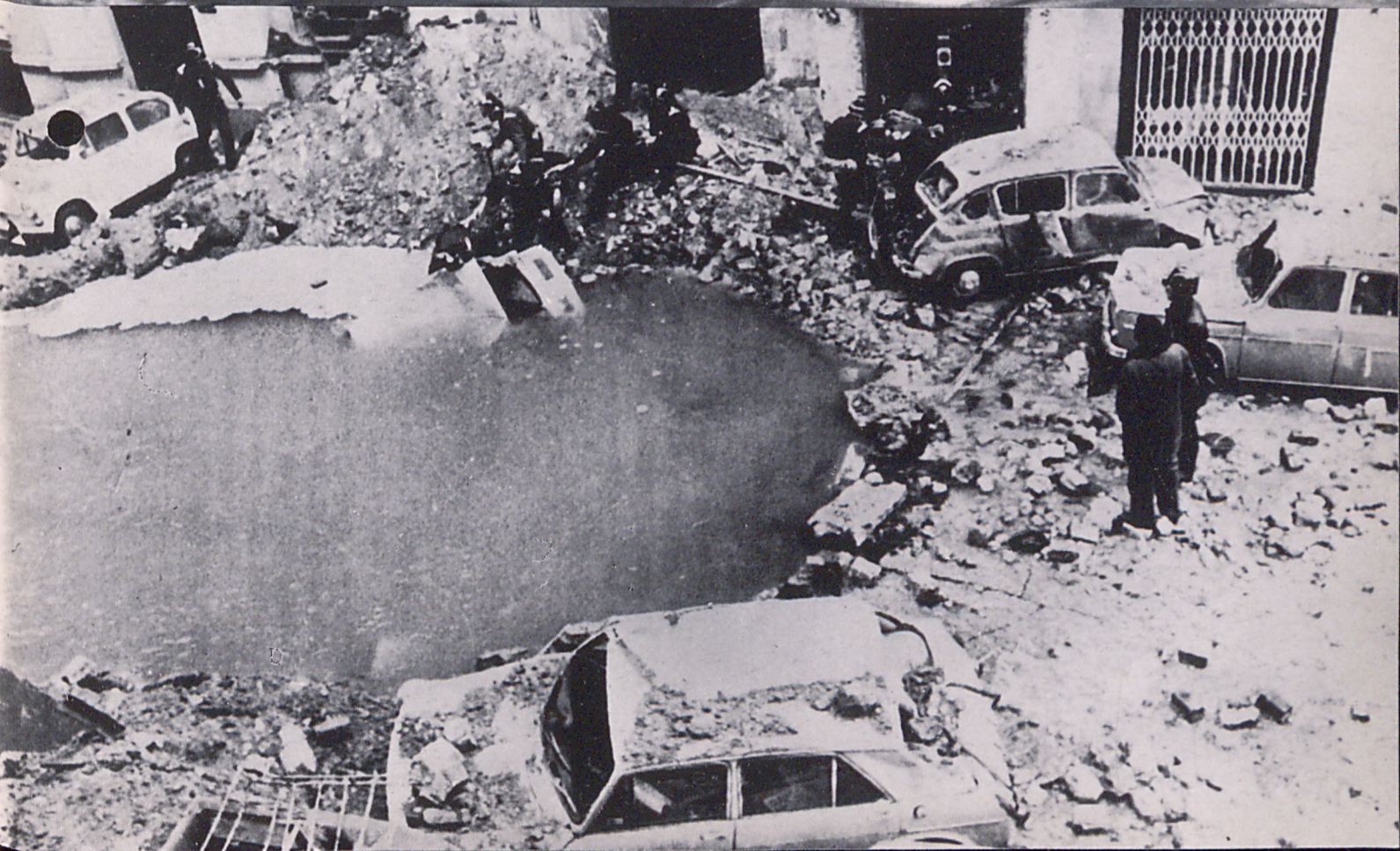
Die Kämpfe der Arbeiter und Studenten haben seit 1968 an Tiefe gewonnen. Die Forderungen der Arbeiter, die in Arbeiter-, Stadtteilkommissionen und Fabrikkommi-

tees organisiert sind, sprengten mehr und mehr den ökonomischen und gewerkschaftlichen Rahmen und artikulierten sich in gewaltsamen Demonstrationen. Zugleich sah sich der spanische Staat einer militanten Studentenbewegung konfrontiert, die in jedem Augenblick ihre antikapitalistischen Ziele und ihre Solidarität mit den Arbeitern ausdrückte. Hinzu kam, daß die radikalisierten Ziele und Kampfformen der autonomistischen Bewegung der Basken den Repressionsapparat in Schwierigkeiten stürzte. Obwohl der spanische Staat mehrfach zum Mittel des Ausnahmezustandes griff, entwickelten die revolutionären Bewegungen in Euzkadi (Baskenland) und Katalonien unerwartete Aktivität. Damals wurde der ETA (Euzkadi Ta Askatasuna: Baskenland und Freiheit) der Tod des berühmten Polizeikommissars und Folterspezialisten Manzans angelastet (was nie bewiesen werden konnte, nicht einmal im Burgos-Prozess). In ganz Spanien wurde vermutet, daß Regime habe einen Vorwand für den Ausnahmezustand gesucht. Während des Burgos-Prozesses erzwang die ETA durch Entführung des deutschen Wahlkonsuls Beihl die Umwandlung der Todesurteile gegen sechs baskische Revolutionäre in langjährige Freiheitsstrafen. Ein Jahr später entführte ein Kommando ihres militärischen Fluges den Industriellen Zabala, der kurz zuvor 183 streikende Arbeiter entlassen hatte. Die ETA ließ Zabala erst frei, nachdem die Wiedereinstellung der Arbeiter, Lohnerhöhungen, Zahlung des Lohnausfalls während des Streiks (ein Präzedenzfall, weil Streiks illegal sind) versprochen worden war.

Die damals erhobene Forderung nach Bildung frei gewählter Arbeiterkomitees hatte mehr propagandistischen Wert, auch sie sind illegal. Die ETA intensivierte seither ihre Aktivitäten (politische Aufklärung, Unterstützung bei Streiks) in den Fabriken. Das jüngste Attentat auf Carrero Blanco ist nicht so sehr als Schlag gegen den Zentralismus von Madrid, sondern vielmehr als einer gegen die Repression in ganz Spanien zu werten.

Der Franquismus erhält aus dem Ausland nicht nur finanzielle und propagandistische Schützenhilfe. Die USA unterhalten in Spanien drei wichtige Stützpunkte, sie schicken Berater, die die politische Polizei und das Militär auf Vordermann bringen. Sie schlossen selbst ein Abkommen, das ihnen ein militärisches Eingreifen erlaubt, sobald Regierung und System durch einen Aufstand des Volkes in Gefahr gerät.

Brigitte Heinrich



6.11.59.

Picasso

